

Stand: 1.12.2019 14:28

Leitantrag des Landesvorstands zum Landesparteitag am 30.11./1.12.2019 in Bielefeld

Kommunalpolitische Leitlinien

Verzeichnis der Kapitel:

Einleitung	Seite 2
Thema: Soziales	Seite 6
Armut in Stadt und Land bekämpfen - soziale Gerechtigkeit schaffen	Seite 9
Thema: Arbeit	Seite 12
Klimaschutz, Energiewirtschaft, Agrarpolitik, Umwelt- und Tierschutz	Seite 16
Thema: Wohnen	Seite 22
Thema: Verkehr	Seite 27
Thema: Gesundheit	Seite 33
Thema: Bildung	Seite 42
Thema: Kunst und Kultur	Seite 46
Thema: Sport	Seite 50
Kinder- und Jugendpolitik	Seite 53
Senior*innenpolitik	Seite 59
Gleichberechtigung und Gerechtigkeit für alle Geschlechter	Seite 63
Selbstbestimmung und Teilhabe – für eine inklusive Gesellschaft	Seite 68
Migration und Flucht: Integration sozial und menschlich angehen	Seite 72
Für einen lebenswerten ländlichen Raum	Seite 80
Für eine kommunale Wirtschafts- und Finanzpolitik, die den Menschen dient	Seite 83
Für eine individuelle Kommunale Planung für ganz NRW	Seite 89
Digitalisierung	Seite 96
Kommunal für Frieden – gegen Aufrüstung und Militarisierung	Seite 100
Antifaschismus	Seite 103

1 Einleitung

2 Wem gehört die Kommune?

3 DIE LINKE steht für eine soziale, ökologische und solidarische Politik. Wir streben eine neue
4 demokratische Gesellschaftsordnung, in der die Politik nicht mehr von den Interessen der Industrie
5 und der Banken und Konzerne bestimmt wird. Wir wollen Schluss machen mit einer Politik, die auf
6 die Ausbeutung von Mensch und Natur setzt. Wir wollen Reichtum umverteilen und die
7 Einrichtungen und Betriebe der Daseinsvorsorge wie z. B. Krankenhäuser, Verkehr,
8 Energieversorgung in öffentliche Hand halten bzw. zurückführen. Bei den Kommunalwahlen in NRW
9 setzen wir auf ein Umsteuern in der Wirtschafts-, Umwelt- und Verkehrspolitik, auf Demokratisierung
10 und eine öffentliche Daseinsvorsorge, die Wiedergewinnung des öffentlichen Sektors für alle, die in
11 den Städten und Gemeinden leben.

12 Sozialökologisch – unser Weg zu einer lebenswerten und gerechten Zukunft für Alle

13 Selten zuvor sind so viele Menschen mit einem gemeinsamen Ziel auf die Straßen gegangen wie mit
14 „Fridays for Future“ zur Rettung des Klimas. Schüler*innen, Lehrer*innen, Eltern,
15 Wissenschaftler*innen und Umweltbewegte gingen voran. Ihnen folgen immer mehr Menschen, die
16 in Sorge um unseren Planeten sind. Es geht um nicht weniger als die Rettung dieser einen Welt, die
17 wir zum Leben haben. Unser Ökosystem und Klima stehen kurz vor dem Zusammenbruch. Einen
18 Planeten B gibt es nicht. Vor allem die große Mehrheit der jungen Generation verlangt von der
19 Politik, alles dafür zu tun, damit auch sie noch mit Kindern und Enkeln hier leben können.

20 Gleichzeitig wenden sich aber auch zunehmend Menschen von der Politik ab. Immer mehr
21 Einwohner*innen der Städte und Gemeinden in NRW sind abgehängt, chancen- und perspektivlos,
22 allein 800.000 Kinder wachsen in NRW in Armut auf. Leiharbeit und Minijobs breiten sich weiter auf
23 dem Arbeitsmarkt aus. Industriearbeitsplätze verschwinden, doch gut bezahlte neue Stellen fehlen.
24 Den Strukturwandel sind viel zu Viele gezwungen ihn nicht als Wandel erleben, sondern als
25 Zerstörung von Infrastruktur und Lebensperspektiven. In vielen Stadtteilen ist Wohnen für die große
26 Mehrheit unbezahlbar geworden, Menschen werden aus ihren Quartieren verdrängt. Im ländlichen
27 Raum existiert oft kaum noch soziale Infrastruktur. Von einem guten ÖPNV oder einem ausgebauten
28 Radwegenetz können die meisten Menschen nur träumen. Dasselbe gilt für Bildungseinrichtungen,
29 Jugend- und Sozialarbeit. Für Frauen, die Gewaltopfer werden, gibt es nicht einmal im Ansatz
30 ausreichend Frauenhausplätze.

31 Ökologie – also die Rettung und Bewahrung unseres Planeten – und soziale Gerechtigkeit, die Armut
32 überwindet und allen gleiche Lebensmöglichkeiten bietet, stehen für uns als LINKE als Ziele, die sich
33 gegenseitig befruchten. Ein gutes Leben für Alle kann es nur geben, wenn wir „sozial“ und
34 „ökologisch“ miteinander verbinden. Deshalb ist unsere Politik konsequent sozialökologisch.

35 Die Kommune nimmt eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung des dringend notwendigen sozial-
36 ökologischen Umbaus ein.

37 Viele wichtige Veränderungen, die unseren Alltag prägen werden, sind hier zu gestalten. Angefangen
38 bei der Energiegewinnung, über den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, bis hin zu
39 nachhaltiger Landwirtschaft.

40 Statt in riesigen Kraftwerken Kohle und Gas zur Stromerzeugung zu verbrennen und dabei Unmengen
41 an CO₂ auszustoßen setzen wir auf dezentrale Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen wie
42 Windkraft und Solarenergie in der Hand der Bürger*innen. Dies soll durch kommunale Stadtwerke

43 oder mit Genossenschaften sichergestellt. So können wir Ökostrom für alle erzeugen, zu sozial fair
44 gestaffelten Tarifen.

45 Heute ist der städtische Raum geprägt von großen Straßen, welche die Lebensräume zerschneiden.
46 Es gibt immer mehr Autos und sie werden immer größer. Darunter leidet nicht nur das Klima,
47 sondern auch die Luftreinheit und die Verkehrssicherheit für alle schwächeren
48 Verkehrsteilnehmer*innen.

49 Wir wollen eine neue Zukunft gestalten. Den öffentlichen Raum wollen wir für alle Menschen zurück
50 erobern und nicht dem motorisierten Individualverkehr opfern. Unser Ansatz ist dabei der massive
51 Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs mit Bahnen und Bussen. Alle wichtigen Punkte des
52 öffentlichen und privaten Lebens müssen bei kurzen Wegen mit öffentlichen Verkehrsmitteln und in
53 kurzer Taktung erreichbar sein. Damit Alle mitgenommen werden, ist er kosten- und barrierefrei
54 sowie fahrscheinlos. Besonders der ländliche Raum muss viel besser angebunden werden. Es darf im
55 Landkreis keinen Ort geben, an dem nicht in angemessener Häufigkeit ein Bus oder eine Bahn zu Fuß
56 zu erreichen ist.

57 Statt vielspuriger Straßen und riesiger Parkhäuser soll es gut ausgebaute Fahrrad- und Fußwege
58 sowie sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder geben. Andere Länder und Städte im Ausland
59 machen erfolgreich vor, wie der Verkehr der Zukunft aussehen kann.

60 In den Räten und Kreistagen wollen wir keine Betriebe der industriellen Landwirtschaft und
61 Massentierhaltung genehmigen. Solche Betriebe zerstören Mensch, Tier und Umwelt.

62 Wir setzen auf regionale und nachhaltige Erzeugung von Lebensmitteln, in denen es gute
63 Arbeitsbedingungen gibt und faire Löhne gezahlt werden. Die Kommune soll den Kauf dieser fair und
64 ökologisch erzeugten Produkte fördern, denn gesunde und nachhaltige Ernährung darf kein Luxusgut
65 sein. Pestizide, die unsere Gesundheit gefährden, wollen wir auf kommunalen Flächen verbieten.

66 Wir setzen auf faire und ressourcenschonende Produktion und den entsprechenden Handel, auf eine
67 regionale Kreislaufwirtschaft ohne unnötige Transportwege, auf die Vermeidung von Abfall, die
68 drastische Reduzierung von Plastik und anderen unnötigen Verpackungs- und Einwegprodukten. Vor
69 Ort unterstützen wir Tauschbörsen, Flohmärkte, die auflebende Kultur der Garagentrödel, sowie
70 Repair-Cafés, in denen Menschen sich begegnen und helfen.

71 Wir wollen mit dem sozialökologischen Umbau viele neue, gute und sinnvolle Arbeitsplätze schaffen.
72 Angefangen im Bereich der erneuerbaren Energien bei der Forschung, Produktion und Wartung, im
73 Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, der Gebäudesanierung und des Neubaus von klimaneutralen
74 Wohnungen über die ökologische Landwirtschaft bis hin zu den Forstämtern, wo dringend
75 Mitarbeiter*innen für die Pflege und Aufforstung der angegriffenen Wälder gebraucht werden.

76 **Unsere Vision: Ein gutes Leben für Alle an jedem Ort**

77 Wer einen Stuhl bauen will, hat eine Vision, eine Vorstellung davon, wie er aussehen soll oder wen er
78 tragen soll. Ohne diese Vision würden wir gar nicht anfangen zu bauen.

79 Auch Kommunalpolitik braucht eine Vision dessen, wie die Kommune eigentlich aussehen soll, für die
80 wir uns politisch einbringen. Was gehört alles dazu? Wer lebt dort unter welchen Bedingungen?

81 Unsere Vision für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen lautet daher: Überall sollen alle Menschen
82 unter guten Bedingungen leben können.

83 Konkret heißt das:

- 84 • Die Verfestigung von Armut gehört der Vergangenheit an. Der Anstieg der
85 Langzeiterwerbslosigkeit ist vorbei. Langzeiterwerbslose, oft weit mehr als die Hälfte aller
86 Erwerbslosen, haben sinnvolle, gemeinwohlorientierte Arbeit in kommunalen
87 Beschäftigungsprojekten, die gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden entwickelt wurden und in
88 denen sie eine tarifliche Bezahlung erhalten und sozial abgesichert sind. Viele werden nach
89 Qualifikation in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt. Jugendlichen wird eine Ausbildung
90 gesichert.
- 91 • Es gibt überall da bezahlbare Wohnungen, wo die Menschen leben wollen: in der Innenstadt
92 ebenso wie am Stadtrand, in der Großstadt genauso wie auf dem Land. Gebaut und
93 modernisiert wird barrierefrei und klimaneutral. Es gibt begrünte Fassaden und Gärten auf
94 Dächern und in Höfen. Familien finden große und Singles kleine Wohnungen, es gibt
95 Mehrgenerationen-Häuser und Wohnprojekte für Senior*innen. Studierende können
96 kostengünstig nah an ihrer Hochschule leben.
- 97 • Der Verkehr ist nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert. Fußgänger*innen und
98 Radfahrende haben in der Stadt und in Wohnvierteln viel Platz und Vorrang vor dem
99 Autoverkehr. Es gibt sichere Stellplätze für Fahrräder überall da, wo sie gebraucht werden.
100 Innerorts gilt Tempo 30, und es gibt viele (Autoverkehrs-)beruhigte Zonen und Spielstraßen.
101 Der öffentliche Personennahverkehr ist gut ausgebaut mit kurzen Taktungen und
102 fahrscheinfrei.
- 103 • Es gibt vielerorts Bäume, Wildwiesen und Grünanlagen anstelle von gepflasterten und
104 betonierte Flächen. Alle Menschen finden fußläufig öffentliche Grünanlagen und Spielplätze
105 mit Bänken und Tischen als Orte der Erholung und Begegnung.
- 106 • In allen Stadtteilen und auch auf dem Land gibt es genügend Haus- und Kinderärzt*innen.
107 Fachärzt*innen und Krankenhäuser sind gut erreichbar. Es gibt wohnortnahe Geburtsstationen,
108 Geburtshäuser und genügend Hebammen. Ärzt*innen haben Zeit für ihre Patient*innen,
109 Pflegekräfte arbeiten bei guter Bezahlung unter guten Bedingungen. Örtliche
110 Gesundheitsämter sind gut ausgestattet und kümmern sich um Vorsorge und Beratung.
- 111 • Öffentliche Sicherheit und Rettung im Notfall sind auf die Bedürfnisse der Menschen
112 ausgerichtet. Es gibt eine freundliche und kompetente Polizei, die bei Verkehrsunfällen,
113 Diebstählen oder Fällen von Gewalt schnell vor Ort ist, eingreift, hilft und aufklärt. Feuerwehr
114 und Rettungsdienst sind so gut mit Personal und Fahrzeugen ausgestattet, dass sie im Notfall
115 überall schnell zur Stelle sind.
- 116 • Es gibt wohnortnah für alle Kinder kostenlose Plätze in gut ausgestatteten Kitas und Schulen im
117 Ganztage. Kitas und Grundschulen sind inklusiv und integrativ und fördern alle Kinder. Sie sind
118 Orte des Zusammenlebens und der Mitbestimmung sowie aktiv Teil des gesellschaftlichen
119 Miteinanders im Stadtteil bzw. im Dorf. In den Städten und Kreisen werden ausreichend
120 Erzieher*innen ausgebildet und in den öffentlichen Kitas gut bezahlt.
- 121 • In den Stadtteilen und Gemeinden gibt es Jugendzentren, Begegnungsstätten und Zentren für
122 Einwohner*innen aller Generationen, in denen Veranstaltungen stattfinden und sich Vereine
123 und Initiativen treffen können.
- 124 • Kunst und Kultur sind kein Luxus für eine bessergestellte Schicht, sondern machen Angebote
125 für Alle und stehen auch Menschen mit kleineren Einkommen zur Verfügung. Es gibt ein

126 dichtes Netz an Büchereien, Musik- und Volkshochschulstandorten. Museen sind spannend,
127 lebendig und laden Groß und Klein zum Mitmachen ein. Theater und Konzerte gibt es nicht nur
128 in wenigen Metropolen, sondern in der Fläche erhalten auch kleine Bühnen eine
129 existenzsichernde Förderung.

130 • Sport ist für alle da. Es gibt offene Sport- und Freizeitstätten in den Stadtteilen und auch in
131 kleineren Gemeinden. Niemand ist ausgeschlossen, weil der Geldbeutel zu klein ist. Kinder
132 lernen miteinander Spaß an der Bewegung. Schwimmbäder, Badeaufsicht und Schwimmkurse
133 gibt es in ausreichender Zahl und gut erreichbar.

134 • Inklusion von Menschen mit Behinderungen ist gelebte Realität. Busse und Bahnen sind
135 barrierefrei – ebenso wie Wege, Straßen und öffentliche Gebäude. Es gibt inklusive Kitas und
136 Grundschulen mit den entsprechenden Gebäuden, Erzieher*innen und Lehrer*innen.

137 • Ein Leben frei von Diskriminierung und Rassismus ist Alltag in unserer Kommune. Anonyme
138 Bewerbungsverfahren bei allen kommunalen Stellen und Wohnungen sind Pflicht, der Kampf
139 gegen rechte Gruppen, Parteien und Bürgerwehren wird von Stadtrat und Kommune
140 unterstützt und Migrant*innen werden nicht aufgrund ihrer Herkunft vor-verurteilt oder
141 kriminalisiert.

142 • Integration und Vielfalt sind positiver Bestandteil unseres Zusammenlebens im Stadtteil oder
143 der Gemeinde. Sprachkurse gibt es jederzeit für alle, die sie brauchen, Erzieher*innen und
144 Lehrer*innen sind erfahren und gut ausgebildet, um das Miteinander der Kulturen zu
145 organisieren. Wir lernen voneinander und leben miteinander.

146 • Digitalisierung wird für Alle und an jedem Ort nutzbar. Es gibt Datenschutz und Privatsphäre
147 statt Überwachung. Schnelles Internet gibt es auch auf dem Land überall – genauso wie
148 flächendeckend freie WLAN-Hotspots. Die kreative Netzgemeinde ist Teil der Kultur- und
149 Bildungslandschaft und vor Ort in Veranstaltungen und Bildungseinrichtungen auch zum
150 Anfassern erlebbar.

151 Leben, Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Bildung, Bewegung, Freiraum und Gemeinschaft: In unserer
152 Vision der guten Kommune können wir alle friedlich und frei, sozial gesichert in einer solidarischen
153 Gemeinschaft leben.

154 Für unsere Vision einer lebenswerten Kommune sind die wirkliche Selbstverwaltung der Kommunen
155 und eine deutlich bessere Finanzausstattung unerlässlich. Dem steht eine jahrzehntelange
156 Unterfinanzierung der Kommunen, verschärft durch Schuldenbremse und „Schwarze Null“, entgegen.
157 Die Folge der strukturellen Unterfinanzierung sind Personal- und Sozialabbau in neuen Dimensionen
158 und eine Demontage der verfassungsrechtlich garantierten Selbstverwaltung der Kommunen. Weder
159 die derzeitige schwarz-gelbe Landesregierung noch ihre SPD/Grüne Vorgängerregierung ist ihrer
160 Verantwortung für eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen nachgekommen. Die
161 kommunale Selbstverwaltung ist eingezwängt zwischen der Verselbstständigung der Verwaltungen
162 und dem Vorrang der Landes-, Bundes- und EU-Gesetzgebung. Die dringend notwendigen
163 Investitionen in nahezu alle Bereiche des kommunalen Lebens müssen wir uns daher erkämpfen.
164 Dazu brauchen wir einen radikalen Kurswechsel auch für die kommunale Ebene.

165 Wir wollen das Zusammenleben der Menschen vor Ort verändern und eine lebenswerte Zukunft
166 bauen. Das erreichen wir nur in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, mit der
167 Klimagerechtigkeitsbewegung und all den Menschen, die sich für eine bessere Welt auf den Weg
168 gemacht haben. Gemeinsam sind wir stark!

169 Wir wollen Städte und Kommunen für alle. Die Kommunen sind für alle Menschen da, nicht für den
170 Profit einiger weniger! Holen wir uns die Städte und Gemeinden zurück - sozialökologisch!

171 **Thema: Soziales**

172 Die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland sind durch tiefe soziale Spaltungen
173 gekennzeichnet. Die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung nimmt zu. Nach den
174 Angaben der Bundesregierung besitzen die obersten zehn Prozent der Bevölkerung weit über 60%
175 des gesamten Vermögens. Armut breitet sich aus, Reichtum konzentriert sich bei Wenigen und die
176 gesellschaftliche Mitte schwindet. Die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen sind von
177 Arbeitsplatzabbau und Strukturwandel, vom Verfall öffentlicher Infrastruktur und nicht zuletzt von
178 wachsender Armut besonders betroffen. Wegen zum Teil deutlich unterschiedlicher Entwicklungen
179 in den Regionen in NRW, teils sogar innerhalb einer Stadt kann von gleichwertigen
180 Lebensverhältnissen mehr gesprochen werden.
181 Eine Gesellschaft, in der sich eine Minderheit zu Lasten der Mehrheit bereichert, ist ungerecht.
182 Wachsende Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit sind unvereinbar. LINKE Kommunalpolitik vor Ort
183 rückt in NRW deshalb konsequent die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt, die keine
184 finanzkräftige Lobby haben.

185 **Das soziale Miteinander, das wir wollen, ist:**

- 186 • gerecht
- 187 • sozial
- 188 • solidarisch
- 189 • geprägt von Teilhabe
- 190 • Sozial-Ökologisch

191 Denn für mehr soziale Gerechtigkeit und Teilhabe aller zu sorgen, ist eine Querschnittsaufgabe für
192 DIE LINKE, auch in den Räten der Städte und Gemeinden.

193 **Worauf wir dabei setzen:**

- 194 • Quartiersentwicklung
- 195 • gute Schulen und Kitas
- 196 • Mitbestimmung

197 **Was wir dafür brauchen:**

- 198 • mehr Spielräume für Kommunen
- 199 • soziale Sicherheit
- 200 • auskömmliche öffentliche Daseinsvorsorge

201 **Was das bringt?**

- 202 • gerechte Löhne
- 203 • bezahlbaren Wohnraum

204 • Emanzipation aller Menschen

205 **Was muss dafür getan werden?**

206 • Reichtum durch Steuern gerechte Steuern umverteilen

207 • die soziale Infrastruktur ausweiten

208 Um soziale Ungleichheit wirksam zu bekämpfen, bedarf es des Mutes, Reichtum durch Steuern und
209 vor Ort umzuverteilen: Für mehr soziale Sicherheit, für öffentliche Daseinsvorsorge, für bezahlbaren
210 Wohnraum, Quartiersentwicklung und gute Kitas und Schulen. Statt Kassenkrediten und
211 Haushaltssicherung brauchen die Kommunen eine solide Finanzausstattung, die ihnen mehr
212 Spielräume, um den gewachsenen Aufgaben durch die zunehmende Armut der Menschen und
213 Quartiere gerecht zu werden.

214 **Für ein soziales Miteinander in den Kommunen**

215 Die soziale Spaltung wird immer tiefer, innerhalb der Städte sowie zwischen Stadt und Land.
216 Während marginalisierte Stadtviertel sowie viele kleinere und mittlere Städte in strukturschwachen
217 Gebieten von Vernachlässigung und Mangel an sozialer Infrastruktur geprägt sind, bilden sich
218 andernorts durch Aufwertung und Verdrängung abgeschottete Wohlstandinseln (Gentrifizierung).
219 Strukturschwache Regionen leiden unter dem ersatzlosen Abbau ihrer Industrie-Arbeitsplätze,
220 enormen Kaufkraftverlusten und der Abwanderung ihrer Bewohner*innen.

221 In den wachsenden Städten ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum für viele Menschen zu einer
222 existenziellen Frage geworden. Große Teile der Innenstädte werden privat bewirtschaftet oder
223 befinden sich teil sogar ganz in Privatbesitz. Viele öffentliche Räume werden zu Konsumzonen und
224 Sicherheitszonen, oft umrahmt von gesichtsloser Architektur. Für all jene, die nicht konsumieren
225 wollen oder können, gibt es immer weniger Platz.

226 Bund und Länder investieren Milliarden in Prestigeobjekte und vernachlässigen gleichzeitig die
227 Weiterentwicklung attraktiver und lebenswerter Wohnorte. Die Schwächung der öffentlichen
228 Finanzen, insbesondere in den Kommunen, führt zu Einsparungen bei sozialen Projekten.
229 Investitionen in die Daseinsvorsorge fehlen.

230 Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren mit einer besseren finanziellen Ausstattung von
231 Förderprogrammen wie „Soziale Stadt“, den ab 2017 zusammengelegten Programmen „Stadtumbau
232 Ost“ und „Stadtumbau West“ oder mit neuen Programmen wie „Zukunft Stadtgrün“ reagiert. Doch
233 mit der einseitigen Ausrichtung auf Wirtschaftsförderung, privaten Wohnungsbau und
234 Quartiersaufwertung sind die falschen Rahmenbedingungen gesetzt worden: Die Chancen des
235 Stadtumbaus hin zu einer ökologischen, energieeinsparenden und sozialverträglichen Wende der
236 Stadtentwicklung unter breiter Beteiligung und Mitbestimmung der Bewohner*innen werden nur
237 ungenügend genutzt. In einigen Projektgebieten ist die Stimmung besser, das Wohnumfeld baulich
238 schöner geworden, die sozialen Probleme aber sind weiter gewachsen.

239 Die schwarz-gelbe NRW-Landesregierung hat mit dem Einstampfen des Programms „Starke Quartiere
240 – starke Menschen“ sogar 3-stellige Millionenbeträge, die von der Europäischen Union bereits
241 bewilligt waren, verfallen lassen: ein massiver Rückschritt für Armutsbekämpfung und eine sozialer
242 ausgerichtete Stadtteilentwicklung.

243

244 **Wie DIE LINKE vor Ort die gleichberechtigte Teilhabe und Emanzipation aller Menschen möglich**
245 **machen will:**

- 246 • Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Einwohner*innen in allen politischen Fragen
- 247 • Selbstorganisation der Einwohner*innen unterstützen
- 248 • die Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand. Dies
249 gilt für den Verkehr, die soziale Infrastruktur für Kinder, Familien und Senior*innen,
250 Gesundheitsdienste u.v.m.
- 251 • den Bau bezahlbarer kommunaler Wohnungen
- 252 • die Grundversorgung aller Einwohner*innen in Bezug auf Strom, Heizung, Gas und Wasser
253 muss gewährleistet sein
- 254 • die sozialen Sicherungssysteme ausweiten und Lücken der sozialen Infrastruktur schließen
- 255 • eine Sozialraum-orientierte Politik, welche etwa mit Quartiersmanagement, ÖPNV-Entwicklung
256 und Vernetzung die Lebensbedingungen in Stadtteilen und Quartieren vor Ort verbessert

257 **DIE LINKE fordert deshalb konkret:**

- 258 • sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse mit guten Löhnen, von denen Menschen
259 leben können
- 260 • Ausbau und kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, im ersten Schritt zumindest für
261 alle Personen unter 18 Jahren, Schüler*innen, Auszubildende und Hartz IV-Bezieher*innen und
262 Grundsicherungs-Bezieher*innen
- 263 • neue Angebote der kommunalen Daseinsvorsorge, wie z. B. kommunale Sozialpässe für
264 Museen, Schwimmbäder und Sozialtarife für Strom und Gas
- 265 • Lehrmittelfreiheit und kostenloses Mittagessen in Tageseinrichtungen und an allen Schulen bis
266 zum Abitur
- 267 • die regelmäßige Erstellung eines Armutsberichts in den Kreisen und kreisfreien Städten durch
268 die öffentliche Hand
- 269 • den Erhalt und Ausbau öffentlich finanzierter sozialer Beratungsstellen, z.B.
270 Erwerbslosenzentren, Schuldnerberatungen, AIDS-Hilfen, der ambulanten Suchthilfe und
271 Schwangerschaftskonflikt-Beratungsstellen
- 272 • Stärkung von Bürgerzentren
- 273 • die weitere Förderung von Verbraucherschutzzentralen mit einer ausreichenden personellen
274 Ausstattung
- 275 • die Ausweitung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Menschen, die von
276 Wohnungs- oder Obdachlosigkeit betroffen sind
- 277 • Erhalt und Ausweitung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten in der Täterarbeit

278 **Armut in Stadt und Land bekämpfen - soziale Gerechtigkeit schaffen**

279 Armut ist kein unveränderbares Schicksal. Sie ist Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse, in denen
280 ein kleiner Teil der Gesellschaft sich einen ständig wachsenden Reichtum aneignet. Dadurch wird die
281 Kluft zwischen Arm und Reich immer tiefer. Diese Entwicklung ist jedoch entgegen der herrschenden
282 Propaganda keineswegs selbst verschuldet. Die Ursache liegt in einem kapitalistischen
283 Wirtschaftssystem, das durch massenhafte Arbeitsplatz-Vernichtung und zunehmende
284 Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse immer weniger Menschen eine lebenswerte
285 Perspektive bietet.

286 **Die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die wir wollen, ist:**

- 287 • Menschenwürdig
- 288 • Sanktionsfrei
- 289 • nicht-repressiv

290 Denn unter dem Hartz IV-Regime fehlt schlichtweg das Geld für sämtliche Lebensbedürfnisse, die für
291 die große Mehrheit der Gesellschaft selbstverständlich sind.

292 **Worauf wir dabei setzen?**

- 293 • ein wertschätzender Umgang mit Erwerbslosen
- 294 • eine alternative, begünstigende, an Menschenrechten orientierte Entscheidungs-Praxis in den
295 Jobcentern

296 **Was wir dafür brauchen, ist eine Arbeitsmarktpolitik, die**

- 297 • in tarifgebundene öffentliche Beschäftigung investiert
- 298 • sich am Wohl der Menschen orientiert

299 **Was das bringt?**

- 300 • lebenswerte Bedingungen für alle Menschen

301 **Was muss dafür getan werden?**

- 302 • ein kommunaler Hilfsfonds muss eingerichtet werden
- 303 • die Berechnung der Wohnkosten durch die Jobcenter und Sozialämter muss sich grundsätzlich
304 an den örtlichen Vergleichsmieten orientieren. Die Kosten der Unterkunft sind in vollem
305 Umfang zu übernehmen.
- 306 • ein Sozialpass muss eingeführt werden
- 307 • Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung statt 1-Euro-Jobs, Kombilohnstellen und prekäre
308 Beschäftigung
- 309 • Die Arbeitszeit auf 30 Stunden pro Woche reduzieren

310 Denn Armut darf in unseren Städten keinen Platz haben. In einer reichen Gesellschaft ist Armut eine
311 Schande. Sie ist menschenunwürdig und bedeutet für die betroffenen Menschen den Ausschluss von
312 sozialer und kultureller Teilhabe.

313 **Armut und Hartz IV**

314 Massenerwerbslosigkeit, Hartz IV und die ständige Zunahme unsicherer Beschäftigungsverhältnisse
315 sind im Wesentlichen verantwortlich für die Verarmungsprozesse in den Kommunen. In zahlreichen
316 Stadtteilen des Ruhrgebiets leben inzwischen mehr als 35 % der Menschen von Hartz IV
317 beziehungsweise Sozialhilfe. Besonders betroffen sind alleinerziehende Frauen, Langzeiterwerbslose,
318 Rentner*innen sowie Menschen mit Migrationshintergrund. Zusätzlich wächst mit steigender
319 Kinderzahl in einer Familie auch die materielle Armut. In zahlreichen Stadtteilen des Ruhrgebiets lebt
320 inzwischen die Hälfte aller Kinder in Armut.

321 Die wachsenden Armutsverhältnisse sind im Wesentlichen von den Hartz-Gesetzen und der Agenda-
322 Politik geprägt, die 2004 von der Bundesregierung aus SPD und Grünen eingeführt wurden. Mit Hartz
323 IV wurde nicht nur eine repressive Arbeitsmarktpolitik durchgesetzt. Die Zusammenlegung der
324 bisherigen Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe führte für Millionen zu einer dramatischen Absenkung
325 ihres Einkommens. Eines der wesentlichen Ziele dieser Politik bestand darin, durch die Deregulierung
326 des Arbeitsmarktes massenhaft unsichere Arbeitsverhältnisse und Billiglöhne durchzusetzen, um
327 damit die Lohnkosten massiv zu senken und damit Gewinne der Unternehmen in einem fast schon
328 obszönen Ausmaß zu steigern. Ein Viertel aller Hartz IV beziehenden Menschen machen diejenigen
329 aus, die aufstockende Leistungen von den Jobcentern erhalten, weil ihr Lohn zum Leben nicht
330 ausreicht.

331 Ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis reicht heute für viele nicht zum Ausstieg
332 aus der Armut. Bei mehr als der Hälfte, die den Hartz IV-Bezug verlassen, ist eine Arbeitsaufnahme
333 mit Löhnen unterhalb der Armutsschwelle verbunden.

334 Deshalb unterstützen wir auf kommunaler Ebene folgende bundespolitische Forderungen:

- 335 • Sofortige Erhöhung des Hartz IV-Regelsatzes auf 582 EUR und die Einführung einer
336 bedarfsdeckenden und sanktionsfreien Mindestsicherung von 1.200 EUR, die Armut tatsächlich
337 verhindert und die Bürgerrechte der Betroffenen achtet. Dazu gehören die Abschaffung der
338 Sanktionen, der Sonderregelungen für junge Menschen bis zum 25. Lebensjahr, der Bedarfs- und
339 Einsatzgemeinschaften und die Einführung des Individualprinzips auf der Basis der gesetzlichen
340 Unterhaltspflichten.
- 341 • die Erhöhung des Mindestlohnes auf 13 EUR/Stunde
- 342 • die Abschaffung der Sanktionen und Leistungskürzungen bei angeblich sozialwidrigem Verhalten
343 im SGB II

344 **Kommunalpolitische Handlungsmöglichkeiten**

345 Das Hartz IV-System beruht zwar auf einer bundesgesetzlichen Regelung. Auf kommunaler Ebene
346 gibt es aber zahlreiche Möglichkeiten besonders repressive Maßnahmen deutlich einzuschränken
347 oder eine menschenwürdige Praxis durchzusetzen.

348 Ein wichtiges Moment ist das Angebot der Sozialberatung auf kommunaler Ebene. Wir zeigen als
349 LINKE, dass wir konkret helfen und nicht bereit sind, uns mit den Zuständen in den Jobcentern und
350 deren fragwürdiger Praxis abzufinden.

351 Kein anderes Sozialleistungssystem wie das Hartz IV-Regime steht seit Jahren derart unter ständiger
352 Kritik, nicht mehr nur durch DIE LINKE, Sozialverbände und Gewerkschaften. Entscheidend für die
353 Überwindung der Armut sind jedoch gut bezahlte sichere Arbeitsplätze, die bis heute fehlen. In der
354 Arbeitsmarktpolitik muss dringend ein Kurswechsel eingeleitet werden. Gute öffentlich geförderte
355 kommunale Beschäftigungsprogramme sind ein Beitrag hierzu.

356 Deshalb fordern wir auf kommunaler Ebene

- 357 • perspektivlose und armutsfördernde Ein-Euro-Jobs, Kombilohn-Stellen und prekäre
358 Beschäftigung in allen ihren Formen sind auf kommunaler Ebene einzustellen. Stattdessen sind
359 ausschließlich tarifgebundene sozialversicherungspflichtige Stellen zu schaffen, die
360 aufstockende Hartz IV-Leistungen überflüssig machen.
- 361 • die Übernahme der Wohnkosten (Kosten der Unterkunft) durch die Jobcenter und Sozialämter
362 ist am Mittelwert des jeweiligen kommunalen Mietspiegels beziehungsweise entsprechender
363 örtlicher Vergleichsmieten zu orientieren und grundsätzlich in voller Höhe zu übernehmen.
364 Zwangsumzüge sind unzulässig.
- 365 • Strom- und Gassperren sind menschenunwürdig und ausnahmslos zu untersagen. Die
366 Kommunen sind verpflichtet, einen kommunalen Härtefonds einzurichten, der im Falle der
367 Zahlungsunfähigkeit die rückständigen Kosten übernimmt
- 368 • durch Einführung eines Sozialpasses wird Menschen mit Einkommen unterhalb des
369 Pfändungsfreibetrages kostenloser Zugang zu kommunalen Einrichtungen wie
370 Schwimmbädern, Bibliotheken, Theater etc. ermöglicht
- 371 • sämtliche öffentliche Bildungsangebote und Leistungen werden allen Kindern unabhängig von
372 ihrem sozialen Status kostenlos zur Verfügung gestellt.
- 373 • Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit ist bedingungslos abzuschaffen; bei vorübergehender
374 Wohnungslosigkeit müssen in ausreichendem Umfang menschenwürdige und kostenlose
375 Schlafgelegenheiten eingerichtet werden; Schaffung von zusätzlichen Stellen („Streetworker“),
376 um wohnungslose Menschen zu den Ämtern zu begleiten

377 **Thema: Arbeit**

378 Die Städte und Landkreise in NRW stehen in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik vielerorts
379 vor großen Herausforderungen. Neoliberale Politik und wirtschaftlicher Strukturwandel haben ihre
380 Spuren hinterlassen. Gerade in industriell geprägten Regionen hat ein massiver Arbeitsplatz-Abbau
381 stattgefunden, der die betroffenen Kommunen in ihrer Handlungsfähigkeit belastet und einschränkt.
382 Kommunale Selbstverwaltung und eine Politik im Interesse der Bürger*innen werden dadurch massiv
383 in Frage gestellt.

384 **Die Beschäftigungsverhältnisse, die wir wollen, sind:**

- 385 • Unbefristet
- 386 • gerecht und armutssicher
- 387 • sozialversichert
- 388 • tarifgebunden
- 389 • Familiengerecht

390 Denn der Arbeitsmarkt darf nicht länger vom kapitalistischen Prinzip bestimmt werden, sondern
391 muss sich an den Bedürfnissen der Arbeitnehmer*innen orientieren.

392 **Worauf wir dabei setzen?**

- 393 • staatliche Investitionen in den Bereichen Soziales, Bildung und Verkehr
- 394 • mehr Beschäftigung im Öffentlichen Dienst
- 395 • gute Beschäftigung durch öffentliche Förderung

396 **Was wir dafür brauchen ist:**

- 397 • ein entschiedener Kurswechsel in der kommunalen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

398 **Was das bringt?**

- 399 • mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse
- 400 • mehr Fachkompetenz in den Verwaltungen
- 401 • weniger Erwerbslose

402 **Was muss dafür getan werden?**

- 403 • Aufbau statt des Abbaus von Stellen im Öffentlichen Dienst
- 404 • Sofortige Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen
- 405 • in den Kommunen müssen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse für
406 Langzeiterwerbslose geschaffen werden

407 Wir müssen und wollen dafür sorgen, dass alle Beschäftigten und Selbstständigen unabhängig von
408 der Art ihrer Beschäftigung oder Gewerbes unter menschenwürdigen Bedingungen arbeiten können.

409 **Für eine fortschrittliche kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik**

410 Profitinteressen waren und sind die entscheidende Ursache dafür, dass sowohl in der Eisen- und
411 Stahlindustrie, als auch im Ruhrgebiets-Bergbau hunderttausende von Arbeitsplätzen vernichtet und
412 dabei traditionelle Industrie-Standorte geschlossen wurden. Dazu gehörten das Krupp-Stahlwerk in
413 Duisburg-Rheinhausen, die Henrichs-Hütte in Hattingen oder das Hoesch-Stahlwerk in Dortmund.
414 Auch im Bergbau wurden seit den 1970er Jahren dutzende Zechen vornehmlich im Ruhrgebiet
415 stillgelegt mit der Folge, dass hunderttausende von Bergarbeitern in die Frühverrentung geschickt
416 worden sind. Aktuell schließen die Strategien von Siemens, Bosch, ThyssenKrupp oder der
417 Automobil-Industrie nahezu nahtlos an diese desaströsen Entwicklungen an. Bei solch drastischem
418 Arbeitsplatz-Abbau diktiert immer wieder das kapitalistische Prinzip die Feder: Die Gewinne werden
419 privatisiert und die Verluste hat die Gesellschaft zu tragen, nicht zuletzt die Kommunen.

420 Die Zahl der amtlich gemeldeten Erwerbslosen hat sich in den letzten Jahren zwar deutlich verringert
421 und die offizielle Statistik feiert ein Beschäftigungswunder. Dafür hat jedoch die Zahl der
422 Beschäftigten in unsicheren Arbeitsverhältnissen erheblich zugenommen. Mehr als jede*r Fünfte
423 arbeitet als Geringverdiener*in oder in Teilzeit, mehr als 40 % aller Neueinstellungen sind nur
424 befristet und die Zahl der unsteten Leiharbeitsverhältnisse wächst. Auch ein Großteil der Freiberufler
425 und Selbstständigen im gastronomischen und kulturellen Bereich lebt unter prekären Bedingungen.

426 Die Folge: Städte wie Duisburg, Gelsenkirchen oder Dortmund als ehemalige industrielle Hochburgen
427 haben heute nicht nur Armutsquoten von mehr als 25% aufzuweisen, sondern es werden von diesem
428 Trend inzwischen auch die gesamte Bevölkerung ganzer Stadtteile erfasst. Dies geht einher mit
429 Ghettoisierung, hohen Wohnungsleerständen und einem dramatischen Abbau sozialer und
430 kultureller Einrichtungen.

431 Auch auf dem Land zeigen sich die Folgen: Innenstädte veröden, weil Geschäfte leer stehen und der
432 Einkommens- und Kaufkraftverlust der berufstätigen Menschen unmittelbar zu spüren ist. Einen
433 Wohnungswechsel können sich nur noch besser Verdienende leisten.

434 Hinzu kommt, dass in den kommunalen Verwaltungen und Einrichtungen trotz wachsender Aufgaben
435 ein Stellenabbau erfolgt ist. Der neoliberale Fetisch der „Schuldenfreiheit“ und das falsche Dogma
436 „Privat vor Staat“, das von der Mehrheit der Entscheidungsträger*innen in den Rat- und
437 Kreishäusern vertreten wird, dienen dabei als Begründung. Seit 1990 wurden mehr als 50% der
438 Normal-Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Sektor abgebaut. Dies ging vielfach einher mit einer
439 fehlenden Übernahme von Auszubildenden in den kommunalen Verwaltungen und Betrieben.

440 Diese Entwicklungen haben zu einer erheblichen Steigerung der Arbeitsbelastung im Öffentlichen
441 Dienst und in der Folge hohen Krankenständen der Mitarbeiter*innen sowie zu einer spürbaren
442 Verschlechterung der kommunalen Daseinsvorsorge geführt. Viele Bereiche der
443 Kommunalverwaltung stehen am Rande ihrer Leistungsfähigkeit, mancherorts droht gar der
444 Zusammenbruch kommunaler Leistungen und Angebote.

445 Darüber hinaus ist die interne Fachkompetenz in Verwaltungen verloren gegangen. Im gleichen
446 Maße ist die Abhängigkeit von kostenintensiven externen privaten Dienstleistern und Beratern
447 gestiegen, insbesondere bei Bauleistungen und Infrastruktur-Projekten.

448

449 **Fortschrittliche Kommunalpolitik heißt: Mehr Beschäftigung im Öffentlichen Dienst schaffen**

450 Eine verbesserte öffentliche Daseinsvorsorge sowie der Ausbau kommunaler Einrichtungen und
451 Dienstleistungen erfordern einen entschiedenen Kurswechsel in der kommunalen Arbeitsmarkt- und
452 Beschäftigungspolitik.

453 In den Kommunen treten wir deshalb für folgende Ziele ein:

- 454 • kein weiterer Stellenabbau im öffentlichen Dienst
- 455 • die unbefristete Übernahme von Auszubildenden
- 456 • kommunale Personalentwicklungs- und –aufbaupläne
- 457 • Arbeitszeitverkürzung bei vollen Lohn- und Personalausgleich
- 458 • den Ausbau kommunaler Eigenbetriebe zur öffentlichen Daseinsvorsorge
- 459 • die Entwicklung der kommunalen Stadtwerke bzw. Energieversorger zu Einrichtungen
460 regenerativer sowie dezentraler Energie-Erzeugung und zu Dienstleistungsunternehmen im
461 Rahmen einer alternativen Klimapolitik zur Unterstützung und Beratung örtlicher Energie-
462 Genossenschaften als nicht gewinnorientierte Unternehmen

463 **Fortschrittliche Kommunalpolitik heißt: Durch öffentliche Förderung gute Beschäftigung schaffen**

464 Die Statistiken der örtlichen Jobcenter weisen es aus: Trotz gesteigener Beschäftigungsquoten ist die
465 Zahl der von Langzeiterwerbslosigkeit betroffenen Menschen nach wie vor hoch. Es sind in NRW
466 landesweit mehr als 300.000 Menschen, die arbeiten könnten und wollen. Der Markt richtet es nicht.
467 Und die bisherigen „Arbeitsmarktinstrumente“ des Hartz IV-Systems sind kläglich gescheitert. Ein-
468 Euro-Jobs, Bewerbertrainings oder 50-Plus-Programme haben den Betroffenen nichts gebracht.
469 Diese Maßnahmen und die mit Hartz IV systematisch verbundene Praxis von Sanktionen und
470 Leistungskürzungen sind demütigend sowie menschenunwürdig und damit demotivierend. Sie
471 gehören ersatzlos abgeschafft.

472 Junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung ebenso wie ältere Erwerbslose besonders
473 in den von Strukturwandel und Deindustrialisierung betroffenen Regionen in NRW dürfen nicht
474 länger mit der Aussicht eines Lebens fern vom Arbeitsmarkt konfrontiert werden.

475 Stattdessen sind die Städte und Kreise sozialpolitisch in der Pflicht, Beschäftigung für
476 Langzeiterwerbslose in den Kommunen in kommunalen Einrichtungen und über spezielle
477 Beschäftigungsträger zu schaffen. Das soll durch öffentliche Förderung mit eigenen Mitteln und die
478 Nutzung öffentlicher Fördermittel finanziert werden.

479 Für DIE LINKE sind eine dauerhafte sozialversicherte Beschäftigung, tarifliche und existenzsichernde
480 Bezahlung ohne Ausnahme vom gesetzlichen Mindestlohn, der Aufbau eigener Ansprüche auf
481 Arbeitslosengeld I, die freiwillige Teilnahme (offene Bewerbung) und ein Vorrang für berufliche
482 Qualifizierung und reguläre Ausbildungsabschlüsse Mindestbedingungen für gute Beschäftigung.

483 An den auf kommunaler Ebene eingerichteten Beschäftigungsverhältnissen zur Bekämpfung der
484 Langzeiterwerbslosigkeit nach dem Teilhabechancengesetz kritisiert DIE LINKE, dass diese
485 Beschäftigungsverhältnisse keine Arbeitslosenversicherung enthalten und außerdem
486 sanktionsbewehrt sind. DIE LINKE tritt deshalb dafür ein, dass diese Arbeitsverhältnisse
487 arbeitsrechtlich normalen Arbeitsverhältnissen gleichgesetzt werden.

- 488 DIE LINKE in den Räten und Kreistagen fordert und unterstützt öffentlich geförderte kommunale
 489 Beschäftigung, wenn diese gute Arbeitsbedingungen schafft. Das heißt, wenn die angebotene
 490 Beschäftigung
- 491 • freiwillig ohne zwangsweise Zuweisung durch das Jobcenter aufgenommen werden kann
 - 492 • grundsätzlich unbefristet ist; sachgrundlose Befristungen sind ausnahmslos abzuschaffen;
 493 Befristungen mit Sachgrund sind nur in engen Grenzen zulässig
 - 494 • einem Tarifvertrag unterfällt und dabei insbesondere tariflich vergütet wird
 - 495 • Anspruch auf bezahlte Qualifizierungsmaßnahmen enthält
 - 496 • erforderliche Unterstützungsmaßnahmen (z.B. Kinderbetreuung, psychologische Betreuung
 497 u.a.) vorsieht
 - 498 • Hilfestellung bei Bewerbungen auf andere Stellen beinhaltet und
 - 499 • eine Beendigung der geförderten Beschäftigung ermöglicht, ohne Sanktionen gemäß § 31 Abs.
 500 1 Nr. 3 SGB II befürchten zu müssen
- 501 In diesem Zusammenhang fordert und unterstützt DIE LINKE
- 502 • die Einrichtung von Stadtteilzentren, insbesondere in sog. Stadtteilen mit besonderem
 503 Erneuerungsbedarf bzw. in sozialen Brennpunkten, die im Rahmen öffentlicher geförderter
 504 Beschäftigung soziale, technische und handwerkliche Dienstleistungen anbieten. Diese
 505 Angebote sollen Erwerbslosen und Geringverdienenden zur Verfügung stehen, die sich
 506 derartige Angebote am „freien“ Markt nicht leisten können
 - 507 • das Angebot zur Begleitung und alltäglichen Hilfe für ältere Menschen und Menschen mit
 508 Behinderung
- 509 **Statt Ausgrenzung - Probleme anpacken!**
- 510 Für Selbstständige, egal in welchem Gewerbe sie tätig sind, gelten andere Bedingungen als für
 511 Angestellte. Sexarbeit ist dabei gesondert geregelt. Denn seit dem 1. Juli 2017 ist das Gesetz zur
 512 Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen,
 513 kurz Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG), in Kraft getreten.
- 514 **DIE LINKE streitet unabhängig von der Frage, welche gesellschaftliche Akzeptanz die Prostitution**
 515 **genießt, für**
- 516 • die Aufhebung der Sondersteuer für Räume wie Bordelle, Schwulen-Clubs und Schwulen-
 517 Saunen, in denen sexuelle Kontakte möglich sind: mit einer solchen „Sexsteuer“ wird eher das
 518 Gewerbe an sich reglementiert, als dass notleidende Kommunen einen finanziellen Vorteil
 519 hätten
 - 520 • eine Anpassung der Sperrgebietsverordnung: Sexarbeitende brauchen keine Sperrgebiete,
 521 sondern geschützte, kommunale Räume mit entsprechenden Standards
 - 522 • für den sogenannten „Straßenstrich“ müssen Kommunen geschützte Bereiche schaffen, in
 523 denen ungestörtes und konfliktfreies Arbeiten möglich ist – unter Einhaltung größtmöglicher
 524 Sicherheits- und Hygienestandards. Ferner sind „Runde Tische“ einzurichten, in denen die

- 525 Kommunikation zwischen Sexarbeitenden, Verwaltungsangestellten und Bürger*innen
526 ermöglicht wird
- 527 • sowie eine Stärkung der personellen und finanziellen Ausstattung von unabhängigen
528 Beratungsstätten: Es ist dringend erforderlich, Tätigen in der Sexarbeit Zugang zu
529 Weiterbildung (berufliche Qualifikation, Sprachkurse, Selbstverteidigung) zu ermöglichen und
530 Menschen, die aus dem Beruf aussteigen oder ihn wechseln möchten, vernünftige Alternativen
531 anzubieten – und das über die aktuell übliche Vermittlung in Hartz IV oder in den
532 Billiglohnsektor hinaus. Beratungsstätten müssen auch Hilfe bei Gewalterfahrung leisten
533 können und dementsprechend geschult/ausgestattet werden

534 **Klimaschutz, Energiewirtschaft, Agrarpolitik, Umwelt- und Tierschutz**

535 LINKE Kommunalpolitik im Bereich Klima und Umwelt tritt angesichts der globalen Klimakatastrophe
536 dafür ein, dass alles getan wird, um die bereits jetzt unausweichlichen Folgen für die Menschen in
537 Städten und Gemeinden, mit allen auf kommunaler Ebene möglichen Mitteln zu mildern und einer
538 weiteren Verschlechterung der Lage durch entschlossenen Klimaschutz entgegenzuwirken.

539 **Die Klima- und Umweltpolitik, die wir wollen, ist:**

- 540 • sozial-ökologisch
- 541 • anti-kapitalistisch
- 542 • am Pariser Abkommen und dem 1,5 Grad-Ziel orientiert

543 Denn Klima- und Umweltschutz auf kommunaler Ebene bedeutet für DIE LINKE, alles zu tun, um
544 Vorsorge für die Folgen des Klimawandels zu treffen und alles zu tun, um die CO₂-Neutralität der
545 Kommunen bis zum Jahr 2035, spätestens aber zum Jahr 2040 zu erreichen.

546 **Worauf wir dabei setzen?**

- 547 • unseren „Aktionsplan 2035“

548 **Was wir dafür brauchen?**

- 549 • Kommunale Kreislaufwirtschaft
- 550 • Ressourcen-Sparsamkeit
- 551 • Recycling-Konzepte
- 552 • dezentrale Energieversorgung

553 **Was das bringt?**

- 554 • Klimaneutralität
- 555 • Klimaschutz
- 556 • Klimagerechtigkeit

557 **Was muss dafür getan werden?**

- 558 • Rekommunalisierung der für die Daseinsvorsorge wichtigen Konzerne
- 559 • ein planbarer, für die Bürger*innen jederzeit transparenter Prozess muss auf kommunaler
560 Ebene angestoßen werden

561 Die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Schaffung sozialer Gerechtigkeit für alle
562 Bürger*innen müssen die obersten Prinzipien linker Kommunalpolitik sein – auch und gerade in der
563 Klimapolitik. Das wollen wir mit unserem „Aktionsplan 2035“ erreichen.

564 **Klimaschutz und LINKE Kommunalpolitik – unser „Aktionsplan 2035“**

565 Klimaschutzpolitik ist ohne die aktive Beteiligung der Kommunen nicht möglich. Davon sind nahezu
566 alle kommunalen Politikfelder betroffen. Von der Energieversorgung, über die Wirtschaftsförderung,
567 den öffentlichen Personennahverkehr, das Grün- und Waldflächenmanagement, die
568 Wohnraumsanierung bis hin zu städtebaulichen Konzepten und der Einflussnahme auf die regionale
569 Wirtschaftsstruktur. Um auf all diesen Politikfeldern zu agieren, braucht es eine übergreifende
570 Zielsetzung.

571 Für LINKE Kommunalpolitik bedeutet das, dass alle genannten Politikfelder den Zwecken der
572 Kapitalmehrung und des kurzfristigen Gewinnstrebens so weit wie möglich entzogen werden
573 müssen. Für die Energieversorgung bedeutet das z.B., dass nur eine Rekommunalisierung den
574 nötigen Umbau auf nichtfossile Energieträger bis 2035 erzielen kann. Dabei ist ein möglichst hoher
575 Anteil vor Ort erzeugter regenerativer Energien anzustreben

576 Wir wollen alle Aspekte eines sozialökologischen Umbaus verbinden, hin zu
577 Gemeinwohlorientierung, kooperativem Wirtschaften und ökologischer Nachhaltigkeit. Dazu sollen
578 alle Städte und Gemeinden für sich einen auf die konkreten Gegebenheiten zugeschnittenen
579 „Aktionsplan 2035“ als Kernstück der zukünftigen Kommunalpolitik entwickeln. Dieser Plan muss
580 nach den Geboten der Nützlichkeit für das Gemeinwohl, der Ressourcen-Sparsamkeit, der
581 Wiederverwertung und des Klimaschutzes konkrete Maßnahmen mit der Perspektive auf ein
582 Klimaneutralitätsziel 2035 festlegen.

583 **Unser „Aktionsplan 2035“:**

- 584 • erstellt eine Klimabilanz der Kommune und eine Potentialanalyse für die Reduktion der
585 Klimabelastung, die in regelmäßigen Abständen fortgeschrieben wird
- 586 • enthält alle kommunalpolitischen Handlungsfelder und definiert konkrete Teilziele für jedes
587 Handlungsfeld
- 588 • trägt sozialpolitischen Auswirkungen jeder vorgeschlagenen Maßnahme Rechnung und schlägt
589 einen gerechten Ausgleich vor
- 590 • wird unter intensiver Beteiligung der Einwohner*innen und umweltpolitischen Initiativen,
591 Vereine und Verbände entwickelt
- 592 • enthält eine regelmäßige öffentliche Berichterstattung über bereits erfolgte Maßnahmen und
593 den Stand der Zielerreichung
- 594 • entsteht in Kooperation mit anderen Kommunen, um Erfahrungen zu teilen, voneinander zu
595 lernen und ggf. Synergien zu nutzen

596 **Was die Ziele unseres „Aktionsplans 2035“ sind:**

- 597 • ein planbarer, jederzeit für die Einwohner*innen transparenter Prozess
- 598 • ein Paradigmenwechsel weg von einer ausbeutenden, die Regionen auszehrenden
599 kapitalistischen Globalisierung, hin zu einer partizipatorischen, kooperativen und
600 solidarischen Regionalwirtschaft
- 601 • Artenvielfalt in unserer Kommune
- 602 • CO2-Neutralität durch den Ausbau regenerativer Energien

603 **Wie wir Kommunen auf die Folgen des Klimawandels vorbereiten:**

- 604 • Wo dies noch nicht geschehen ist, müssen Städte einen Klimafolgen-Anpassungsplan
605 erarbeiten. Bestehende Pläne müssen an die beschleunigte Entwicklung der Klima-
606 Erwärmung angepasst werden. Diese Pläne zeigen Möglichkeiten, wie die Durchlüftung der
607 Stadt verbessert, Frischluft-Schneisen erhalten oder gegebenenfalls wiederhergestellt
608 werden können, wie mehr Bäume gepflanzt, Fassaden und Dächer begrünt werden können.
609 Dafür wird ein Gründach-Potentialkataster angelegt. Gründächer sorgen für bessere Luft und
610 binden Feinstaub. Sie können zusätzlichen Lebensraum für Vögel und Insekten schaffen.
- 611 • Hitzeinseln werden erfasst und auf das Vorhandensein kritischer Einrichtungen überprüft,
612 wie z.B. Krankenhäuser, Pflegeheime, Kitas, Schulen, Spielplätze. Maßnahmen zu Schutz
613 dieser Einrichtungen werden ergriffen.
- 614 • Bei der Neupflanzung von Bäumen werden heimische Sorten bevorzugt, sofern sie auch den
615 veränderten Bedingungen der Klimaerwärmung noch angepasst sind.
- 616 • LINKE Kommunalpolitik setzt sich für die Einrichtung von Baumschutzsatzungen sowie
617 Baumkatastern in allen Kommunen ein.
- 618 • Kommunen erstellen Hitze-Aktionspläne für Hitzewellen.

619 **Agrarpolitik**

620 LINKE Kommunalpolitik hat zum Ziel, dass Agrarpolitik sozial, ökologisch und am Tierwohl orientiert
621 ist. Dem Naturschutz und dem Schutz der Artenvielfalt kommt durch die Folgen des
622 menschengemachten Klimawandels eine besondere Rolle zu.

623 **Was wir tun, um sozialökologische Landwirtschaft zu stärken und die Natur zu schützen:**

- 624 • Große Teile des Grünlands werden derzeit bewirtschaftet. Auf größeren Ackerschlägen sollen
625 künftig feste Wild- und Insekten-Schutzstreifen eingerichtet werden. Kommunales Agrarland
626 soll ökologisch und ohne den Einsatz von synthetischen Pestiziden bewirtschaftet werden.
627 Nicht verpachtete oder von der Kommune selbst bewirtschaftete Flächen sollen als Insekten
628 und Wildschutzraum umgestaltet werden. Bestehende Pachtverträge sollen in den
629 kommenden zehn Jahren umgestellt oder gekündigt werden, wo dies möglich ist.
- 630 • Die Kommune initiiert und unterstützt Projekte der solidarischen Landwirtschaft, wie auch
631 Möglichkeiten der regionalen und saisonalen Direktvermarktung für Agrarbetriebe aus der
632 Region.
- 633 • LINKE Kommunalpolitik strebt die Umstellung der Versorgung von allen öffentlichen
634 Kantinen, Schulen und Kindergärten auf ökologische, saisonal und regional erzeugte
635 Nahrungsmittel an.
- 636 • Kommunale Wälder werden erhalten und als standortangepasste Mischwälder naturnah
637 bewirtschaftet. Teile der städtischen Wälder sollen nicht bewirtschaftet sondern der Natur
638 überlassen werden.
- 639 • Verkehrsinseln und das verkehrsbegleitende Grün werden so gestaltet, dass sie als
640 Reproduktionsstätten für Biodiversität dienen können, Flugkorridore für Insekten und

641 Leitsysteme für Kleintiere müssen geschaffen werden. Unnötige Lichtemissionen müssen
642 vermieden werden.

- 643 • Die Kommune wirkt der zunehmenden Versiegelung in privaten Gärten durch geeignete
644 Satzungen entgegen und ergreift Maßnahmen, um Schottergärten zu identifizieren und ihre
645 Entsiegelung zu erreichen.

646 **Energiepolitik**

647 LINKE Energiepolitik auf kommunaler Ebene braucht eine sozialökologische Wende. Eine sichere,
648 nachhaltige, von Importen unabhängige und für alle bezahlbare Energieversorgung ist das Ziel
649 unserer Politik. Die Versorgung der Bürger*innen mit Energie gehört in die öffentliche Hand und darf
650 nicht profitorientiert sein.

651 **Wie eine sozialökologische Energiewende aussieht:**

- 652 • LINKE Kommunalpolitik fordert die sofortige Beendigung der Atomwirtschaft und den
653 sofortigen Ausstieg der kommunalen Energieversorgung aus der Atomenergie-Nutzung. Wir
654 streiten für ein Verbot von Atommüll- und Uran-Transporten über kommunales Gebiet. Die
655 Atommüll-Konditionierungsanlagen in Duisburg-Wanheim und Jülich, die Castor-Produktion
656 in Krefeld (Siempelkamp), wie auch die Urananreicherungsanlage in Gronau sollen sofort
657 stillgelegt werden. Keine weiteren Einlagerungen im Atommüll-Zwischenlager in Ahaus.
658 Gemeinsam mit der länderübergreifenden Anti-AKW-Bewegung wollen wir, dass die
659 Atomanlagen in Tihange und Doel (grenznah in Belgien) schnell endgültig vom Netz gehen.
- 660 • LINKE Kommunalpolitik fordert bezahlbaren Strom für alle. Den Zugang zu Energie zu
661 ermöglichen, ist eine grundlegende Aufgabe staatlicher Daseinsvorsorge. Daher fordern
662 LINKE Kommunalpolitiker*innen einen Strom-Sozialtarif für einkommensschwache
663 Bürger*innen, um den wachsenden Ungleichheiten bei der Energieversorgung
664 entgegenzuwirken und das Recht auf Strom für alle zu verwirklichen. Wir wehren uns gegen
665 Stromabschaltungen bei Zahlungsrückständen durch die Energieversorger.
- 666 • Die örtlichen Stromnetze und der örtliche Energieversorger gehören in die öffentliche Hand..
667 Stadt oder Kreis sollen über Energie-Genossenschaften oder ihre eigenen Stadtwerke
668 Ökostrom-Projekte entwickeln. Sie sollen einen Plan entwickeln, wie sie innerhalb der bis
669 zum Jahr 2030 ausschließlich hochwertigen Ökostrom anbieten können. Öffentliche Gebäude
670 von Kreisen und Kommunen sollen schon heute mit hochwertigem Ökostrom des eigenen
671 Energieversorgers versorgt werden.
- 672 • Kommunen und Kreise sollen Aktienpakete von Unternehmen, deren Geschäftsfeld die
673 Extraktion, Verarbeitung und der Vertrieb fossiler Energieträger ist (Mineralöl-, Erdgas- und
674 Kohleindustrie) abstoßen.
- 675 • Städte und Kreise erarbeiten im Rahmen unseres „Aktionsplan 2035“ verbindliche
676 Handlungsziele für die CO2-Reduktion und den Ausbau regenerativer Energien, wie auch
677 einen Maßnahmenkatalog dazu. Ziel ist, die Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 in den
678 Kommunen zu erreichen. Die örtlichen CO2-Emissionen werden ermittelt und ihre
679 Entwicklung jährlich fortgeschrieben. Für diese Aufgaben wird in der Verwaltung eine eigene
680 Stelle mit ausreichenden Mitteln und personeller Ausstattung geschaffen.
- 681 • Die Sanierung des alten Gebäudebestandes wird mit einer Sanierungsrate von mindestens
682 fünf Prozent pro Jahr vorangetrieben.

- 683 • Neue städtische Gebäude werden mindestens nach Effizienzstandard KFW 55, mit einer
684 Photovoltaik-Anlage und – wo immer möglich – gleichzeitig mit einem begrünten Dach
685 gebaut.
- 686 • Ziel kommunaler Politik muss die Ausstattung aller geeigneten Dächer mit
687 Photovoltaikanlagen sein. Kommunen erstellen, wo noch nicht vorhanden, ein Solardach-
688 Potentialkataster. Sie verfolgen das Ziel, Solaranlagen auf allen geeigneten Dächern
689 städtischer Gebäude einzurichten. Einzelpersonen und Energiegenossenschaften werden
690 dazu ermutigt, Solaranlagen auf städtischen Dächern zu bauen. Insbesondere ist es aber die
691 Aufgabe des städtischen Energieversorgers, Solaranlagen in der Stadt zu errichten. Beim
692 Verkauf städtischer Grundstücke und im Rahmen von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen
693 werden private Bauherr*innen durch städtebauliche Verträge zur Errichtung von
694 Photovoltaik-Anlagen verpflichtet. Eine generelle Verpflichtung zur Errichtung von
695 Photovoltaikanlagen bei Neubauten sollte angestrebt werden.

696 **Tierschutz-Politik**

697 Seitdem 2013 durch die Novellierung des Tierschutzgesetzes der Tierschutz zum Staatsziel erklärt
698 wurde, hat sich für die Tierwelt nicht wirklich viel verbessert. Die Tierwelt insgesamt – insbesondere
699 die sogenannten Nutztiere – werden durch das bestehende Tierschutzgesetz völlig entrechtet und
700 dem Kapitalismus unterworfen und geopfert. Haustiere genießen nur insoweit Rechte, wie sie eine*n
701 fürsorgliche*n Besitzer*in haben.

702 LINKE Kommunalpolitik kann das bestehende Tierschutz-Gesetz nicht ändern, aber wir können mit
703 geeigneten Maßnahmen auf kommunaler Ebene gegensteuern. Der Schutzauftrag des Staates
704 beschränkt sich nicht nur auf den Menschen. Wir wollen natürliche Lebensgrundlagen erhalten und
705 Landschaften renaturieren. Wir wollen Schinderei und quälerische Haltungen beenden und
706 wissen doch, dass keine Gefangenschaft jemals zu 100 Prozent artgerecht sein kann. Wir wollen, dass
707 der respektvolle Umgang mit Tieren erlernt und praktiziert wird. Statt weiter zunehmender
708 Konzentration von Nahrungsmittelproduktion müssen regionale Kreisläufe für agrarwirtschaftliche
709 Güter gefördert werden.

710 Wir sprechen Tieren das Recht auf eine natürliche, artgerechte Existenz zu, unabhängig von ihrem
711 Nutzwert.

712 Im Einzelnen heißt Tierschutz für LINKE Kommunalpolitik:

- 713 • keine Genehmigung von Zirkus-Gastspielen mit Tieren inkl. Pony-Karussells auf Volksfesten
- 714 • Stärkung von Tierschutz-Organisationen in den Kommunen
- 715 • Ausbau der Kontrollen durch die Veterinärmedizin
- 716 • Verbot von betäubungslosem Schächten
- 717 • Soziale Staffelung der Hundesteuer
- 718 • kommunale Kastrationspflicht für freilaufende Katzen
- 719 • Ausweitung der Finanzmittel für örtliche Tierheime durch Übernahme der realen Kosten der
720 Tierheimkosten
- 721 • Erstellung eines Stadtauben-Konzeptes

- 722 • keine Erweiterungs-Genehmigungen von Mastanlagen und Schlachtfabriken
- 723 • Förderung und Erstellung von Wildtierkorridoren und -passagen
- 724 • Schutz, Ausweitung und Vernetzung von Naturschutzgebieten fördern, Privatisierungen
725 stoppen
- 726 • konkrete Konzepte zur Erhaltung der Artenvielfalt entwickeln
- 727 • Reptilien-Börsen verbieten
- 728 • Zoos müssen verpflichtet werden, Tiere artgerecht unterzubringen anderenfalls ist die
729 Haltung nicht zu genehmigen
- 730 • Delphinarien sind zu schließen
- 731 • Silvester-Böllerei dem Tier- und Umweltschutz unterordnen
- 732 • Lichtverschmutzung vermeiden zum Insekten- und Pflanzenschutz (orangefarbenes Licht
733 schreckt Insekten ab, nach unten strahlende Lampen etc.)

734 **Thema: Wohnen**

735 Das Menschenrecht auf angemessenes Wohnen ist sowohl in Artikel 25 (1) der „Allgemeinen
736 Erklärung der Menschenrechte“ als auch in Artikel 11 (1) des UN-Sozialpakts verankert. Dieser Pakt
737 ist keine unverbindliche Absichtserklärung: Er garantiert allen Menschen Rechte, die kein Staat
738 gefährden darf bzw. für deren Einhaltung ein Staat zuständig ist.

739 Eine naheliegende Handhabe besteht schon in Artikel 29, Abs. 2 (Siedlungswesen) der NRW-
740 Verfassung als Landesverpflichtung, „...neue Wohn- und Wirtschaftsheimstätten zu schaffen..“

741 **Die Wohnungspolitik, die wir wollen, ist:**

- 742 • gemeinwohlorientiert
- 743 • Bedarfsdeckend
- 744 • sozialgerecht

745 Denn das Recht auf Wohnen bedeutet mehr als ein Dach über dem Kopf.

746 **Worauf wir dabei setzen?**

- 747 • Mietendeckel
- 748 • Warmmieten-Neutralität
- 749 • Modernisierungen
- 750 • Wohnungsgemeinnützigkeit
- 751 • sozialgerechte Bodennutzung

752 **Was wir dafür brauchen sind Stadtentwicklungs-Konzepte, die**

- 753 • die öffentlichen, gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft wiederbeleben
- 754 • die Wohnraumversorgung nicht dem Markt überlassen
- 755 • das Grundrecht auf Wohnen laut Sozialpakt einhalten
- 756 • gesundheitsfördernd, ökologisch nachhaltig und barrierefrei sind

757 **Was das bringt?**

- 758 • eine gesunde Wohnumwelt
- 759 • soziale Nachbarschaften und Stadtteile
- 760 • Zugang zu öffentlichen Einrichtungen
- 761 • Teilhabe an der Stadt

762

763 **Was muss dafür getan werden?**

- 764 • Überführung der großen Immobilienkonzerne wie VONOVIA, Deutsche Wohnen, TAG
765 Immobilien, Vivawest und LEG in öffentliches Eigentum
- 766 • der Bestand an öffentlichem und gemeinwohlorientiertem Boden muss massiv erhöht
767 werden
- 768 • die kommunalen Wohnungsunternehmen müssen ihre Bauleistungen dauerhaft erhöhen
- 769 • die Rechte von Mieter*innen müssen gestärkt werden
- 770 • Kommunen führen eine Zweckentfremdungs-Satzung ein

771 Die Städte und Gemeinden müssen die Wohnungspolitik selbst zu einem Schwerpunkt machen –
772 mit entsprechenden Konsequenzen für den Einsatz der städtischen Haushaltsmittel und des
773 städtischen Personals.

774 **Gutes Wohnen und bezahlbare Mieten**

775 Wohnen in Deutschland wird immer teurer. Das liegt an Bodenspekulation und einer nicht
776 wirksamen Mietpreisbremse. Beides führt dazu, dass Menschen mit mittlerem und niedrigem
777 Einkommen oder Menschen ohne eigenes Einkommen aus bestimmten Wohnlagen verdrängt
778 werden. Das gilt ebenso für soziale oder kulturelle Einrichtungen.

779 Deshalb gehört eine soziale Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik zu den unverzichtbaren
780 Kernaufgaben der Gesellschaft. In den vergangenen Jahrzehnten wurden allerdings wesentliche
781 Grundlagen einer sozialen Wohnungspolitik beseitigt: Die Wohnungsgemeinnützigkeit wurde
782 abgeschafft, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen erleichtert und öffentliche
783 Wohnungsbestände privatisiert. Der soziale Wohnungsbau ist in weiten Teilen des Landes zum
784 Erliegen gekommen. Kurz: Die Wohnraumversorgung wurde immer mehr dem Markt überlassen und
785 dieser hat versagt.

786 Große private Wohnungsbaugesellschaften wie VONOVIA, Deutsche Wohnen, TAG Immobilien,
787 Vivawest und die ehemals landeseigene und 2008 privatisierte LEG besitzen in NRW zusammen ca.
788 400.000 Wohnungen. Sie setzen auf Profit, nicht auf Bedarfsdeckung. In der Folge steigen vielerorts
789 die Mieten beständig an. Es herrscht Mangel an bezahlbaren Wohnungen. Viele Menschen
790 können sich die steigenden Wohnkosten für Miete, Nebenkosten, Wasser, Strom und Heizung
791 nicht mehr leisten. Dadurch werden sie verdrängt.

792 Gleichzeitig verfallen manche Wohngebiete, weil sich hier Instandhaltung und Modernisierung
793 für die renditeorientierten Eigentümer nicht lohnen. In der Folge entsprechen viele Wohnungen
794 oft nicht mehr heutigen Anforderungen, etwa an die Barrierefreiheit und Energieeffizienz.

795 **Öffentlich geförderten Wohnraum am realen Bedarf orientieren**

796 Das Land Nordrhein-Westfalen und die NRW.Bank stellen jährlich 800 Millionen Euro für sozialen
797 Wohnungsbau bereit. Zuletzt gab es pro Jahr eine neue Mietpreisbindung für 8.000 bis 10.000
798 Wohnungen. Das reicht nicht aus, um den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum zudecken. Denn der
799 Bestand an Wohnungen mit Mietpreisbindung ist von 1,6 Millionen im Jahr 1979 auf 460.700 im Jahr
800 2017 zurückgegangen. Bis zum Jahr 2030 wird der Bestand voraussichtlich bei nur noch 290.000
801 Wohnungen liegen.

802 Im Vordergrund kommunaler Wohnungspolitik muss zum einen der Neubau von dauerhaft
803 belegungs- und preisgebundenen Mietwohnungen stehen. Hierbei sollen Kommunen solchen
804 Wohnraum durch eigene Bautätigkeit schaffen. Zum anderen müssen Wohnungsbestände
805 gesundheitsfördernd und ökologisch nachhaltig modernisiert werden, also Barrieren abgebaut,
806 schadstofffreie Baumaterialien verwendet und Energieeinspar-Maßnahmen durchgeführt
807 werden. Diese Maßnahmen dürfen nicht zur Verdrängung von Mieter*innen führen.

808 Durch die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit, dem Ende der werksverbundenen
809 Wohnungsunternehmen und dem Ausverkauf öffentlicher Unternehmen sind viele Bauträger
810 abhandengekommen. Dem wollen wir durch die Wiederbelebung einer gemeinwohlorientierten
811 Wohnungswirtschaft begegnen. Ohne eine deutlich erhöhte öffentliche Wohnungsbauförderung
812 und ohne diese gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft kann der erforderliche
813 Wohnungsbestand weder geschaffen noch erhalten werden.

814 • Wir fordern eine Quote von mindestens 20 Prozent der Fläche für geförderten
815 Wohnraum – in den Ballungsräumen deutlich mehr - in allen neuen Bebauungsplänen
816 und städtebaulichen Verträgen

817 • Die Kommunen müssen bei Bedarf ihre Bauleistung massiv erhöhen um den Bedarf an
818 bezahlbaren Wohnungen zu decken. Es muss Druck auf den Bund ausgeübt werden die
819 Kosten für ein Sofortprogramm zur Schaffung von 80.000 kommunalen Wohnungen in NRW
820 zu übernehmen.

821 • Ausweitung der Unterbringungsmöglichkeiten für Wohnungslose sowie effektive Programme
822 in den Kommunen wie „Housing First“

823 **Mieter*innen stärken**

824 Immer mehr Mieter*innen setzen sich gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung zu wehr, immer
825 mehr organisieren sich in Mieterinitiativen um gemeinsam gegen die Wohnungsnot zu kämpfen.
826 Wir als LINKE solidarisieren uns mit ihnen und unterstützen sie wo wir nur können.

827 Wir stehen an der Seite von Kampagnen wie Deutsche Wohnen und Co. Enteignen, arbeiten
828 aktiv in ihnen mit und starten wo möglich Initiativen in diese Richtung. Gleichzeitig versuchen
829 wir die bundesweite Vernetzung dieser Initiativen und der Mieter*innen insgesamt
830 voranzubringen.

831 Wir meinen, niemand darf in Folge eines Eigentümerwechsels, oder aufgrund von
832 Umbaumaßnahmen aus seiner Wohnung vertrieben werden. Der Kündigungsschutz muss
833 ausgebaut werden, während das Recht auf Eigenbedarfskündigungen eingeschränkt werden
834 muss. Auf Bundesebene muss eine Reform im Sozialgesetzbuch erfolgen, damit im Rahmen der
835 Kosten der Unterkunft tatsächlich alle Wohnkosten übernommen werden und Zwangsumzüge
836 verhindert werden.

837 Zur Stärkung der Mieter*innen fordern wir in den Kommunen:

838 • Es muss Schluss damit sein, dass sich die Mieten und Mietsteigerungen an den viel zu
839 hohen Marktpreisen orientieren. Kurzfristig fordern wir einen wirksamen Mietendeckel.
840 Dazu müssen sich die kommunalen Mietspiegel an den Bestandsmieten orientieren und
841 nicht wie bisher an den Abschlüssen der vergangenen Jahre. Mieter*innen sollen nach
842 baulichen Eingriffen nicht mehr Miete zahlen, als sie infolge dieser Maßnahme einsparen
843 (Warmmietenneutralität). Mittelfristig müssen sich diese an den Kosten orientieren.

- 844 • die Angemessenheitsgrenzen für die Kosten der Unterkunft müssen von den Kommunen so
845 an die Mietenentwicklung angepasst werden, dass Zwangsumzüge vermieden werden.
846 Wohnungen mit Sozialbindung müssen immer als angemessen gelten

847 **Boden darf keine Ware für Spekulant*innen sein**

848 Das Argument der fehlenden Wohnungen wird dazu benutzt, um den Verkauf von Grundstücken in
849 guten Lagen an Investor*innen und Spekulant*innen zu legitimieren. Der Verkauf von Sahnestücken
850 an Investor*innen führt zu Luxus-Projekten und Luxus-Stadteilen, sie wirken als Preistreiber in der
851 ganzen Stadt. Boden darf keine Ware sein wie jede andere. Eine soziale Bodenpolitik ist von zentraler
852 Bedeutung.

853 Wer bezahlbaren Wohnraum für die Menschen mit unteren und mittleren Einkommen schaffen
854 möchte, darf keine weiteren Leuchtturm-Projekte zur „Attraktivierung“ zulassen. Städte, in denen
855 Bauland knapp ist, müssen sämtliche Flächen, derer sie habhaft werden können, erwerben
856 beziehungsweise behalten. Gerade in den Ballungsräumen sollte kommunaler Grund und Boden nur
857 noch auf Erbpachtbasis abgegeben werden. Das Grundgesetz sieht vor, dass Grund und Boden zum
858 Schutz der Bevölkerung und des Gemeinwohls in Gemeineigentum überführt werden kann. In
859 Kommunen, in denen das Mietpreisniveau sowie der Mangel an günstigem Wohnraum zentrale
860 Probleme sind, ist die Kommunalisierung von bisher profitorientiert bewirtschaftetem Wohnraum
861 ein zentrales Ziel.

862 **Zweckentfremdungssatzungen nutzen**

863 Wir sind dagegen, dass preiswerte Mietwohnungen durch Abriss, Umwandlung und
864 Zweckentfremdung vernichtet werden und dass Wohnungen aus spekulativen Gründen leer
865 stehen. Eine sozial gerechte Nutzung des existierenden Wohnungsbestands ist ökologischer und
866 nachhaltiger als zusätzliche Bodenversiegelung durch Neubau.

867 Die Möglichkeiten der Kommunen nach dem Wohnungsaufsichtsgesetz NRW zur Vermeidung von
868 Leerstand und Zweckentfremdung von Wohnraum Satzungen zu erlassen, müssen erhalten und
869 verschärft werden. Die Gemeinden brauchen mehr Möglichkeiten, die professionelle
870 Teilzeitvermietung von Mietwohnungen zu stoppen, z.B. indem sie Pensionen oder Hotelbetrieben
871 gleichgestellt wird.

872 Durch eine Zweckentfremdungs-Satzung wird Abbruch, Leerstand und Nutzungsänderung anzeige-
873 und genehmigungspflichtig.

- 874 • Vermieter*innen müssen gegenüber der Kommune begründen, warum dringend benötigter
875 Wohnraum leer steht
- 876 • bei unbegründeten Leerstand kann die Genehmigung verweigert werden
- 877 • wird leerstehender Wohnraum nach bestimmter Zeit in Gemeineigentum überführt, um
878 daraus bezahlbaren und sozialen Wohnraum zu machen

879 **Wohnungsbaugesellschaften müssen gestärkt werden**

880 Wir wollen kommunale Wohnungsbaugesellschaften stärken. Sie sollen wirksame Instrumente für eine
881 soziale Wohnungspolitik werden und dürfen nicht zugunsten des städtischen Haushalts geschröpft
882 werden.

883 DIE LINKE fordert:

884 • Mietpreisbildung für den Wohnungsbestand auf Basis des Kostendeckungsprinzips unter
885 Einbeziehung des gesamten Bestands; darüber hinausgehende Mieterhöhungen sind
886 ausgeschlossen

887 • Gewinnausschüttungs-Begrenzung

888 • Mittel der Gesellschaft sind dauerhaft zweckgebunden, der Verkauf von Wohnungen an
889 renditeorientierte Träger ist verbindlich ausgeschlossen

890 • die kommunalen Wohnungsgesellschaften führen formalisierte Strukturen ein,
891 Mieter*innen werden beteiligt und sind in der Mitbestimmung – denkbar ist eine
892 Drittelparität (Kommune, Beschäftigte, Mieter*innen)

893 • eigenkapitalschwache kommunale Wohnungsunternehmen müssen von Kommunen und
894 Land durch Kapitalaufstockungen zu den erforderlichen Bauleistungen befähigt werden

895 **Die Kommunen**

896 • müssen ein Baulücken-Kataster einführen, um Baulücken für Sozialwohnungen zu nutzen,
897 anstatt willkürlichen Flächenfraß zu fördern

898 • müssen bei hohem Leerstand ein Leerstandskataster einführen, das notwendige
899 Modernisierungen erfasst. Die notwendige Sanierung erfolgt durch Landesmittel. Der so
900 entstandene soziale Wohnraum unterliegt wiederum der Mietpreisbindung - muss die soziale
901 Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) nach § 172 des Baugesetzbuches (BauGB)
902 konsequent nutzen, um der Verdrängung von Mietern*innen und dem Verlust
903 mietpreisgünstigen Wohnraums entgegenzuwirken

904 • sollen private Investoren durch das Konzept „sozialgerechte Bodennutzung“ unter
905 bestimmten Voraussetzungen zum Bau von mietpreisgebundenen Wohnungen verpflichten -
906 dürfen keine kommunalen Wohnungsunternehmen, oder einzelne Wohnungen verkaufen-
907 dürfen Bauland nicht mehr privatisieren. Es muss vor allem kommunalen und anderen
908 gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen nach dem Erbbaurecht für den Bau von
909 Wohnungen im Preissegment der öffentlichen Wohnungsbauförderung zur Verfügung
910 stehen. Vom Bund fordern wir, kommunale Vorkaufsrechte auszuweiten und die Kaufpreise
911 in diesen Fällen zu begrenzen.

912 **Das Land**

913 • muss aufgefordert werden, die kommunale Wohnungsaufsicht – wie von den
914 Sachverständigen der Enquete-Kommission des nordrhein-westfälischen Landtags
915 vorgeschlagen – zu einer Pflichtaufgabe nach Weisung zu machen. Die Kommunen müssen
916 bei der Erfüllung dieser Aufgabe finanziell unterstützen werden.

917 • wird aufgefordert, das Gesetz zur Erhebung von Straßenbaubeiträgen abzuschaffen und die
918 Einnahmeverluste der Kommunen finanziell zu ersetzen. Denn Straßen gehören zur
919 allgemeinen Daseinsvorsorge und sind daher aus Steuermitteln zu finanzieren.

920 **Thema: Verkehr**

921 Der Verkehrssektor hat bislang nicht zum Klimaschutz beigetragen, im Gegenteil: Die CO2-
922 Emissionen steigen. Der Bund setzt nicht erst seit dem Bundesverkehrswegeplan 2030 auf
923 ungehemmtes Wachstum im umwelt- und gesundheitsschädlichen Autoverkehr und vernachlässigt
924 gleichzeitig den öffentlichen Personenverkehr sowie den Rad- und Fußverkehr. Statt Wachstum beim
925 motorisierten Individualverkehr brauchen wir eine sozialökologische Mobilitätswende, die alle
926 Menschen mitnimmt und unser Klima schützt.

927 **Die Mobilität, die wir wollen, ist:**

- 928 • flexibel
- 929 • ökologisch
- 930 • barrierefrei
- 931 • Fahrschein-frei

932 Denn Mobilität bedeutet Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Zugang zu Gütern für Alle!

933 **Worauf wir dabei setzen?**

- 934 • Verkehrsvermeidung
- 935 • kurze Wege
- 936 • energiesparende Verkehrsmittel

937 **Was wir dafür brauchen sind Mobilitätskonzepte, die**

- 938 • intelligent sind
- 939 • ökologisch sind
- 940 • sozial gerecht sind

941 **Was das bringt?**

- 942 • weniger Lärm
- 943 • weniger Abgasbelastungen
- 944 • weniger Flächenverbrauch durch den motorisierten Individualverkehr

945 Denn ohne die erzwungene Automobilität werden unsere Städte lebenswerter für Alle!

946 **Was muss dafür getan werden?**

- 947 • die Verkehrsinvestitionen müssen zielorientiert an einer sozialökologischen Mobilitätswende
948 ausgerichtet werden
- 949 • Verkehrsplanung muss dazu vom Kopf auf die Füße gestellt werden und künftig vom
950 Schwächsten zum Stärksten Verkehrsteilnehmer geplant werden:

- 951 1. Fußgänger*innen
952 2. Radfahrende
953 3. Öffentlicher Personennahverkehr
954 4. Motorisierter Individualverkehr

- 955 • der Bund stellt den Kommunen dafür einen Verkehrswendefonds zur Verfügung

956 Wir müssen sicherstellen, dass vor Ort die besten sozial ökologischen Lösungen gefunden werden,
957 damit alle Menschen saubere Luft zum Atmen und eine ruhige Umgebung zum Leben haben.

958 **Fußgänger*innen**

959 Fußgänger*innen sind die Verkehrsteilnehmer*innen, welche am häufigsten bei der
960 Verkehrsplanung vergessen werden – und zugleich die schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen sind.
961 In einer Stadt der kurzen Wege, wie wir sie fordern, werden jedoch viele Wege zu Fuß zurückgelegt
962 werden.

963 **Um dem Fußgänger einen höheren Stellenwert einzuräumen wollen wir:**

- 964 • Innenstädte konsequent autofrei gestalten
965 • Gehwegbreiten von mindestens 2,50 Meter an allen Straßen durchsetzen
966 • straßenbegleitendes Parken von Kfz minimieren, um einerseits diesen Raum für andere
967 Verkehrsteilnehmer*innen zu nutzen und andererseits die Sichtbarkeit von Fußgänger*innen
968 im Straßenraum zu verbessern und deren Sicherheit zu erhöhen

969 **Radverkehr**

970 Das Fahrrad – egal ob mit oder ohne elektrische Verstärkung – als aktiver Faktor ist im Rahmen einer
971 sozialökologischen Mobilitätswende eine zentrale Säule. Das Radfahren ist eine eigenständige
972 Mobilitätsform und wichtiges Bindeglied zu den anderen Verkehrsmitteln, insbesondere zum
973 Öffentlichen Personennahverkehr. Denn eine optimale Infrastruktur macht das Radfahren attraktiver
974 und sicherer, bringt mehr Menschen aus dem Auto aufs Rad. Radfahren ist gesund für die
975 Radfahrenden, emissionsarm und erzeugt kaum Lärm bei geringerem Platzbedarf an öffentlichem
976 Raum.

977 Unsere Forderungen lehnen sich an das "Kopenhagener Modell" an. Durch eine konsequente
978 zukunftsfähige Stadtentwicklung ist die dänische Hauptstadt heute die Fahrrad-Welthauptstadt.
979 Durch das "Kopenhagener Modell" sind die Einwohner*innen von Kopenhagen mobiler, gesünder,
980 und es gibt nachweislich positive Effekte in der dänischen Volkswirtschaft.

981 **Was wir tun wollen, um den Radverkehr zu stärken:**

- 982 • Das Fahrrad ist laut Straßenverkehrsordnung gleichberechtigt. Wir fordern die
983 Gleichberechtigung in der Praxis, also im Straßenverkehr.
984 • Genug Verkehrsraum ist vorhanden, er muss aber gerecht verteilt werden. Der benötigte
985 Platz soll dem Auto- und Lkw-Verkehr weggenommen werden. Bei der Verkehrsplanung lag
986 der Fokus bisher eher auf der touristischen Nutzung oder der Freizeitnutzung von Radwegen.

- 987 Unser Ziel ist es, Fahrradrouten für den Alltag zu schaffen, damit so viele Wege wie möglich
988 zwischen einem und etwa 20 Kilometern Länge problemlos per Rad erledigt werden können.
- 989 • Wir fordern eindeutig gekennzeichnete und von allen Verkehrsteilnehmer*innen bei allen
990 Sichtverhältnissen eindeutig erkennbare, sichere und gut befahrbare sowie
991 vernetzte Radwege. Sie sind eine wichtige Voraussetzung für eine Attraktivitätssteigerung
992 der Radnutzung. Durch hoch entwickelte Fahrradtechnik sowie die Nutzung elektrischer
993 Antriebe sind heute wesentlich längere Wege und höhere Lasten möglich. Dadurch sind viel
994 mehr Fahrten für Radfahrende geeignet.
 - 995 • Radwege müssen sauber sowie verkehrssicher gehalten und beleuchtet werden. Im Winter
996 fordern wir einen täglichen Räumdienst.
 - 997 • Radwege dürfen nicht fremdgenutzt werden.
 - 998 • Eine bauliche Abgrenzung vom restlichen Straßenverkehr ist an größeren Straßen nötig.
 - 999 • Für eine sozialökologische Verkehrswende müssen neue Radwege, Fahrradstraßen und
1000 Radschnellwege gebaut, entsprechend eingerichtet und miteinander über Knotenpunkte
1001 verbunden werden.
 - 1002 • Der Fahrradverkehr benötigt eigene Ampeln und eigene Ampelphasen, als Beispiel gilt die
1003 „Oberhausener Radwelle“. So genannte "Fußtritte" erleichtern das sichere Stehen mit dem
1004 Rad an Haltepunkten wie roten Ampeln oder Stoppschildern und verbessern den
1005 Verkehrsfluss. Wir fordern eine zielführende Umsetzung von Fahrrad-Verleihsystemen. Diese
1006 sollen durch die Städte gefördert werden, die Lizenzen nur an einen Anbieter vergeben
1007 werden und eine Kombination von ÖPNV-Tarifen mit Leihrad-Angeboten möglich gemacht
1008 werden. Mit dem Leihrad kann der sogenannte letzte Kilometer, also zum Beispiel der Weg
1009 zwischen Bahnhaltestelle und dem Ziel, schneller überwunden werden. Durch eine sinnvolle
1010 Kombination von Leihrädern mit Bus und Bahn kann die Reisezeit deutlich verkürzt werden.
 - 1011 • Wir fordern mehr Radstationen an den Bahnhaltestellen und mehr Orte (auch am Stadtrand),
1012 an denen Räder sowie Leihräder kostenfrei abgestellt werden können.
 - 1013 • Die Nutzung eines Leihrades sollte für Jede*n eine halbe Stunde pro Tag kostenlos sein.-
1014 Öffentliche Institutionen müssen mit gutem Beispiel vorangehen und den Radverkehr durch
1015 „weiche Faktoren“ unterstützen. Dazu gehören hochwertige Fahrradboxen,
1016 Fahrradparkhäuser und Abstellanlagen genauso wie die Möglichkeit bei der Arbeitsstelle
1017 nach der Anreise mit dem Fahrrad duschen zu können.

1018 **ÖPNV**

- 1019 Mobilität ist ein Recht aller Bürger*innen, welches im öffentlichen Personennahverkehr nicht durch
1020 Profitorientierung eingeschränkt werden darf.
- 1021 Eine ökologische Verkehrswende wird durch private Unternehmen behindert. Da, wo immer mehr
1022 Linien von privaten Anbietern betrieben werden, sind Arbeitsbedingungen und Bezahlung der
1023 Busfahrer*innen, Lokführer*innen und Straßenbahnfahrer*innen häufig deutlich schlechter als bei
1024 öffentlichen Verkehrsbetrieben. Die geringe Attraktivität der Berufe führt zu einem Personalmangel,
1025 der den Ausbau der Busflotten und des Schienenfuhrparks verhindert.
- 1026 **Warum ist das so?**
- 1027 Arbeitsrechte und Umweltschutz spielen im Kapitalismus keine Rolle.

1028 **Was muss passieren?**

- 1029
- Öffentlicher Nahverkehr gehört vollständig zurück in die öffentliche Hand.
- 1030
- Liegenschaften der Bahn innerhalb der eigenen Kommunen und Kreisgebiete dürfen nicht
- 1031
- mehr zweckentfremdet werden und müssen gegebenenfalls durch die Kommunen und Kreise
- 1032
- zur weiteren Schienennutzung aufgekauft werden.

1033 **Wie wir den ÖPNV attraktiver, leistungs- und aufnahmefähiger machen wollen:**

- 1034
- Wir fordern den Auf- und Ausbau des öffentlichen Netzes und eine Verstärkung der
- 1035
- Taktfrequenzen (in den Städten mindestens alle 7 Minuten).
- 1036
- Der Auf- und Ausbau des Schienennetzes sowie die kurzfristige Reaktivierung von
- 1037
- vorhandenen Schienentrassen haben Vorrang. - Wir fordern, wo möglich, den (Wieder-
- 1038
-)Aufbau von elektrifizierten Straßenbahnnetzen, die vielerorts seit 1945 auch auf Druck der
- 1039
- Autoindustrie durch Busse ersetzt wurden oder gänzlich entfallen sind.
- 1040
- Wir wollen einen steuerfinanzierten, fahrscheinlosen ÖPNV. Als Sofortmaßnahmen fordern
- 1041
- wir ein Sozialticket für alle Sozialhilfe-Berechtigten für maximal 15 Euro im Monat und die
- 1042
- freie Fahrt für Menschen unter 18 Jahren, Schüler*innen und Auszubildende.
- 1043
- Damit alle in den Städten mit Bus und Bahn zukünftig schneller und pünktlicher
- 1044
- vorankommen, brauchen wir Bus- und Bahnspuren sowie Ampelanlagen, die auf den
- 1045
- ÖPNV abgestimmt sind.
- 1046
- Wir fordern klimaneutrale Fahrzeuge, die nicht mehr mit fossilen Brennstoffen betrieben
- 1047
- werden. In Oberleitungs- und Batteriebussen nach dem Solinger Modell mit kleinen Akkus,
- 1048
- die sich an den Hauptstrecken an der Oberleitung aufladen und auf den Nebenstrecken ohne
- 1049
- Oberleitung im Akkubetrieb fahren, sehen wir den Antrieb der Zukunft. Besonders sinnvoll ist
- 1050
- dies für Städte, in denen es bereits Oberleitungen von Straßenbahnen gibt. Zudem setzen wir
- 1051
- auf Wasserstoff-/Brennstoffzellentechnologie, wie sie in Bussen in Köln und Wuppertal
- 1052
- eingesetzt wird. Diese Alternative ermöglicht hohe Reichweiten und ist vor allem im
- 1053
- ländlichen und bergigen Bereich sinnvoll. Hier ist über die kommunalen Spitzenverbände auf
- 1054
- eine Verbesserung der Förderrichtlinien für alternative Antriebe hinzuwirken, um die
- 1055
- Förderquoten für andere Antriebsarten auf die Höhe der Förderquote für Elektromobilität zu
- 1056
- erhöhen.
- 1057
- Im ländlichen Raum, in Stadtrandlagen und in Nebenzeiten wollen wir perspektivisch die
- 1058
- Einführung von „On-Demand-Angeboten“ als Ergänzung zum Linienverkehr. Insbesondere im
- 1059
- Zuge der zunehmenden Digitalisierung können so auch dünn besiedelte Regionen mit
- 1060
- öffentlichen Verkehrsmitteln bedient werden.
- 1061
- Begleitpersonal im öffentlichen Nahverkehr, das Sicherheit und Hilfe bietet, insbesondere in
- 1062
- den dunklen Stunden

1063 **Was wir für Pendler*innen tun wollen:**

- 1064
- Da ein Großteil der Pendler*innen aus dem Umland der Städte kommt, wollen wir das
- 1065
- Umland mit Stadtbahnlinien, einem verstärkten Angebot an Schnellbussen sowie mehr
- 1066
- Park&Ride- und Bike&Ride-Plätzen an den Knotenpunkten besser an den Nahverkehr
- 1067
- anbinden. Dafür brauchen wir auch Shuttlebusse.

- 1068 • Gleichzeitig muss verhindert werden, dass die P&R-Plätze von anderen Autos zugestellt
1069 werden, sodass die Plätze ihrem eigentlichen Zweck nicht mehr dienen.

1070 **Lieferverkehr**

1071 Der Lieferverkehr in den Städten ist in den vergangenen Jahren geradezu explodiert. Vor allem durch
1072 den Aufschwung des Online-Handels, doch auch durch Lieferdienst-Angebote von lokalen Märkten
1073 sind Staus und verstopfte Straßen durch Liefer-Lkws zum gewohnten Bild geworden. Im Sinne einer
1074 Mobilitätswende muss dieser Lieferverkehr umgedacht werden und Alternativen zum Lkw-Chaos
1075 gefunden werden.

1076 **Wie wir den Lieferverkehr in den Städten umgestalten wollen:**

- 1077 • Wir fordern die Einrichtung von Micro-Hubs als innerstädtische Zwischenlager, eine
1078 Auslieferung zum Kunden per Lastenrad sowie weiteren ökologisch vertretbaren
1079 Verkehrsmitteln.
- 1080 • Wir fordern, dass unsere Kommunen nach „bayrischem Vorbild“ alle wieder einen
1081 zentrumsnahen lärmarmen Güterbahnhof bekommen. In Bayern haben die ersten Kommunen
1082 die innerstädtischen Güterbahnhöfe der Deutschen Bahn AG abgekauft, um die ökologische
1083 wie stauvermeidende Versorgung ihrer Stadt und ihrer ortsansässigen Betriebe bis ins Zentrum
1084 weiterhin zu gewährleisten. Alle ortsansässigen Logistikunternehmen, Betriebslager sowie die
1085 verarbeitenden wie produzierenden Betrieben sollen bei der Versorgung mit Gleisanschlüssen
1086 zu konkurrenzfähigen Preisen gegenüber dem Transport auf der Straße aktiv unterstützt
1087 werden.

1088 **Autoverkehr**

1089 Die sozialökologische Mobilitätswende kann nur gelingen, wenn wir den motorisierten
1090 Individualverkehr stark begrenzen. Denn in Zeiten des Klimawandels gerät diese Form der
1091 Fortbewegung an ihre Grenzen. Die autogerechte Stadt ist ein Konzept von gestern. Auch die
1092 Umrüstung auf Elektroautos löst die meisten Probleme nicht. Wir brauchen echte Alternativen zum
1093 Auto, welche die Bedürfnisse der Menschen sowohl in Städten als auch auf dem Land
1094 berücksichtigen, die Umwelt schützen, sozial gerecht sind und die Lebensqualität verbessern.

- 1095 • Wir fordern innerorts 30 Stundenkilometer als Regelgeschwindigkeit. Höhere
1096 Geschwindigkeiten müssten ausdrücklich angeordnet werden (beispielsweise auf großen Ein-
1097 und Ausfallstraßen einer Stadt). Eine Reduktion der erlaubten Geschwindigkeit auf 30km/h
1098 reduziert die Unfallwahrscheinlichkeit und Unfallfolgen drastisch. Dies ist ein vernünftiger
1099 Schritt hin zu mehr Sicherheit für alle am Verkehr beteiligten Personen und ein notwendiger
1100 Bestandteil einer ökologischen Verkehrswende.

- 1101 • Wir wollen eine Auflösung der Vorbehaltsstraßennetze, um den derzeitigen Vorrang des
1102 motorisierten Straßenverkehrs zu überwinden. Um die Städte für einen umweltverträglichen
1103 Verkehr fit zu machen, muss der Vorrang des Autos als bevorzugtes Verkehrsmittel
1104 überwunden werden. - Wir lehnen einen Aus- und Neubau von Straßen für den Autoverkehr
1105 ab. Zudem sollten alle Projekte, welche einen zusätzlichen Autoverkehr durch die Städte zur
1106 Folge haben können, mit Blick auf die sozialökologische Verkehrswende hinterfragt werden.

- 1107 • Kommunale Fahrzeugflotten sollen verkleinert und von Verbrennungsmotoren auf
1108 klimafreundliche Antriebe umgerüstet werden. Pkw sollen durch Dienstfahräder ersetzt
1109 werden, wo dies möglich ist. Kommunale Fahrzeugflotten können auch in ein Car-Sharing-

1110 Angebot eingebracht werden, um auch in kleineren Städten und Gemeinden ohne große
1111 Anschaffungskosten Car-Sharing-Angebote aufzubauen.

- 1112 • Kommunen sollten von privaten Unternehmen eine zweckgebundene Sonderabgabe für den
1113 Ausbau und Betrieb des öffentlichen Nahverkehrs erheben können. Vorbild hierfür ist der
1114 „Versement Transport“ in Frankreich. Zahlungspflichtig sind dabei alle Arbeitgeber mit mehr
1115 als neun Beschäftigten, wobei der „Versement Transport“ bezogen auf die Lohnsumme
1116 erhoben wird. In Frankreich liegen die Steuersätze je nach Region zwischen 0,55 und 2,6 %.
1117 Der Ertrag deckt dabei fast die Hälfte der Kosten des öffentlichen Nahverkehrs.

1118 **Thema: Gesundheit**

1119 Gesundheit ist keine Ware, sondern staatliche und kommunale Daseinsvorsorge. DIE LINKE will die
1120 Privatisierung des Gesundheitswesens stoppen. Im Kapitalismus haben Privateigentum und
1121 Gewinnstreben Vorrang. Das steht allerdings im Widerspruch zu medizinischen
1122 Versorgungsgesichtspunkten. Krankenhäuser und Gesundheitsversorgung gehören in öffentliche
1123 Hand. Der Nutzen medizinischer Versorgung für die Patient*innen muss dabei wissenschaftlich
1124 bewiesen und für Betroffene transparent sein.

1125 **Das Gesundheitswesen, das wir wollen, ist:**

1126 • bedarfsgerecht

1127 • flächendeckend

1128 • wohnortnah

1129 • präventiv

1130 • solidarisch

1131 Denn ein solidarisches Gesundheitssystem kann nur ohne Profitinteressen überleben.

1132 **Worauf wir dabei setzen?**

1133 • regionale Gesundheitskonferenzen

1134 • Rekommunalisierung von privatisierten Krankenhäusern

1135 • mobile Arztpraxen und vernetzte Filial- und Gemeinschaftspraxen bzw. Polikliniken

1136 • kommunale Pflegedienste

1137 • Medikamente, Heil- und Hilfsmittel sowie Behandlung ohne Zuzahlungen, Zahnersatz, Brillen,
1138 Orthesen etc. ohne Zuzahlung

1139 • eine akzeptanzorientierte Drogenpolitik sowie die Legalisierung von Cannabis

1140 **Was wir dafür brauchen sind Versorgungskonzepte, die**

1141 • sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert

1142 • transparent sind und einen Nachweis über die Qualität von Medizinprodukten aller Art
1143 inklusive ihrer Preisbildung erbringen

1144 • gute Arbeitsbedingungen für alle im Gesundheitssystem Beschäftigten bieten

1145 • auf regionale Vernetzung aller im Gesundheitsbereich aktiven Akteure setzen

1146 **Was das bringt?**

1147 • Gesundheitliche Versorgung aller Menschen aufgrund ihres Bedarfes

1148 • mehr Personal in Krankenhäusern und in der Pflege

1149 **Was muss dafür getan werden?**

- 1150 • das Gesundheitssystem muss neu ausgerichtet werden
- 1151 • die Gesundheitsversorgung muss von öffentlicher Hand organisiert werden
- 1152 • die Krankenhausplanung muss demokratisch legitimiert und wohnortnah organisiert werden
- 1153 • Berufe rund um die Pflege müssen attraktiver und besser bezahlt werden

1154 Denn den bestmöglichen Gesundheitszustand erlangen zu können, ist ein Menschenrecht. Laut der
1155 Weltgesundheitsorganisation WHO müssen Einrichtungen sowie Leistungen des Gesundheitswesens
1156 einschließlich der pflegerischen Versorgung uneingeschränkt der bedarfsgerechten,
1157 flächendeckenden, wohnortnahen gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung dienen und allen
1158 Menschen unabhängig von ihrer sozialen, finanziellen und aufenthaltsrechtlichen Situation zur
1159 Verfügung stehen (WHO-Resolution 58.33, 2005). Für die Einhaltung dieses Menschenrechtes muss
1160 das Gesundheitssystem neu ausgerichtet werden.

1161 **Gesundheitspolitik für die Menschen**

1162 Wer kennt das nicht? Überfüllte Arztpraxen und Abfertigung wie am Fließband. Brillen,
1163 Zahnbehandlung, Zahnspangen und Medikamente kosten sehr viel Geld. Finanziell benachteiligte
1164 Menschen gehen nicht mehr zum Arzt oder zu Vorsorgeuntersuchungen, weil sie sich Krankheit nicht
1165 leisten können. Dazu kommen Belastungen durch die Veränderungen des Wettergeschehens und
1166 andere Aspekte des Klimawandels, die sich auf die Gesundheit auswirken. Steigende Temperaturen,
1167 häufigere Extremwetter-Ereignisse wie Hitzewellen, Starkregen, Stürme, Hochwasser oder erhöhte
1168 UV-Belastung stellen neue Anforderungen an die Gesundheitsprävention und -versorgung der
1169 Menschen in den Kommunen.

1170 Mehrere tausend Menschen sind ohne Krankenversicherung. Ihnen einen Zugang zur
1171 Gesundheitsversorgung zu sichern, ist eine Verpflichtung linker Politik. DIE LINKE setzt sich dafür ein,
1172 Gesundheitsdienste in kommunaler Trägerschaft mit aufsuchenden Ärzt*innen und Medizinischen
1173 Fachkräften einzurichten, der dafür Sorge trägt, dass kein Mensch von der Gesundheitsversorgung
1174 ausgeschlossen bleibt. Armut macht krank. Krankheit macht arm.

1175 Fast alle Gesundheitsreformen der vergangenen Jahre haben zu einer Verlagerung der Kosten auf
1176 Versicherte und Kranke geführt, haben Markt und Wettbewerb im Gesundheitswesen durchgesetzt
1177 mit der Folge von Über-, Unter- und Fehlversorgung sowie Vernichtung der im Konkurrenzkampf
1178 unterlegenen Einrichtungen – unter anderem schließen Krankenhäuser. Das Krankenhausstruktur-
1179 Gesetz verschärft die Lage kleinerer Häuser, auch und vor allem im ländlichen Bereich. Arbeitsplätze
1180 und Ressourcen werden vernichtet. Unumkehrbare gesundheitliche und gesamtgesellschaftliche
1181 Schäden für die Bevölkerung werden dabei von den Regierungsparteien billigend in Kauf genommen.

1182 Für DIE LINKE ist kommunale Gesundheitspolitik entscheidend, um den Gesundheitszustand der
1183 Bevölkerung auf Dauer zu sichern und zu fördern. Wir brauchen einen öffentlichen
1184 Gesundheitsdienst, um das Recht auf Gesundheit für alle hier lebenden Menschen zu realisieren, die
1185 aus eigener Kraft dazu nicht in der Lage sind. Das Gesundheitsamt ist für kommunale
1186 Gesundheitspolitik die unabdingbar notwendige Schaltstelle.

1187

1188 **Gesundheitswesen vor Ort - demokratisch legitimiert und transparent**

1189 Das Gesundheitswesen als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge muss vor marktradikalen Eingriffen
1190 geschützt werden. Stationäre, ambulante, rehabilitative und pflegerische Einrichtungen müssen
1191 wohnortnah so organisiert sein, dass sie für die betroffenen Menschen im Rahmen integrierter
1192 Versorgung ohne Barrieren optimal zusammenarbeiten. Ziel einer guten Gesundheitspolitik muss
1193 sowohl die Gesunderhaltung und medizinische Versorgung aller Menschen sein, als auch die
1194 Verringerung sozialer Ungleichheit. Durch Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention muss
1195 alles getan werden, um Krankheit zu verhindern.

1196 Kommunale Gesundheitspolitik ist für DIE LINKE eine Querschnittsaufgabe.

1197 Um möglichst viele Menschen zu aktivieren und allen Einwohner*innen zu ermöglichen, sich für die
1198 eigene Gesundheit und für gesundheitliche Interessen einzubringen, braucht es verbindliche
1199 Gesundheitsziele und die strukturelle Verankerung der Maßnahmen durch ein demokratisch
1200 legitimiertes öffentliches Gesundheitswesen. Deswegen ist es wichtig, den heutigen öffentlichen
1201 Gesundheitsdienst nachhaltig zu stärken. Für die Gesunderhaltung der Bevölkerung und Vorbeugung
1202 von Krankheiten ist für DIE LINKE insbesondere kommunale Gesundheitspolitik entscheidend. Vor Ort
1203 streiten wir in den Räten und in der Öffentlichkeit dafür, dass Leitlinien zur Gesundheit eingehalten
1204 und praktisch umgesetzt werden. Zuständig ist in der Kommune das Gesundheitsamt als vor Ort
1205 tätige Behörde. Zu seinen Aufgaben gehört, das Recht auf Gesundheit für Alle zu realisieren.

1206 **Was tun?**

- 1207 • Die medizinische Versorgung auf kommunaler Ebene durch medizinische Versorgungszentren
1208 und wohnortnahe kommunale Krankenhäuser für alle Menschen sicher stellen
- 1209 • kostenlose Präventions- und Rehabilitationsangebote für alle bereitstellen
- 1210 • regionale Gesundheitsberichterstattung einführen
- 1211 • die gesundheitlichen Risiken in der Region, in der Arbeitswelt und durch Klimaveränderungen,
1212 Luft- und Wasserverschmutzung, Feinstaubbelastung sowie Einsatz von Breitbandantibiotika
1213 usw. sind zu erfassen, Gegenmaßnahmen festzulegen und einzuleiten. Dazu gehört auch die
1214 Erfassung der Versorgung einzelner Gruppen von Betroffenen in bestimmten Lebenslagen, zum
1215 Beispiel Kinder- und Jugendliche, Hochbetagte, Menschen mit Behinderungen, Betroffene mit
1216 psychischen Erkrankungen, Suchtkranke oder Menschen mit Migrationserfahrungen
- 1217 • regionale Gesundheitsziele sind im Rahmen der kommunalen Gesundheitskonferenz auf
1218 Grundlage der Gesundheitsberichterstattung festzulegen und regelmäßig zu überprüfen. DIE
1219 LINKE fordert die Formulierung von Gesundheitszielen unter Beteiligung der Öffentlichkeit.
1220 Statt isolierter Einzelmaßnahmen soll ein abgestimmtes Gesamtkonzept für die Kommune bzw.
1221 die Region erarbeitet werden. Gesundheitsförderung und Prävention müssen im
1222 Gesamtkonzept enthalten sein. Der Zugang und die Ergebnisse der Gesundheitskonferenz
1223 müssen öffentlich sein- Nutzen und Qualität medizinischer Versorgung muss wissenschaftlich
1224 bewiesen sein und für die Betroffenen transparent gemacht werden - qualifizierte
1225 infektionshygienische Überwachung von medizinischen Einrichtungen (Krankenhäusern,
1226 ambulant operierenden Einrichtungen, Arztpraxen, Pflege und Rehabilitationseinrichtungen)
1227 durch die Gesundheitsämter sicherstellen.

1228

1229 **Gute Gesundheitsversorgung auch auf dem Land**

1230 Wer in ländlichen Regionen lebt, erfährt die Unterversorgung mit wohnortnahen Ärzt*innen und
1231 Apotheken oder Krankenhäusern am eigenen Leib. Das wollen wir ändern. Wir wollen die Ausbildung
1232 und die Weiterbildung von Allgemeinmediziner*innen ausbauen. Das System von Einzelpraxen und
1233 der Aufgabentrennung zwischen niedergelassenen Ärzt*innen und Krankenhausärzt*innen muss
1234 überarbeitet werden. Insbesondere für Kommunen im ländlichen Raum schlagen wir verschiedene
1235 neue und auch bewährte alte Lösungen vor. Beispielsweise das Docmobil, bei dem Ärzt*innen in
1236 Kleinbussen unterwegs sind oder speziell geschulte Gesundheitsfachkräfte, die Hausbesuche
1237 machen. Zur Reaktivierung dieses „Gemeindeschwester“-Modells bestehen erfolgreiche Projekte. Ein
1238 öffentlich gefördertes Fachkräfte-Programm (AGnES) könnte aber durch Übernahme nichtärztlicher
1239 Tätigkeiten Ärzt*innen entlasten. Apotheker*innen können niedrigschwellige Angebote (z.B.
1240 Bildtelefonie-Modelle, die Aufgaben der Gesundheitsberatung, Prävention und Abgabeterminals)
1241 übernehmen. Ein weiterer guter Ansatz ist der Aufbau regionaler Medizinischer Versorgungszentren
1242 (MVZ).

1243 **Was tun?**

- 1244 • mobile Arztpraxen, vernetzte Gemeinschaftspraxen und kommunale Versorgungszentren
1245 schaffen, bessere Kooperation zwischen Krankenhäusern, Arztpraxen und Medizinischen
1246 Versorgungszentren sicherstellen

- 1247 • Arbeitszeitverkürzung und mehr Möglichkeiten der Teilzeit für Ärzt*inne-

- 1248 • Hausarztunterstützung durch Hausbesuche von speziell geschulten AGnES-Fachkräften (Arzt
1249 entlastende, Gemeinde-nahe, E-Health gestützte Systemische Intervention)

- 1250 • barrierefreie Shuttle-Services zu Praxen und Medizinischen Versorgungszentren einrichten

- 1251 • wohnortnahe Apothekenversorgung (z.B. Apotheken-Terminals - Kommunikation mit
1252 Apotheker*innen per Monitor) sicherstellen

1253 **Krankenhäuser statt fabrikmäßiger Reparaturbetriebe**

1254 Immer mehr Krankenhäuser stehen vor einem finanziellen Kollaps. Etwa ein Drittel aller
1255 Krankenhäuser macht Verluste.

1256 Bis 1985 war es Krankenhäusern per Gesetz verboten, Gewinne zu machen. In den Jahren danach
1257 wurde dieses Verbot immer mehr aufgeweicht, bis es 2003 durch die Einführung der Fallpauschalen
1258 (DRG) völlig entfiel. Fallpauschalen als Festpreissystem fördern systematisch ein Denken und
1259 Verhalten in Markt- und Wettbewerbskategorien (Gewinn- und Verlustkategorien). Seither sind
1260 private Klinikketten (z.B. Fresenius-Helios, Sana, Medioclin usw.) auf Einkaufstour.

1261 Während viele öffentliche Krankenhäuser rote Zahlen schreiben, sind Krankenhäuser für private
1262 Konzerne lukrativ. Privatkliniken machen auf Kosten der Allgemeinheit mit Versichertenbeiträgen
1263 und Steuermitteln Profit. Sie suchen sich Patienten nach größtmöglichem Gewinn aus (z. B. neue
1264 Kniegelenke oder Hüftarthrosen). Freigemeinnützige und kommunale Krankenhäuser kümmern sich
1265 jedoch auch um Patient*innen mit kostenintensiven Mehrfacherkrankungen. Auch
1266 Entbindungsstationen und Notfallambulanzen dürfen nicht als ein Kostenfaktor betrachtet werden.
1267 Sie sind Sozialstaatsgebot. Dies führt jährlich zu Defiziten von mehreren Millionen Euro bei diesen
1268 Häusern. Das ist schlecht für die Versorgung der Patient*innen und auch für die Arbeitsbedingungen
1269 der Beschäftigten. Seit Jahren werden Beschäftigte etwa der Cafeterien, der Labore, der Hygiene

1270 sowie Reinigungskräfte in Servicegesellschaften ausgegliedert. Dies geschieht oft zu niedrigeren
1271 Löhnen und schlechteren Bedingungen. Inzwischen werden sogar Pflegekräfte über
1272 Servicegesellschaften und Leiharbeitsbetriebe eingestellt.

1273 **Was tun?**

1274 • statt Krankenhausschließungen eine demokratische wohnortnahe Krankenhausplanung, die
1275 sich am Versorgungsbedarf der Bevölkerung orientiert. Beschäftigte und Patienten*innen sind
1276 zu beteiligen

1277 • wirksame Kontrolle bei Infektionsschutz und Krankenhaushygiene durch Gesundheitsämter
1278 sicherstellen

1279 • für mehr Personal in Krankenhäusern einsetzen

1280 • Tarifverträge sind für ALLE im Krankenhausdienst Beschäftigte anzuwenden

1281 • Privatisierung von Krankenhäusern verhindern und bereits privatisierte Krankenhäuser
1282 rekommunalisieren

1283 • Krankenhausschließungen verhindern

1284 • Kriterien der Landesregierung für Schließungen hinterfragen

1285 • Öffentliche Gesundheitsvorsorge vor Privatisierung

1286 • ausgelagerte Dienste (Reinigung, Küche, Labor u.a.) zurück in Klinikbelegschaft integrieren

1287 • regionale Zusammenarbeit von Krankenhäusern (Krankenhausverbünde mit Arbeitsteilung
1288 zwischen Spezialisierung, Grund- und Regelversorgung) fördern

1289 **Pflegerische Versorgung kommunal steuern**

1290 Pflege ist Aufgabe der Gesellschaft und Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge. Menschen haben
1291 ein Recht auf eine würdevolle und bedarfsgerechte pflegerische Versorgung. Diese muss gerecht
1292 finanziert und solidarisch organisiert sein.

1293 Pflegerische Versorgung ist eine physisch und psychisch äußerst anstrengende und anspruchsvolle
1294 Arbeit, die nicht angemessen anerkannt und vergütet wird. Der Arbeitsalltag von Pflegekräften ist
1295 gekennzeichnet von Arbeitsverdichtung und starren Zeitvorgaben. Aufgrund der Unterfinanzierung
1296 ist die Personalbemessung im stationären und ambulanten Pflegebereich viel zu niedrig. Nicht einmal
1297 der Mindestpflegebedarf, den der Medizinische Dienst der Krankenkassen (MDK) feststellt, wird
1298 gedeckt. In der ambulanten und stationären pflegerischen Versorgung muss jeder Handgriff
1299 minutengenau abgerechnet werden. Körperbezogene Pflege findet fast ausschließlich im Akkord
1300 statt. Gespräche und soziale Bedürfnisse bleiben auf der Strecke. Darunter leiden die von Pflege
1301 abhängigen Menschen und das Personal. Dass Menschen, die von Pflege abhängig sind, heute in der
1302 Regel in stationären Einrichtungen dennoch ein menschenwürdiges Leben führen können, liegt an
1303 dem besonderen Einsatz der Pflegekräfte und des übrigen Personals. Mit hoher Motivation,
1304 Mitgefühl und großem Engagement leisten sie oft weit mehr als vertraglich vereinbart und in ihren
1305 Arbeitszeiten zu schaffen ist. Dies kann auf Dauer nicht durchgehalten werden kann, und viele
1306 Fachkräfte verlassen nach einigen Jahren ihren Beruf oder werden selbst krank.

1307 Begutachtungsverfahren erfassen den individuellen Bedarf an Pflege oft nicht. Menschen mit
1308 Pflegebedarf müssen selbstbestimmt entscheiden können, ob sie ambulante, teilstationäre Pflege-
1309 oder Assistenzleistungen in Anspruch nehmen möchten. Geänderte Familienstrukturen und
1310 Erwerbsbiografien von Frauen erfordern neue Lösungen für einen Verbleib zu Hause. Im häuslichen
1311 Umfeld muss dem Pflegebedarf ebenfalls mit qualifizierten professionellen Pflegepersonen
1312 entsprochen werden.

1313 Missstände wie Fachkräftemangel und Unterfinanzierung sind Folgen politischer Fehlsteuerung. Für
1314 DIE LINKE ist das Leitbild der Solidarität und das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe Maßstab im
1315 Pflegebereich.

1316 **Was tun?**

- 1317 • Ausbau alternativer Wohn- und Versorgungsformen für Menschen mit Pflegebedarf
- 1318 • kommunale Hilfestrukturen, die soziale Teilhabe für die Betroffenen in der Mitte der
1319 Gesellschaft gewährleisten
- 1320 • kommunale Pflegedienste und Sozialstationen aufbauen
- 1321 • Erhalt kommunaler Pflegeeinrichtungen und Kommunalisierung privater Einrichtungen
- 1322 • Zusammenarbeit von Pflegeeinrichtungen und Sozialstationen bei der Betreuung von
1323 Menschen mit Pflegebedarf
- 1324 • Weiterentwicklung der kommunalen Pflegekonferenz dahingehend, dass alle Betroffenen und
1325 Beteiligten (Pflegekassen, MDK, Sozialämter, Staatsanwaltschaft, Heimaufsicht,
1326 Angehörigenvertreter, Einrichtungen, Servicestelle Hospizarbeit, Demenznetzwerk, Pflege- und
1327 Wohnberatung, Ombudsleute) Wissen austauschen und gemeinsam Ziele festlegen
- 1328 • persönliche Assistenz zur gesellschaftlichen Teilhabe und zu Freizeitmaßnahmen

1329 **Forderung:**

- 1330 - Stationäre Pflegeeinrichtungen, für jung und alt, müssen wohnortnah, am ÖPNV angebunden
1331 und gut erreichbar sein.
- 1332 - Ausbau der am Bedarf orientierte, ambulante und stationäre Palliativversorgung
- 1333 - Entwicklung kultursensibler Pflegekonzepte
- 1334 - Rekommunalisierung bei Trägerwechsel eines Alten- und Pflegeheimes
- 1335 - Durchsetzung der kommunalen Trägerschaft bei Neubauten
- 1336 - Aufbau von kommunalen Pflegediensten

1337

1338 **Kurzzeitpflegeeinrichtungen:**

1339 Ist die Pflege zu Hause für einen bestimmten Zeitraum nicht gewährleistet, bietet die professionelle
1340 Kurzzeitpflege den pflegebedürftigen Menschen die Möglichkeit, stationäre Pflege in Anspruch zu
1341 nehmen. Oft übernehmen Angehörige - bis über die Grenzen ihrer Belastbarkeit hinaus - die
1342 pflegerische Versorgung. Erkrankten die Pflegenden, oder bedürfen einer Entlastung, so benötigt der
1343 pflegebedürftige Mensch einen Platz in der Kurzzeitpflege. Wohnortnah und unmittelbar, was sich in
1344 der Praxis als enorm schwierig erweist. Ambulant vor stationär, erfordert auch weitergehende
1345 Strukturen, als nur die punktuelle Versorgung durch ambulante Pflegedienste.

1346 **Forderung:**

- 1347 - Ausbau der Kurzzeitpflegeplätze
- 1348 - Errichtung von Kurzzeitpflegestationen
- 1349 - Gewährleistung von kultursensibler Kurzzeitpflege

1350 **Tagespflege**

1351 Tagespflege ist für die Menschen geeignet, die zwar keine durchgehende stationäre Pflege
 1352 benötigen, allerdings eine kontinuierliche Unterstützung in der Grundpflege bedürfen. Gute
 1353 Tagespflege unterstützt individuell den Tagesablauf, schafft Sozialkontakte, bietet anregende
 1354 Freizeitgestaltung und wirkt Vereinsamungstendenzen entgegen. Die LINKE unterstützt Tagespflege,
 1355 die auf Mehrgenerations-Konzepten basiert.

1356 Forderungen:

- 1357 - Bedarfsorientierte und wohnortnahe Tagespflegeeinrichtungen für jung und alt.
- 1358 - Kommunale Freizeitangebote für Menschen mit Unterstützungsbedarf

1359 **„Armut macht krank - Krankheit macht arm“**

1360 Benachteiligung, Verelendung und Ausgrenzung sind akute Gesundheitsrisiken und können
 1361 nachweislich das Leben von armutsbetroffenen Menschen um zehn und mehr Jahre verkürzen. Wer
 1362 einkommensarm ist, der ist häufiger krank: Herzerkrankungen, Schlaganfall, Krebs- und
 1363 Lebererkrankungen betreffen Ärmere häufiger als Reiche. Besonders betroffen sind wohnungslose
 1364 Menschen. Viele von ihnen werden etwa durch Gebühren, fehlende Krankenversicherung oder
 1365 Misstrauen abgeschreckt, zu Ärzt*innen zu gehen, obwohl 90 Prozent von ihnen eine ärztliche
 1366 Behandlung brauchen.

1367 Besonders betroffen sind auch Menschen mit Migrationsgeschichte. Sie sind doppelt so häufig
 1368 armutsgefährdet wie der Bevölkerungsdurchschnitt und gehen nicht selten einer die Gesundheit
 1369 gefährdenden beruflichen Tätigkeit nach.

1370 Auch Erwerbslosigkeit verkürzt das Leben, macht häufiger krank und geht mit doppelt so häufigen
 1371 psychischen Leiden einher wie dies im Bevölkerungsdurchschnitt der Fall ist. Erwerbslose weisen bei
 1372 allen seelischen und körperlichen Erkrankungen ein signifikant erhöhtes Risiko auf. Ähnliche Zahlen
 1373 gelten für Alleinerziehende.

1374 Krankheiten kosten Geld. Arme Menschen können sich Zuzahlungen und Aufwendungen für
 1375 Gesundheitsleistungen oft nicht leisten oder das Geld fehlt an anderer Stelle. Obwohl allen
 1376 bisherigen Bundesregierungen bekannt war, dass das individuelle Gesundheitsverhalten mit dem
 1377 Sozialstatus verknüpft ist, wurde bisher nichts an diesen ungerechten Verhältnissen geändert,
 1378 sondern die Betroffenen sich selbst überlassen.

1379 DIE LINKE will mit dieser täglichen Ungerechtigkeit brechen. Gesundheit darf nicht länger von
 1380 persönlichem Reichtum abhängig sein

1381 **Was tun?**

- 1382 • ein unabhängiges und aufsuchendes Beratungssystem mit unterstützender Begleitung und
 1383 Hilfestellung schaffen- Medikamente, Heil- und Hilfsmittel sowie Behandlung ohne
 1384 Zuzahlungen- Zahnersatz, Brillen und Verhütungsmittel auf Rezept ohne Zuzahlungen, ggf.
 1385 Übernahme der Kosten durch die Kommune- kostenlose Abgaben von Verhütungsmitteln
 1386 durch Beratungsstellen durch die Kommunen finanzieren
- 1387 • gesundheitsförderliche Maßnahmen im nahen Lebensumfeld, besonders in Wohnquartieren
 1388 mit niedrigem Durchschnittseinkommen anbieten

1389 **Für eine akzeptanzorientierte Drogenpolitik in der Kommune**

1390 Trotz der seit Jahrzehnten herrschenden repressiven Verbotspolitik sind auch in den nordrhein-
1391 westfälischen Städten und Gemeinden illegalisierte Substanzen flächendeckend verfügbar. Im
1392 Gegensatz zu den legalen Drogen Alkohol und Tabak sowie frei verkäuflichen Medikamenten sind die
1393 „illegalen“ Drogen nur unter gesundheitlich häufig sehr bedenklichen Risiken für die
1394 Verbraucher*innen auf dem Schwarzmarkt erhältlich. So werden Substanzen für den Verkauf auf
1395 dem Schwarzmarkt gestreckt und verunreinigt. Das Gesundheitsrisiko für die Konsument*innen steigt
1396 durch die verunreinigten Produkte.

1397 Die strafrechtlichen Konsequenzen, die das Betäubungsmittelgesetz für den Besitz und Erwerb von
1398 illegalisierten Substanzen enthält, erhöhen zusätzlich die Gefahren für die Drogen-
1399 Gebraucher*innen. Gefängnis, Führerscheinverlust, soziale Desintegration und Jobverlust sind die
1400 Folgen der Verbotspolitik. Dies ist unverhältnismäßig und stellt einen schweren Eingriff in die
1401 Bürger*innen-Rechte dar.

1402 Eine linke Drogenpolitik verharmlost die Gefahren von Drogen nicht, ganz gleich, ob sie das Etikett
1403 „legal“ oder „illegal“ tragen. Sie nimmt aber zur Kenntnis, dass Drogen allseits verfügbar sind, dass
1404 die Verbotspolitik dies nicht verhindert und nur eine umfassende staatliche Regulierung aller Drogen
1405 dem Gesundheits- und Jugendschutz gerecht werden kann.

1406 Den Risiken und negativen Auswirkungen des Drogenkonsums – darüber ist sich die Fachwelt
1407 weitestgehend einig –, kann man mit Mitteln des Strafrechts und der Kriminalisierung von
1408 Konsument*innen in keiner Weise effektiv begegnen.

1409 DIE LINKE setzt sich für eine menschenwürdige Drogenpolitik ein, die präventiv, sachlich und
1410 glaubwürdig Aufklärung über die Wirkung und Risiken der unterschiedlichen legalen und „illegalen“
1411 Drogen leistet. Dies ist auch die Bedingung dafür, dass ein selbstverantwortlicher Umgang, also
1412 Drogenmündigkeit, mit Substanzen entwickelt werden kann.

1413 **Ambulante Suchthilfe als kommunale Daseinsvorsorge**

1414 Wenn Drogenkonsum problematische Formen annimmt, muss schnell, unkompliziert und
1415 bedarfsgerecht Hilfe geleistet werden können. Zu einer humanen und rationalen Drogenpolitik
1416 gehören neben Präventions- und Informationsangeboten vor allem akzeptanzorientierte und
1417 niedrigschwellige therapeutische Hilfen. Im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge ist daher die
1418 Finanzierung ambulanter Suchthilfen zu gewährleisten und bei Bedarf auszubauen.

1419 **Legalize it – mit Modellprojekten in der Gemeinde die Legalisierung von Cannabis vorantreiben**

1420 Aus vielerlei Gründen ist die Legalisierung von Cannabis – auch als erster Schritt hin zu einer
1421 allgemeinen vernünftigen, sachorientierten Drogenpolitik –, seit langem überfällig. Auf kommunaler
1422 Ebene besteht die Möglichkeit, einige Schritte in Richtung einer fortschrittlichen Drogenpolitik zu
1423 unternehmen. Dazu gehört die Einrichtung von Modellprojekten zu regulierter, legaler Abgabe von
1424 Cannabis und die Orientierung am uruguayischen Modell. DIE LINKE wird sich in Gemeinderäten dafür
1425 gemeinsam mit Initiativen vor Ort einsetzen.

1426 **Mehr Drogenkonsum-Räume und ein flächendeckendes Substitutionsangebot**

1427 Konsument*innen illegalisierter Substanzen haben häufig keine Möglichkeit, in einem sicheren
1428 Rahmen zu konsumieren. Daher findet der Konsum im öffentlichen Raum statt. Die herrschende
1429 Politik reagiert darauf zumeist repressiv mit Platzverweisen und erhöhtem Polizeieinsatz. Als LINKE

1430 fordern wir, dass flächendeckend in allen Kommunen Drogenkonsum-Räume mitsamt medizinischer
1431 Notfallbetreuung eingerichtet werden. Dort ist ein sicherer Konsum möglich. Drogenkonsum-Räume
1432 können zudem ein niedrigschwelliges Angebot beinhalten, um Therapie-Möglichkeiten zu vermitteln.
1433 Damit Drogen-Gebraucher*innen wissen, was in ihren Drogen enthalten ist, sollten Drogenkonsum-
1434 Räume ein so genanntes Drug-Checking anbieten, also die chemische Prüfung der Inhaltsstoffe der
1435 Drogen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Schadensminimierung.

1436 Ein großes Problem für Drogenkonsument*innen ist der Mangel an substituierenden Ärzt*innen, vor
1437 allem im ländlichen Raum. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Gemeinden das Gespräch mit
1438 lokalen Ärzteschaften suchen, um Therapieangebote auszubauen und wohnortnah zu gestalten.
1439 Neben den bereits erwähnten und hier dargelegten Forderungen für eine menschenwürdige
1440 Drogenpolitik auf kommunaler Ebene fordert DIE LINKE die Ausweitung von heroingestützten
1441 Behandlungsmöglichkeiten, der so genannten Originalvergabe, auch in kleineren Kommunen. Es darf
1442 nicht sein, dass nur Bewohner*innen von Großstädten Zugang zu dieser Behandlungsform erhalten.
1443 Unser Grundziel als LINKE ist es, die kommunale Drogenpolitik so zu gestalten, dass
1444 Drogengebraucher*innen flächendeckend Hilfe erhalten können, Gefahren für ihre Gesundheit
1445 minimiert werden und gesellschaftlicher Ausgrenzung von Drogenkonsument*innen
1446 entgegengewirkt wird.

1447 **Migration und Gesundheitsförderung**

1448 Das Thema Migration prägt unsere Gesellschaft in vielerlei Hinsicht und ist deshalb auch ein
1449 wichtiger Aspekt der Gesundheitspolitik auf kommunaler Ebene. Die Menschen mit
1450 Migrationshintergrund gelten in Bezug auf Gesundheitsförderung und Prävention als schwer
1451 erreichbare Gruppe. Um sie aus der "Unsichtbarkeit" herauszuholen, ist es notwendig, andere
1452 Informationsbedarfe und Beratungserfordernisse zu bedienen. Nur so kann der gleichberechtigte
1453 Zugang zu Gesundheits- und Pflegeleistungen für Migrant*innen erreicht werden. Zielgruppen dieser
1454 Angebote sind Ältere, Kinder, Jugendliche und vielfach Frauen.

1455 **Was tun?**

- 1456 • Bereitstellung eines öffentlichen Gesundheitsdienstes mit speziell geschulten pflegerischen
1457 Mitarbeiter*innen mit entsprechenden Sprachkenntnissen der Zielgruppen (kultursensible
1458 Pflege)

- 1459 • öffentliche Gesundheitsversorgung für alle Menschen gleichwertig mit und ohne
1460 Krankenversicherung

1461 **Thema: Bildung**

1462 Bildung ist nicht mit Bildungsabschlüssen zu verwechseln, ist nicht Ausbildung, nicht Qualifikation
1463 und auch kein Kanon eines legitimierten hochkulturellen Wissens, aber auch kein Quizwissen.
1464 Vielmehr vertreten wir einen kritischen Bildungsbegriff, der sich der Funktionalität ökonomischer
1465 Verwertung und sonstiger Instrumentalisierung entzieht. Ausgangspunkt einer solchen Bildung ist die
1466 Möglichkeit der Entfaltung des Menschen. Bildung in diesem Verständnis zielt auf individuelle und
1467 kollektive Mündigkeit, Emanzipation und Aufklärung, ist an Humanität, Reflexivität, Kritik und
1468 Selbstbestimmung gebunden. Kritisch ist Bildung, weil sie sich für vernünftige und menschenwürdige
1469 gesellschaftliche Verhältnisse einsetzt und nach den Möglichkeiten einer besseren politischen und
1470 gesellschaftlichen Praxis fragt.

1471 Denn insbesondere in einem wohlhabenden Land wie Deutschland ist es ein Skandal, wie wenig in
1472 Bildung investiert wird und in welchem Ausmaß gute Bildung nach wie vor vom Geldbeutel der Eltern
1473 abhängt.

1474 **Worauf wir dabei setzen?**

- 1475 • das Bildungssystem muss grundlegend reformiert werden („Eine Schule für Alle)
- 1476 • einen Schulsozialindex, um Ungleiches ungleich zu behandeln
- 1477 • Interkommunale Zusammenarbeit in der Schulentwicklungsplanung für ein breitgefächertes
1478 schulisches Angebot

1479 **Was wir dafür brauchen ist ein Bildungssystem, das**

- 1480 • Schüler*innen demokratisch partizipieren lässt
- 1481 • in Personal, Schulbau und Materialien investiert
- 1482 • die Verschiedenheit sowohl der Schüler*innen als auch des Schulumfeldes berücksichtigt
- 1483 • auf Fort- und Weiterbildung des pädagogischen Fachpersonals setzt

1484 **Was das bringt?**

- 1485 • eine qualitativ hochwertige Bildung aller Kinder und Jugendlichen
- 1486 • gesellschaftliche Teilhabe
- 1487 • Bekämpfung sozialer Ungleichheit

1488 **Was muss dafür getan werden?**

- 1489 • neue Schulen müssen durch die öffentliche Hand errichtet werden
- 1490 • bestehende Schulgebäude müssen orientiert an den Erkenntnissen fortschrittlicher Pädagogik
1491 umgestaltet werden
- 1492 • Kommunen müssen einen Materialfonds für Schüler*innen aus finanzschwachem Umfeld
1493 auflegen

1494 • für Grundschulen muss ein hundertprozentiges Ganztagsplatz-Angebot konzipiert werden

1495 Als DIE LINKE erachten wir eine gebührenfreie und qualitativ hochwertige Bildung aller Kinder und
1496 Jugendlichen als eine Selbstverständlichkeit. Wir sind der Meinung, eine umfassende Bildung fördert
1497 nicht nur die persönliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen, sondern bildet zugleich die Basis
1498 für die gesellschaftliche Teilhabe und ist Teil des Kampfes gegen soziale Ungleichheit. Um eine
1499 gerechte Bildung zu garantieren sind Investitionen in den Bereichen Schulbau, Personal sowie
1500 Materialien dringend notwendig. Auf kommunaler Ebene erschließen sich daher einige
1501 Handlungsschritte.

1502 **Schulbau bedarfsgerecht gestalten und finanzieren**

1503 Schulbau in den Kommunen scheitert in NRW oftmals an den Bedingungen „armer Städte“, die durch
1504 den Stärkungspakt Stadtfinanzen und den Zwang zum Personal- und Ausgabenabbau nicht die
1505 benötigten Kredite für Investitionen aufnehmen können.

1506 Daher will DIE LINKE Möglichkeiten vor Ort prüfen, wie die benötigten Schulneubauten durch
1507 Zusammenarbeit mit rein öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften sofort errichtet werden können
1508 und in einem Miet-Kauf-Modell dennoch in der Verfügungsgewalt und dem Eigentum der
1509 öffentlichen Hand bleiben. Neue Schulbauten sollten so geplant werden, dass sie nicht nur den
1510 gegenwärtigen Ansprüchen von Schulen genügen, sondern auch als Stadtteilzentren und Orte der
1511 Erwachsenenbildung genutzt werden können.

1512 Wie sollten gute Schulgebäude aussehen? Kinder brauchen Sonne, Luft und Freiraum für Bewegung,
1513 Kommunikation und Gestaltung in der gesamten Schule. Sie brauchen multifunktionale Räume
1514 ausgestattet mit vielfältigen Materialien, so dass das Lernen an ihren Bedürfnissen ausgerichtet
1515 werden kann. Es muss Räume geben für kleinere und größere Lerngruppen, für Recherche,
1516 Forschung und Übung in Einzelarbeit, für die Arbeit an Projekten und Werkstücken, sowie für
1517 Präsentationen auf einer Bühne für die ganze Schulgemeinschaft. Dazu kommen moderne und gut
1518 ausgestattete Sporthallen und zusätzliche Räume im Rahmen der Inklusion. Auch für die
1519 interkulturelle Öffnung sind weitere Begegnungs- und Beratungsräume nötig.

1520 **Was tun?**

1521 • Aktualisierung der Schulentwicklungspläne durch die Schulämter, damit diese steigenden
1522 Geburtenzahlen, Migration und modernen pädagogischen Konzepten gerecht werden

1523 • stärkere Zusammenarbeit zwischen den Nachbarkommunen bei der Schulentwicklungsplanung
1524 und insbesondere eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung benachbarter kreisangehöriger
1525 Kommunen

1526 • Schulneubau sowie Neugestaltung und Ergänzung bestehender Schulgebäude orientiert an den
1527 Erkenntnissen fortschrittlicher Pädagogik und neuen Anforderungen durch Inklusion

1528 • Naturräume als Lernorte in die Planungen von Schulneu- und –umbauten einbeziehen

1529 • Errichtung neuer Schulgebäude durch die öffentliche Hand orientiert an den Erkenntnissen
1530 moderner Pädagogik und neuen Anforderungen durch Inklusion

1531 • digitale Infrastruktur auf den modernsten Stand ausbauen

1532

1533 **Armut als Bildungshemmnis**

1534 Armut beschämt, Armut grenzt aus, Armut macht krank. Alles, was man aus der Armutsforschung
1535 weiß, trifft auch auf Kinder und Jugendliche in den Schulen zu. Dass Armut der Schüler*innen ein
1536 Resultat der familiären Einkommensarmut ist und nur durch ausreichendes Familieneinkommen
1537 geändert werden kann, ist unstrittig. Dennoch kann auch vor Ort etwas getan werden. Um soziale
1538 Ungleichheit zu bekämpfen, fordert DIE LINKE eine Schule für ALLE als Ganztagschule. Das
1539 gegliederte Schulsystem wollen wir abschaffen. Forscher*innen und Studien zeigen regelmäßig auf,
1540 wie schlecht dieses im internationalen Vergleich abschneidet.

1541 **Grundschule**

1542 Klassengrößen dürfen Kommunen nach der Schulgesetzänderung kommunal regeln. Dadurch
1543 entstehen in vielen Kommunen in dicht besiedelten Quartieren übervolle Klassen, wohingegen in
1544 lockerer Bebauung oftmals sehr kleine Klassen vorherrschen. Hier werden LINKE-
1545 Kommunalvertretungen auf die Verteilung der kommunalen Klassenzahlen achten und kleine Klassen
1546 insbesondere in Grundschulen mit vielen sozial und/oder bildungsbenachteiligten Kindern einrichten.

1547 Der für 2025 angekündigte Rechtsanspruch auf einen Platz an einer Ganztagsgrundschule birgt für
1548 die Kommunen die Herausforderung, die Kapazitäten zügig auszubauen. Zwar sind 90% der
1549 Grundschulen in NRW offene Ganztagschulen, aber weniger als die Hälfte der Grundschüler/innen
1550 hat einen Ganztagsplatz. Damit jedes Kind zukünftig einen Ganztagsplatz bekommt und Wartelisten
1551 der Vergangenheit angehören, sind große Anstrengungen beim ohnehin problematischen Schulbau
1552 nötig: Es braucht vielerorts Investitionen in Räume für Mittagsverpflegung und erweiterte Räume für
1553 Ganztagsangebote. Das Bundesinvestitionsprogramm wird dafür nicht ausreichen.

1554 DIE LINKE fordert auf kommunaler Ebene:

- 1555 • sofortige Ausbauplanung für eine 100% Versorgung im Grundschul-Ganztags
- 1556 • Ausbau der Ganztagsplätze besonders in benachteiligten Sozialräumen
- 1557 • Suche nach neuen geeigneten Ausbaukonzepten bei Platzmangel

1558 Die strukturelle Unterfinanzierung des offenen Ganztags im Primarbereich führt zu einer oft
1559 minderen Qualität der Angebote für die Schülerinnen und Schüler, zu Elternbeiträgen und zu
1560 prekären Arbeitsbedingungen für die Ganztagskräfte. Das ist bei offenen Ganztagsmodellen
1561 schwerlich zu verhindern, sodass DIE LINKE sich auf Landesebene für die flächendeckende Einführung
1562 gebührenfreier, gebundener Ganztagsangebote einsetzt.

1563 Solange diese nicht realisiert sind, fordert DIE LINKE

- 1564 • die vollständige Finanzierung der Ganztagsgarantie nach dem Konnexitätsprinzip
- 1565 • die auskömmliche Finanzierung des Offenen Ganztags vom Land, auch für die
1566 Qualitätsverbesserung

1567 **Sekundarstufe I**

1568 Elternbefragung – kommunale Schulentwicklungsplanung

1569 Immer wieder werden Eltern auf der Suche nach einem Gesamtschulplatz oder nach
1570 Ganztagschulen abgewiesen. Daher setzen sich LINKE für Elternbefragungen ein, nach denen sich
1571 die kommunale/Kreis-Schulentwicklungsplanung laut Schulgesetz richten muss. Dieses Recht der
1572 Eltern auf Planung nach ihren Wünschen wird oftmals mit Füßen getreten. Damit könnte auch
1573 endlich das Recht auf einen Gesamtschul-/Sekundarschul-/Ganztagsplatz umgesetzt werden.

1574 **Sekundarstufe II**

1575 Viele Gymnasien und Gesamtschulen haben in der Oberstufe zu wenige Schülerinnen und Schüler,
1576 um ein breit gefächertes Wahlangebot an Leistungskursen und Grundkursen aufrecht zu erhalten.
1577 Das führt zu einem eingeschränkten Bildungsangebot. Dem versuchen viele Schulen durch
1578 Kooperation zu begegnen, was mit zeitraubendem Ortswechsel für Lernende und enormem Aufwand
1579 für Lehrkräfte und Schulorganisation verbunden ist. Zudem ist die Kooperation zwischen
1580 unterschiedlichen Fächern für Projekte in mehreren Schulen kaum zu bewerkstelligen.

1581 Daher setzt sich LINKE-Kommunalpolitik für Oberstufenzentren in der gymnasialen Oberstufe ein, die
1582 mehrere Oberstufen vor Ort zusammenfasst. Langfristig könnten diese Oberstufenzentren auch mit
1583 den Berufskollegs zusammenarbeiten, um weitere Qualitätssteigerungen und ein größeres Angebot
1584 zu erreichen.

1585 **Inklusion im Bildungsbereich**

1586 Inklusion muss von den Beteiligten aus gedacht, nicht nach Ressorts verwaltet werden.

1587 Deshalb werden LINKE-Kommunalvertretungen eine integrierte Förderplanung einfordern, die die
1588 Unterstützung für die Betroffenen aus den verschiedenen Bereichen sicherstellt und die Organisation
1589 der verschiedenen Fördermaßnahmen nicht den Eltern aufbürdet.

1590 Bisher gibt es noch in den Kommunen Gebäude der Förderschulen. Auch wenn zukünftig Inklusion
1591 die Absonderung nicht mehr vornimmt, sollen diese Räume doch erhalten bleiben, um Förderzentren
1592 für bestimmte Behinderungen zu ermöglichen, in denen die Förderung der Schülerinnen und Schüler,
1593 aber auch der Austausch und die Fortbildung des Personals stattfinden kann.

1594 Daher wird LINKE Kommunalpolitik eine Raumplanung für Inklusion einfordern.

1595 Auch wenn sich DIE LINKE mit allen Kräften für die Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft
1596 ausspricht, so werden LINKE-Kommunalvertretungen dennoch in den nächsten Jahren
1597 übergangsweise der Einrichtung von inklusiven Schwerpunktschulen zustimmen, um den Prozess der
1598 Inklusion nicht auf Kosten der Qualität zu betreiben und die baulichen und personellen Umsetzungen
1599 sinnvoll gewährleistet zu können.

1600 **Schulentwicklung im ländlichen Raum**

1601 Im ländlichen Raum wirkte sich die Prognose der sinkenden Schüler*innenanzahl auf die
1602 Schulstruktur massiv aus: Grundschulen wurden geschlossen. Selbst Zusammenschlüsse von
1603 Grundschulen, sogenannte Verbundschulen, haben nur eine aufschiebende Wirkung auf die
1604 Schließung. Das Prinzip „kurze Beine, kurze Wege“ findet aus Kostengründen nur noch als
1605 Lippenbekenntnis statt!

1606 Selbst die Kosten für die weitere Beförderung und der gerade für Grundschulkinder nachteilige
1607 Mehraufwand an Fahrzeit von bis zu 2 Stunden täglich ist kein Hindernis für den Schließungswahn.
1608 Da es schon seit langem keinen reinen Schülerverkehr mehr gibt, kommen noch Wartezeiten im
1609 ÖPNV hinzu.

1610 Wenn es nach der Grundschulen dann zu den weiterführenden Schulen geht, kann sich die Kommune
1611 glücklich schätzen, die nach Gründung einer Sekundarschule wenigstens überhaupt noch ein Angebot
1612 für Fünftklässler machen kann.

1613 Kommunen ohne Schulangebot verlieren an Attraktivität; die Folgen sind sofort spürbar:
1614 Abwanderung! Wer ein gutes und breites Bildungsangebot bieten kann, der kann auch jetzt schon

1615 mit Zuzug rechnen. Dabei entscheiden sich immer mehr Eltern für einen Gesamtschulplatz; auch auf
1616 dem Lande liegen die Anmeldezahlen deutlich über denen der vorhandenen freien Plätze.

1617 Daher wird sich LINKE Kommunalpolitik weiterhin für Gesamtschulen bzw. Sekundarschulen
1618 einsetzen sowie für Oberstufenzentren, denn nur so ist auch im ländlichen Raum eine gute Schule für
1619 Alle realisierbar.

1620 **Ausbildung: Berufskollegs – Ausbildungszentren**

1621 Trotz angeblichem Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern suchen viele Jugendliche vergeblich
1622 einen Ausbildungsplatz. Vor Ort finden sie zudem sehr viele und sehr unterschiedliche
1623 Beratungsangebote, die teilweise eher verwirren als helfen. Das Beratungsangebot muss sich
1624 zuvorderst an den Interessen der Jugendlichen ausrichten, nicht an Institutionen bzw. Schulformen.

1625 Hier will LINKE Kommunalpolitik die kommunale Steuerung stärken: Berufskollegs, Arbeitsagentur,
1626 BiZ und kommunale Bildungsberatung sollen verknüpft werden, so dass Jugendliche einen zentralen
1627 Anlaufpunkt erhalten.

1628 **Weiterbildung**

1629 Die LINKE NRW setzt sich ein für eine öffentlich verantwortete und getragene Weiterbildung und
1630 einen Ausbau der **Volkshochschulen, den örtlichen, wohnortnahen Zentren für Weiterbildung**. Das
1631 Angebot muss **alle Bildungsbereiche umfassen**, auch wenn ein besonderes Augenmerk und
1632 besondere Förderung sich angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung richten muss auf die
1633 **Politische Bildung! Auch aufsuchende Ansprache- und Motivierungsformen** gehören zum
1634 Aufgabenkatalog. Andere Einrichtungen und Träger sollten dieses öffentliche Angebot ergänzen,
1635 nicht ersetzen. Abwertung und Bedeutungsverlust der Weiterbildung, ihre selektierende Ausrichtung
1636 und die ausufernde prekäre Beschäftigung dort muss dringend geändert werden.

1637 1. Bildungsauftrag auf gesetzlicher Grundlage

1638 Der Ausbau der Weiterbildung zu einem gleichberechtigten Teil des Bildungssystems war bereits die
1639 Forderung des Deutschen Bildungsrates im Strukturplan für das Bildungswesen 1970. Der öffentliche
1640 Bildungsauftrag für Erwachsenen- und Weiterbildung beinhaltet demnach das Recht auf Lernen in
1641 jedem Alter. Dafür müssen staatliche Rahmenbedingungen und ausreichende öffentliche Ressourcen
1642 zur Verfügung stehen, um Standards und Strukturen in den Einrichtungen sichern zu können.

1643 Jahrzehntlang war die Entwicklung der Weiterbildung gekennzeichnet durch krasse
1644 Fehlentwicklungen auf dem Weg zu einem marktanalogen Gebilde: nämlich durch den Abbau
1645 staatlicher Verantwortung und Förderung, durch Privatisierung und Kommerzialisierung, durch
1646 soziale Selektion der Teilnehmenden sowie Deregulierung und weitergehende Prekarisierung der
1647 Beschäftigung. Professionelles HPM-Fachpersonal wurde ersetzt durch fachfremdes (Verwaltungs-
1648)Personal und die Stellen tariflich abgewertet; schwerwiegendem Qualitätsverlust der Angebote sind
1649 die Folge.

1650 Umsteuerung und weitgehende Verbesserungen erwarten wir von der jüngst gestarteten Initiative
1651 zur Novellierung des Landesweiterbildungsgesetzes.

1652 Nach wie vor aber müssen die öffentlichen Einrichtungen immer größere Anteile ihrer Haushalte ‚am
1653 Markt‘ erwirtschaften, um Projektmittel konkurrieren und die Teilnehmenden immer höhere Kosten
1654 tragen. “ Nur wer hat, dem wird gegeben“! Das Postulat des lebenslangen Lernens wird
1655 konterkariert. Zentrale Bestandteile des Weiterbildungsgesetzes NRW (WBG NRW) wie die

1656 Pflichtaufgabe, der Versorgungsauftrag und die tatsächliche Offenheit für alle sind damit hochgradig
1657 gefährdet.

1658 Wir fordern,

1659 - Von der **Landesregierung** fordern wir Ressourcen für einen tatsächlichen Ausbau des
1660 Versorgungsauftrages nach dem Weiterbildungsgesetz NRW (WBG NRW). 1% des Landes-
1661 Bildungsbudgets sollen für die Förderung der Weiterbildung im Lande, für Angebots- und
1662 Beschäftigungsqualität kurzfristig zur Verfügung stehen, wie auch die GEW NRW fordert.

1663 - Von den **Kommunen und Gebietskörperschaften** als Träger erwarten wir, dass sie die
1664 Weiterbildungsangebote im Versorgungsgebiet nicht weiter durch Fusion von Volkshoch-schulen
1665 oder Etatkürzungen ausdünnen, sondern ihre Finanzmittel verlässlich bereitstellen und aufstocken.
1666 Eine besondere Förderung der politischen Bildung ist angesichts der gesellschaftlichen Lage und
1667 fehlender „aufklärender Bildung“ dringend geboten.

1668 -eine **langfristig kostendeckende Finanzierung und koordinierte Verantwortung** in der öffentlichen
1669 Weiterbildung durch Bund, Länder und Gemeinden, wie z. B. vorgeschlagen in dem Gutachten
1670 „Finanzierung Lebenslangen Lernens“ durch die sog. „Timmermann-Kommission“.

1671 - **bundesweite Regelungen** für ein kohärentes inklusives Weiterbildungssystem, in dem die
1672 allgemeine, kulturelle, politische und berufliche Bildung gleichermaßen gefördert werden und für
1673 jeden tatsächlich die Chance auf Teilnahme besteht. Sie ergänzen die länderspezifischen Regelungen
1674 für die Weiterbildung. Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundes-regierung die
1675 Umsetzung der Vorschläge für ein Erwachsenenbildungsfinanzierungsgesetz einzufordern

1676 Öffentliche Strukturen fördern und ausbauen

1677 Gegen die fortschreitende Privatisierung und Kommerzialisierung wollen wir die öffentlich
1678 geförderte und verantwortete Weiterbildungsstrukturen ausbauen und stärken. Dies gilt besonders
1679 für die bundesweit über 900 Volkshochschulen, die den Kern der öffentlich geförderten
1680 Weiterbildung darstellen, bundesweit ortsnah vorhanden sind und die Grundversorgung an
1681 Weiterbildung vorhalten. Es muss verhindert werden, dass sie sich zunehmend dem Bildungsmarkt,
1682 seiner kommerziellen Ausrichtung, seinen selektiven Konkurrenzstrukturen und überwiegenden
1683 Projektfinanzierung unterwerfen müssen.

1684 Viele Volkshochschulen sind außerdem Ansprechpartner für unterschiedlichste Zielgruppen,
1685 besonders auch für diejenigen, die zu ‚Verlierern‘ am Bildungsmarkt zählen.

1686 Im Aufbau kommunaler und regionaler Bildungsnetzwerke können Volkshochschulen eine wichtige
1687 Schnittstelle darstellen und eine flächendeckende Versorgung für alle Erwachsenen sichern.

1688 Eine Perspektive der VHS und ihrer Angebote liegt in der Bildungsberatung, der aufsuchenden
1689 Bildungsarbeit bis hin zur Sozialraumentwicklung sowie in Aufbau und Anleitung virtueller
1690 Lernnetzwerke.

1691 Wir fordern

1692 – das Angebot zur **Grundbildung** der Bevölkerung **entgeltfrei** zur Verfügung zu stellen. Zur
1693 Grundbildung gehört für uns dabei alles, was zum Lehr- und Stoffplan der Sek I der
1694 allgemeinbildenden Schulen zählt.

1695 – Neben der Förderung von Menschen mit Grundbildungsbedarf und dem Nachholen von
1696 Schulabschlüssen zählen wir auch Folgendes zur **grundlegenden, allgemeinwohl-bezogenen**
1697 **Weiterbildung**: Integrationskurse für Migrantinnen und Migranten, Zugänge zum Arbeitsmarkt,

1698 Übergänge zwischen Schule und Ausbildung, ein Zugang zur Hochschule für Berufstätige, Umgang mit
1699 neuen Medien; diese sind ohne oder nur mit geringem Teilnehmerentgelt anzubieten. Die individuell
1700 aufzubringenden Entgelte dürfen nicht zum Teilnahmehindernis werden.

1701 – Besonders die **Politische Bildung** muss wieder eine deutliche Aufwertung erfahren, statt immer
1702 mehr marginalisiert zu werden. Gerade in einer immer komplizierter und technischer werdenden
1703 Welt ist Aufklärung über gesellschaftspolitische Hintergründe und Zusammenhänge notwendig.
1704 Aufgrund dieser Bedeutung der politischen Bildung müssen die Angebote in der Regel entgeltfrei
1705 sein. Des Weiteren fordern wir eine Erweiterung des Bildungsurlaubs und weiteren Ausbau des
1706 **Arbeitnehmer-weiterbildungsgesetzes (AWbG-NRW)**.

1707 - Zur Entfaltung einer eigenen, selbstbewussten Persönlichkeit und zur Teilhabe am
1708 gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben haben auch **die anderen Bereiche** der

1709 Volkshochschule, die kulturelle Bildung, Gesundheitsbildung, Berufliche Bildung und die

1710 Fremdsprachen z.B. ihre Bedeutung für das öffentliche Leben und sind aus- statt abzubauen. Nach
1711 dem Prinzip der Einheit der Bildung gehören sie unbedingt dazu.

1712 – Um Menschen für eine Teilnahme an Weiterbildung zu motivieren, sie über ihre Möglichkeiten zu
1713 informieren, sind wohnortnah subjektorientierte, gender- und kultursensible **Beratungsstellen in**
1714 **öffentlicher Trägerschaft** einzurichten mit Klienten-zentrierten Konzepten, guten
1715 Rahmenbedingungen und professionellem, wissenschaftlich ausgebildetes Personal mit tariflicher
1716 Eingruppierung wie bei den Mitarbeiter/-innen der Volkshochschulen auch.

1717 2. Prekäre Arbeit abschaffen

1718 In keinem anderen Bereich des Bildungswesens wird völlig selbstverständlich hingenommen, dass
1719 Unterrichtstätigkeit – und einiges mehr – vorrangig von Honorarkräften durchgeführt wird. Unter
1720 ihnen prekär Beschäftigte, die gering vergütet, das Ausfall- und Krankheitsrisiko ebenso allein tragen
1721 wie die Kosten zu ihrer sozialen Sicherung. Ihr Einkommen erreicht nach Abzug aller Abgaben oft nur
1722 die Höhe von Geringverdienern; viele müssen „aufstocken“! Damit ist Altersarmut vorprogrammiert.
1723 Sie können sie nicht die Bedingungen ihrer Arbeit und ihres Einkommens kollektiv aushandeln;
1724 Mitbestimmungsfunktionen sind ihnen weitgehend versperrt.

1725 Durch eine verlässliche und deutlich höhere Finanzierung der Erwachsenen- und Weiterbildung
1726 können mehr feste Stellen und tarifliche Bezahlung ermöglicht bzw. entsprechend hohe Honorare
1727 mit sozialer Absicherung (wieder) eingeführt werden.

1728 Wir fordern

- 1729 • dass die Kommunen und die zuständigen Personalvertretungen den Status der
1730 **Scheinselbstständigen** als arbeitnehmerähnlich Beschäftigte anerkennen.
- 1731 • Bei längerfristigen Angeboten und Maßnahmen sind den Honorarkräften feste bzw. zeitlich
1732 befristete Stellen zu **tariflichen Konditionen** anzubieten.
- 1733 • Den **Selbstständigen**, die das bleiben möchten, ist ein Honorar pro Unterrichtsstunde von
1734 **mindestens 36 €** zu zahlen; der Mindestlohn nach dem Branchen-Tarifvertrag Weiterbildung
1735 kann hier keine Anwendung finden.
- 1736 • **Mehr Stellen** zu schaffen für Festangestellte mit tariflicher Entlohnung nach dem TVöD. Das
1737 setzt voraus, dass Maßnahmen- und Kurskosten mit realistischen, tariflichen Personalkosten
1738 kalkuliert und ausgeschrieben werden und die Förderung entsprechend ausgerichtet wird.
1739 Die Mehrkosten sind nicht auf die Teilnehmenden abzuwälzen.

- 1740 • Möglichkeiten einer effektiven und wirkungsvollen Interessenvertretung und
1741 **Mitbestimmung** sind (wieder) einzuführen für das Personal und die Teilnehmenden in der
1742 Weiterbildung. (vgl. den Policy Brief 03/2016 des WSI zum Thema „Solo-Selbständigkeit in
1743 Deutschland – Aktuelle Reformoptionen“)

1744 **Studierende und Hochschulen vor Ort fördern!**

1745 Hochschulpolitik ist keine kommunale Aufgabe, aber die Studierenden und auch die Hochschule sind
1746 vor Ort. DIE LINKE vernachlässigt weder die Studierenden noch die Hochschulen.

- 1747 • Wohnen: DIE LINKE nimmt Wohnmöglichkeiten für Studierende vor Ort in den Blick und
1748 unterstützt Studierendenwerke beim Bau. Kommunaler Boden kann hierzu in Erbpacht
1749 vermietet werden, um der Wohnungsnot entgegen zu wirken.

- 1750 • Verkehrsanbindung: Bei der kommunalen Verkehrsplanung muss nicht nur die Anbindung an
1751 den ÖPNV gewährleistet sein, sondern auch die Abstimmung der Taktzeiten auf die
1752 Hochschulbedürfnisse.

- 1753 • Studierenden-Card: DIE LINKE will für die Teilhabe an kulturellen und sportlichen Angeboten
1754 auch für Studierende ermöglichen.

1755

1756 **Thema: Kunst und Kultur**

1757 Die Zusammensetzung unserer Gesellschaft ist in einem starken Wandel begriffen. Kunst und Kultur
1758 sind für LINKE Kommunalpolitik essenzieller Bestandteil des Lebens aller Menschen. Der
1759 Kulturauftrag des Landes NRW und seiner Kommunen genießt nach Art. 18 der Landesverfassung
1760 NRW Verfassungsrang. Kunst und Kultur dürfen aber nicht Zeitvertreib einiger Weniger sein, sondern
1761 an Kultur müssen alle teilhaben können – unabhängig von Alter, Geschlecht oder ethnischer
1762 Herkunft.

1763 **Die Teilhabe an Kunst und Kultur, die wir wollen, ist:**

- 1764 • integrativ
- 1765 • zugänglich für Alle unabhängig von finanziellen Mitteln Einzelner
- 1766 • vielfältig
- 1767 • bildend

1768 **Worauf wir dabei setzen?**

- 1769 • institutionelle Förderung
- 1770 • Sozialtarife für einkommensschwache Menschen
- 1771 • ermäßigte Gebühren für Volkshochschulkurse
- 1772 • kostenfreie Nutzung öffentlicher Bibliotheken

1773 **Was wir dafür brauchen ist eine Kulturpolitik, die?**

- 1774 • geschlechtergerecht ist und kulturelle Vielfalt wertschätzt
- 1775 • ihrem Verfassungsauftrag gerecht wird
- 1776 • Erinnerungskultur fördert

1777 **Was das bringt?**

- 1778 • Förderung der Persönlichkeitsentwicklung
- 1779 • individuelle Bildung über den Schulbesuch hinaus
- 1780 • kulturelle Teilhabe für Alle

1781 **Was muss dafür getan werden?**

- 1782 • prekäre Beschäftigungsverhältnisse in der Kultur müssen abgeschafft werden
- 1783 • öffentlicher Bibliotheken, Theater, Archive, Museen und städtische Musikschule müssen
1784 erhalten bleiben
- 1785 • Zentren der Off- und Soziokultur müssen gefördert werden

1786 • Hochkultur und freie Kultur müssen gleichgesetzt werden

1787 Denn eine lebendige und multikulturelle Kulturszene ist die Grundlage für gelebte Demokratie und
1788 das soziale Miteinander in den Städten und Gemeinden unseres Landes.

1789 **Kunst und Kultur**

1790 Die Kommunen erhalten nach einem bestimmten Schlüssel Steuermittel für die kulturellen Aufgaben,
1791 die größeren Städte mehr, weil sie für das Umland größere und kostspieligere Kultureinrichtungen
1792 unterhalten sollen. Diese Schlüsselzuweisungen reichen allerdings nicht aus, um die vielfältigen
1793 kulturellen Aufgaben zu finanzieren. Die Mittel, die unsere Städte und Gemeinden für Kultur
1794 aufwenden, sind zudem höchst unterschiedlich. Insbesondere die Kommunen, die dem sogenannten
1795 Stärkungspaktgesetz unterliegen, geben unterdurchschnittlich wenig Geld für Kultur aus, weil die zur
1796 Verfügung stehenden Finanzmittel in den Schuldenabbau geleitet werden. So wird der
1797 Verfassungsauftrag unterlaufen.

1798 NRW war immer ein Einwanderungsland und bleibt es auch. Menschen aus anderen Ländern in der
1799 zweiten oder dritten Generation leben hier und sind Wandler*innen und Mittler*innen zwischen
1800 verschiedenen Kulturen. Das gilt in gleichem Maße für Geflüchtete. In den Großstädten NRWs wird
1801 bald jede*r zweite Einwohner*in einen Migrationshintergrund haben. In der Jugendbevölkerung ist
1802 dieser Anteil bereits erreicht oder wird sogar überschritten. Alle Menschen sind uns willkommen und
1803 mit ihnen auch ihre vielfältige und unterschiedliche Kultur.

1804 Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Kulturpolitik, sich dieser wachsenden kulturellen Vielfalt zu
1805 öffnen, sie zu beleuchten, zu fördern und den Kulturschaffenden eine Möglichkeit der Präsentation
1806 zu geben. Eine lebendige Kulturpolitik muss gewährleisten, schaffenden Künstler*innen und
1807 Denker*innen, egal woher sie kommen, eine Plattform des Austauschs zu bieten, die den
1808 freiheitlichen Diskurs und das Beisammensein ermöglicht. Kultur kann ohne integrative Bestandteile
1809 nicht funktionieren.

1810 **Kulturschaffende**

1811 Der überwiegende Teil der Menschen, die beruflich mit Kultur zu tun haben, werden schlecht bezahlt
1812 und arbeiten unter prekären Bedingungen. Frauen und Menschen mit einem anderen kulturellen
1813 Hintergrund sind in den Führungspositionen der Kultureinrichtungen und der Kulturverwaltungen
1814 weit unterrepräsentiert, obwohl gerade sie besonders zur kulturellen Vielfalt und kulturellen
1815 Entwicklung beitragen könnten. Achtzig Prozent der Tätigen im Kultursektor sind weiblich, wobei die
1816 leitenden Positionen überwiegend von Männern besetzt sind.

1817 **LINKE Kommunalpolitik fordert:**

1818 • nachhaltige und auskömmliche Finanzierung der Kunst- und Kulturschaffenden

1819 • geschlechtergerechte Besetzung aller Stellen im Kultursektor, insbesondere bei leitenden
1820 Positionen

1821 • Lohnfairness zwischen Frauen und Männern bei gleichwertiger Arbeit

1822 • Festanstellung von Künstler*innen an Schulen, Musikschulen und Volkshochschulen

1823 • institutionelle Förderung von Künstler*innen und Kultureinrichtungen, statt ausschließlicher
1824 Projektförderung; kommunale Beratungsangebote zur Projektförderung

1825 • Gleichsetzung der Hochkultur mit der freien Off- und Subkultur bei der Projektförderung

1826 • demokratische Verteilung von Spenden und Sponsorengeldern

1827 **Kulturelle Teilhabe im Sinne einer umfassend inklusiven Kultur für alle Menschen**

1828 Teilhaben an Kultur heißt nicht nur preiswerte Theater- oder Konzertkarten, ermäßigte Gebühren für
1829 Volkshochschulkurse oder die kostenfreie Nutzung der öffentlichen Bibliothek. Teilhabe an Kultur
1830 beinhaltet auch, selbst aktiv werden zu können, sein eigenes kreatives Potential zu entdecken und
1831 entwickeln zu können, unabhängig von Bildung und Einkommen. Der Zugang zu Kunst und Kultur ist
1832 individuell unterschiedlich. Finanzielle Hindernisse sowie soziale und bildungsmäßige Unterschiede
1833 existieren weiterhin.

1834 Kulturelle Bildung beginnt institutionell in den Kinder-Tagesstätten, findet im Schulalltag statt und
1835 begleitet die Bürger*innen in der Erwachsenenbildung und in den Kultureinrichtungen. Sie bietet
1836 einen wesentlichen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung. Kulturelle Angebote müssen für
1837 Menschen aller Altersgruppen zugänglich sein – unabhängig von ihrer sozialen Lage, einer
1838 Beeinträchtigung oder ihrer ethnischen Herkunft.

1839 **LINKE Kommunalpolitik fordert:**

1840 • kostenfreie Zugänglichkeit zu Museen und Ausstellungen als Träger öffentlichen Kulturgutes

1841 • freier Eintritt in Theater und Oper für Leistungsbezieher*innen (SGB II, SGB XII, Rentner*innen)

1842 • kostenfreie musische Förderung von Kindern von Leistungsbezieher*innen über das Bildungs-
1843 und Teilhabepaket und andere Projekte, wie den Kulturrucksack, hinaus

1844 **Kultureinrichtungen und Orte der Erinnerungskultur in Städten und Gemeinden**

1845 Öffentliche Kulturförderung wird wie viele Leistungen der allgemeinen Daseinsvorsorge in den
1846 Städten und auch in ländlichen Gemeinden zusammengestrichen, obwohl Kultur sich besonders und
1847 unmittelbar auf die Lebensqualität auswirkt. Bibliotheken, Musikschulen, Theater und Museen
1848 müssen mit immer knapper werdenden finanziellen Mitteln auskommen. Daran ändert auch das vom
1849 Land verabschiedete Kulturfördergesetz nichts. Daher ist es eine wichtige Aufgabe linker
1850 Kommunalpolitik, in den Stadt- und Gemeinderäten auf die Bedeutung von Kunst und Kultur für den
1851 Zusammenhalt der Gesellschaft zu verweisen und die erforderlichen finanziellen Mittel zu fordern.

1852 Kultur bestimmt die Art, wie wir leben, unseren privaten Alltag bis zum sozialen Miteinander im
1853 öffentlichen Raum, bestimmt die Gestalt unserer Städte und unsere Vorstellung von menschlichem
1854 Leben, bestimmt, was wir hören, sehen, fühlen und schmecken. Kunst bedeutet Schönheit,
1855 Wahrheit, den Erhalt und die Verwirklichung menschlichen Daseins. Kunst ist frei und darf nicht
1856 politisch instrumentalisiert werden.

1857 Die Aufgabe von Kulturpolitik geht aber darüber hinaus. Sie ist eine Querschnittsaufgabe, die
1858 Stadtplanungs- und Integrationspolitik, Bildungs- und Jugendpolitik, Sozial- und Wirtschaftspolitik
1859 gleichermaßen betrifft. Sie ist dem Erhalt der schöpferischen Leistungen, aber auch dem Erhalt des
1860 Gedächtnisses der Menschheit, den Archiven, Zentren der Erinnerungskultur und Gedenkstätten
1861 verpflichtet, und sie muss darauf ausgerichtet sein, die Menschen von heute zu ermächtigen, ihre
1862 Leben, ihre Gewohnheiten und ihre Zukunft selbst zu gestalten. Der Förderung von Soziokultur,
1863 selbstverwalteten Bürger*innen- und Jugendzentren, der eigenen kulturellen Betätigung von Laien,

1864 von der Herstellung von Kleidung über Malen und Singen sowie Erzählen der eigenen Geschichte bis
1865 zur Theaterarbeit muss ein breiter Raum und eine große finanzielle Unterstützung gewährt werden.

1866 **LINKE Kommunalpolitik fordert:**

1867 • Erhalt Öffentlicher Bibliotheken, Theatern, Archiven, Museen und städtischer Musikschulen

1868 • Erhalt und institutionelle Förderung von Zentren der Off- und der Soziokultur

1869 • Bereitstellung von Ausstellungs- und Proberäumen für die freie Szene (Nutzung von
1870 Leerständen)

1871 • Schaffung von Präsentationsmöglichkeiten für Künstler*innen

1872 • Verhinderung der Streichung von Zuschüssen für örtliche Kunst- und Kulturvereine

1873 • Pflege der Orte der Erinnerungskultur

1874 • Stärkung von Initiativen, die sich aktiv mit Erinnerungskultur auseinandersetzen

1875 • Bereitstellung von Freiflächen für Graffiti

1876 **Thema: Sport**

1877 Sportliche Betätigung leistet einen wichtigen Beitrag zu Gesundheit, Gemeinschaft und kultureller
1878 Teilhabe – von einfachen Übungen im Vorschulalter und dem Schulsport über sportliche Betätigung
1879 während der Berufsjahre bis hin zu qualifizierter Bewegung im Alter. Die Sportvereine sind in den
1880 meisten Kommunen Nordrhein-Westfalens die Vereine mit den höchsten Mitgliederzahlen. Fast 30%
1881 der Menschen in Deutschland sind Mitglied in einem Sportverein. Viele betätigen sich auch ohne
1882 Verein regelmäßig sportlich. Diese Zahlen machen deutlich, welchen Stellenwert der Sport in der
1883 Bevölkerung hat. Zudem sind die Förderung von Toleranz und Akzeptanz statt Rassismus und
1884 Ausgrenzung sowie Gewaltprävention für viele Sportvereine wichtige Ziele.

1885 **Die Teilhabe an Sport die wir wollen, ist:**

- 1886 • inklusiv
- 1887 • barrierefrei
- 1888 • demokratisch

1889 **Worauf wir dabei setzen?**

- 1890 • kommunale Hilfestellungen
- 1891 • eine „Initiative Vereinssport“
- 1892 • transparente, kommunale Sportentwicklungs- und Investitionspläne
- 1893 • bezahlbare Nutzungsentgelte für Alle

1894 **Was wir dafür brauchen ist eine Kultur- und Sportpolitik, die?**

- 1895 • neben dem Leistungssport auch den Breitensport und besonders die sportliche Bestätigung
1896 von Menschen mit Beeinträchtigungen fördert
- 1897 • die sportliche Betätigung aller Geschlechter fördert und niemanden ausgrenzt
- 1898 • Konzepte für Menschen jeden Alters fördert
- 1899 • Schwimmen als Überlebentechnik anerkennt

1900 **Was das bringt?**

- 1901 • Förderung der Persönlichkeitsentwicklung
- 1902 • Stärkung des Gemeinschaftssinns
- 1903 • Prävention
- 1904 • Erhalt der Gesundheit

1905 **Was muss dafür getan werden?**

- 1906 • das Ehrenamt muss gestärkt und als gesellschaftlicher Beitrag anerkannt werden

- 1907 • Förderrichtlinien für die Sportvereine müssen gemeinsam mit den Vereinen bzw.
1908 Sportbünden erarbeitet werden
- 1909 • kommunale Sport- sowie Schwimmstätten müssen erhalten, modernisiert und bei Bedarf
1910 aus- oder neu gebaut werden
- 1911 • Kommunen fördern und finanzieren gemeinnützige Gesundheitszentren, die allen zur
1912 Verfügung stehen
- 1913 **Sport ist Lebensqualität**
- 1914 Die Kommunen, Landkreise, Städte und Gemeinden haben eine wichtige Aufgabe beim Erhalt der
1915 kommunalen Infrastruktur. Sporthallen, Sportplätze und Schwimmbäder müssen den Schulen und
1916 Vereinen, aber auch vereinslosen Sporttreibenden in Privatliga- oder Betriebssport-Teams in
1917 ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Der Zugang zu öffentlichen Sportstätten muss jedem
1918 Menschen möglich sein. Denn Sport- und Freizeiteinrichtungen sind wichtig für Gesundheit, Erholung
1919 und Entspannung.
- 1920 Weil er Treffpunkt und für viele ein Mittelpunkt gesellschaftlichen Lebens ist, leistet der Sport auch
1921 eine hervorragende Arbeit bei der Integration von Menschen unterschiedlicher Herkunft und
1922 unterschiedlicher Kulturen. Sowohl im Breiten- als auch im Leistungssport zeigt sich das deutlich.
- 1923 Besondere Angebote für Mädchen und Frauen, wie z.B. Mädchenfußball-Teams oder
1924 Selbstverteidigungskurse, sind ein wichtiger Beitrag zu Förderung der Selbstbestimmung. Auch
1925 beteiligen sich Sportvereine an Konzepten und Maßnahmen zur Gewaltprävention.
- 1926 Es ist deshalb falsch, wenn Kommunen unter dem Druck der Nothaushalte als erstes im
1927 Sporthaushalt zu kürzen versuchen. Darüber hinaus dürfen nicht noch mehr Schwimmbäder
1928 geschlossen werden. Denn Schwimmen zählt nicht nur zu den besonders gesunden Sportarten,
1929 sondern ist auch gleichzeitig Überlebenstechnik.
- 1930 Insbesondere für den Hochleistungssport mit seinen nationalen und internationalen Wettbewerben
1931 sind intakte und moderne Sportstätten notwendig, ebenso zur Talentförderung. Hier gilt für LINKE
1932 Kommunalpolitik: Es muss Zugangsmöglichkeiten zum Hochleistungssport für alle geben, aber auch
1933 einen barrierefreien Zugang für Menschen mit Behinderungen.
- 1934 **LINKE Kommunalpolitik tritt ein für**
- 1935 • Kostenloser Eintritt für Schwimmbäder und deutlich ermäßigte Sozialtarife für alle Menschen,
1936 die staatliche Transferleistungen erhalten
- 1937 • Nutzungsentgelte für städtische Sportanlagen für den Vereinsbreitensport abschaffen
- 1938 • den Erhalt und Ausbau wohnortnaher Sportstätten, die für Alle barrierefrei zugänglich sind
- 1939 • die Förderung der Teilnahme Aller an sportlicher Betätigung; Sport kann und muss einen
1940 Beitrag zur Inklusion leisten
- 1941 • die besondere Förderung der Teilnahme von Mädchen und Frauen am Sport
- 1942 • die kommunale Förderung der Einrichtung von Gesundheitszentren durch die Sportvereine mit
1943 besonderen Angeboten für Berufstätige, für ältere Menschen, Migranten und Menschen mit
1944 Behinderungen

- 1945 • transparente, kommunale Sportentwicklungs- und Investitionspläne sowie Förderrichtlinien für
1946 die Sportvereine, die gemeinsam mit den Vereinen bzw. Sportbünden erarbeitet werden
- 1947 • besondere Förderung von Vereinen und Projekten mit hohen Anteilen von Kindern,
1948 Jugendlichen, Migranten und einkommensschwachen Menschen
- 1949 • kommunale Hilfestellung und Beratung für Sportvereine bei der Erarbeitung von
1950 Förderanträgen für Investitionen und Projekte an Land und Bund
- 1951 • eine „Initiative Vereinssport“ nach dem Vorbild der Stadt Iserlohn, wo die Stadt für jedes Kind,
1952 das eingeschult wird, ein Jahr den Beitrag für einen Sportverein übernimmt
- 1953 • die öffentliche Anerkennung des sportlichen Ehrenamtes und seine Förderung als sozial
1954 wichtige Arbeit im Rahmen öffentlicher Beschäftigungsmaßnahmen; die steuerliche
1955 Absetzbarkeit ehrenamtlichen Aufwandes (u.a. der Kilometerpauschale)
- 1956 • die Förderung der Einrichtung und des Erhalts von Anlagen und Flächen für Trendsportarten
1957 wie Skaten oder Parcours
- 1958 • Erhalt, Weiterentwicklung und Förderung von Fanprojekten, die sowohl präventiv als auch die
1959 gewaltbereite aktive Fanszene begleitend arbeiten, in Kooperation mit den entsprechenden
1960 Sportvereinen

1961 **Kinder- und Jugendpolitik**

1962 Die Armut von Kindern und Jugendlichen verharrt seit Jahren auf einem hohen Niveau. In NRW leben
1963 fast 570.000 Kinder und Jugendliche von Hartz IV, 800.000 leben unter der Armutsgrenze. In kaum
1964 einem anderen hochindustrialisierten Land hängen die Chancen auf ein erfülltes und selbst
1965 bestimmtes Leben so eng mit den finanziellen Verhältnissen im Elternhaus zusammen. Deswegen ist
1966 eine gute soziale Infrastruktur eine wesentliche Voraussetzung, um Chancengleichheit zu
1967 ermöglichen und allen Kindern und Jugendlichen Perspektiven zu eröffnen. Aber daran mangelt es.

1968 **Die Kinder- und Jugendpolitik, die wir brauchen, ist:**

- 1969 • am Kindeswohl orientiert
- 1970 • dem Kampf gegen Kinderarmut verpflichtet
- 1971 • eine Politik für die gesamte Familie

1972 **Worauf wir dabei setzen?**

- 1973 • Gebührenfreie Kitas für alle Kinder
- 1974 • Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen
- 1975 • gleichberechtigte Zugänge zu Bildungs- und Freizeitangeboten

1976 **Was wir dafür brauchen sind Konzepte, die**

- 1977 • den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für Familien garantieren
- 1978 • Familien mit geringem oder keinem Einkommen unterstützen
- 1979 • Kindern und Jugendlichen Zukunftsperspektiven bieten
- 1980 • eine gute Lebensgrundlage für Familien an ihrem Wohnort schaffen

1981 **Was das bringt?**

- 1982 • bessere Chancen, Teilhabe und Gesundheit für alle Kinder und Jugendliche
- 1983 • Vereinbarkeit von Beruf und Familie für beide Elternteile sowie Alleinerziehende

1984 **Was muss dafür getan werden?**

- 1985 • es müssen ausreichend öffentlich-geförderte, insbesondere kommunale Kitaplätze
1986 geschaffen werden
- 1987 • Tagespflege-Personen müssen besser qualifiziert werden
- 1988 • die Erzieher*innen-Ausbildung in städtischen Berufskollegs muss ausgebaut werden
- 1989 • Praktikumsplätze im Rahmen der praxisorientierten Ausbildung und des Anerkennungsjahres
1990 müssen eingerichtet werden

- 1991 • ein Sozialpass, der kostenlosen Zugang zu kommunalen Einrichtungen wie Schwimmbädern,
1992 Bibliotheken, Theater etc. ermöglicht, muss eingeführt werden
- 1993 • mehr beitragsfreie Mitmachangebote in Kultur, Bildung, Sport und Freizeit müssen aufgelegt
1994 werden
- 1995 • kostenlose und ganztägige Freizeit- und Ferienangebote der Städte und Gemeinden für
1996 Kinder in den Schulferien und darüber hinaus müssen vorgehalten werden
- 1997 • Beratungsangebote müssen erhalten bleiben
- 1998 **LINKE Kitapolitik bedeutet: „Gute, gebührenfreie Kitas für alle“**
- 1999 In den Kommunen entscheiden die Jugendhilfe-Ausschüsse und Gemeinderäte über die kurz-, mittel-
2000 und langfristige Ausbauplanung der Kindertages-Betreuung, über neue Kitas, neue Kita-
2001 Trägerschaften, die Ausgestaltung von Tagespflege u.v.m. Außerdem sind sie Träger von
2002 Berufskollegs, welche die händeringend gesuchten Erzieher*innen ausbilden, die in ihren
2003 gemeindeeigenen Kitas auch Praktikumsplätze im Rahmen der praxisintegrierten Ausbildung
2004 anbieten können.
- 2005 Trotz des seit 2013 bestehenden Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem
2006 Jahr sind verlässliche, gute Ganztagsangebote in Kitas nach wie vor Mangelware. Steigende
2007 Geburtenraten haben vielerorts dazu geführt, dass die Betreuungsquoten trotz des U3-Platzausbaus
2008 stagnieren oder sogar rückläufig sind. Gerade für Unter-Dreijährige gibt es zu wenige Kita-Plätze, der
2009 Ausbau stockt, besonders Eltern junger Kinder werden mit Tagespflegeplätzen abgespeist. Viele
2010 Eltern wünschen sich anstelle von Tagespflege von Anfang an einen Kitaplatz für ihre Kinder. Gründe
2011 sind die bessere Vereinbarkeit mit dem Beruf und die Vorteile frühkindlicher Bildung.
- 2012 **Die LINKE tritt ein für**
- 2013 • öffentlich geförderte, insbesondere kommunale Kita-Plätze für alle Kinder, deren Eltern das
2014 wünschen, von Anfang an
- 2015 • den Ausbau von U3-Plätzen in Kitas entsprechend den Wünschen der Eltern, um die
2016 Betreuungsquote trotz steigender Geburtenzahlen zu erhöhen
- 2017 • Kita-Neubau durch kommunale Bauträger statt durch Privatinvestoren, an die keine
2018 Grundstücksvergabe stattfinden sollte. Kitagebäude sollten der Kommune gehören. Teure
2019 Mietverträge mit Investoren gehören auf den Prüfstand
- 2020 • ausreichend öffentlich-geförderte Kitaplätze insbesondere in kommunaler Trägerschaft. Zwar
2021 ist auch eine Trägervielfalt wünschenswert, Kriterien der U3-Platzvergabe müssen aber
2022 transparenter gemacht werden.
- 2023 • den Ausbau der Erzieher*innen-Ausbildung in städtischen Berufskollegs und die Einrichtung
2024 von Praktikumsplätzen im Rahmen der praxisorientierten Ausbildung und des
2025 Anerkennungsjahres
- 2026 • der Rechtsanspruch des Kindes auf Tagesbetreuung gilt unabhängig vom Erwerbstatus der
2027 Eltern, dem Elternwunsch ist möglichst zu entsprechen. Erwerbslose Familien systematisch auf
2028 25-Std.-Plätze oder ans Ende der Wartelisten in Kitas und Tagespflege zu verweisen, ist keine
2029 Lösung

- 2030 • für inklusive Kitas muss die Versorgung mit multiprofessionellen Teams mit Therapeut*innen
2031 langfristig gesichert sein
- 2032 • eine kostenlose und hochwertige Essensversorgung für alle Kinder in der gebührenfreien
2033 öffentlichen Kindertagesbetreuung
- 2034 • die Abschaffung von Kita-Beiträgen landesweit. Solange dies nicht realisiert ist, wollen wir eine
2035 landesweite Beitragssatzung, die Kinder Erwerbsloser, Alleinerziehender, Geflüchteter und
2036 Geringverdiener beitragsfrei stellen und erst bei mittleren Einkommen einsetzen. Solange auch
2037 dies nicht verwirklicht ist, sollten die kommunalen Beitragssatzungen erst bei mittleren
2038 Einkommen einsetzen.
- 2039 Die Tagespflege verkommt vielerorts zu einer „Billiglösung“, auf die Kommunen im Zuge des U3-
2040 Ausbaus setzen, wenn neue Kitas zu teuer oder wegen fehlender Grundstücke nicht realisierbar sind.
2041 Sie ist für Eltern mancherorts teurer und weniger verlässlich (wenn Tagespflegepersonen krank
2042 werden), nicht immer der Entwicklung von Kindern förderlich und kann Kindeswohlgefährdung
2043 begünstigen, wenn Überforderungssituationen entstehen. Für die Tagesmütter und -väter stellt
2044 Tagespflege eine häufig unterbezahlte, selbstständige und wenig zukunftsplanbare Arbeit dar.
2045 Besonders Großtagespflegen werden als Dumping-Kitas ohne Qualitätsstandards vielerorts
2046 ausgebaut, zumal Außenflächen und Fachkräftegebote dort nicht nötig sind. Besonders
2047 problematisch sind die Qualifikationsvoraussetzungen: Nötig für eine Tagespflegeerlaubnis ist nur
2048 eine 160-stündige Ausbildung, Fortbildungen sind nicht verpflichtend. Die insgesamt schlechten
2049 Rahmenbedingungen schlagen sich häufig auf die Betreuungsqualität nieder zu Lasten der Förderung
2050 der U3-Kinder. Die meisten Eltern wünschen sich aus diesen Gründen einen Kita- und keinen
2051 Tagespflegeplatz.
- 2052 **Die LINKE setzt sich vor Ort ein für**
- 2053 • den Ausbau von wohnortnahen Kita-Plätzen und ggf. den Rückbau von Tagespflegeplätzen
2054 entsprechend der Elternwünsche
- 2055 • die Anhebung von Qualifikationsstandards in der Tagespflege sowie den verbindlichen Einsatz
2056 von Fachkräften in Großtagespflegen
- 2057 • die Qualifikation von Tageseltern ist erheblich auszubauen und die fachliche Begleitung der
2058 Tageseltern durch das Jugendamt und örtliche Träger ist zu verbessern
- 2059 • private Zuzahlungen der Eltern müssen von den Kommunen unterbunden und Tageseltern
2060 existenzsichernd entlohnt werden
- 2061 **Zukunftschancen für Kinder, Jugendliche und Familien**
- 2062 Die Zusammensetzung von Familien, in denen Kinder aufwachsen, hat sich inzwischen verändert.
2063 Neben der traditionellen Familiendefinition leben Kinder und Jugendliche in Patchwork-Familien,
2064 eingetragenen Lebenspartnerschaften oder mit einem Elternteil. Der Anteil von Alleinerziehenden,
2065 die mit Kindern in gleichem Haushalt leben, ist stark gestiegen. In Großstädten NRWs lebt jedes
2066 dritte Kind in einer Familie mit Migrationshintergrund – in einzelnen Stadtteilen jedes zweite. Wir
2067 sehen in diesen vielfältigen Formen von Familien eine Bereicherung für das Zusammenleben.
- 2068 Kinder und Jugendliche sind für uns eigenständige Persönlichkeiten. Sie benötigen in allen
2069 Lebenssituationen gesicherte Angebote an qualifizierter Kinderbetreuung, Schule, kultureller Bildung,
2070 Freizeit- und Sportmöglichkeiten und Zukunftsperspektiven.

2071 Die Anzahl junger Menschen, die mit ihren Eltern von Hartz IV-Leistungen leben, ist mit rund 20%
2072 landesweit und bis zu 33% in einzelnen Ruhrgebietskommunen skandalös hoch – hinzu kommen jene
2073 Kinder aus Haushalten mit Kinderzuschlag, Wohngeldbezug oder von sogenannten Aufstocker*innen.
2074 Kinder aus armen Verhältnissen sind vom frühen Kindesalter an benachteiligt und haben vielfach
2075 höhere Risiken, so dass man auch von Kinderarmut als struktureller Kindeswohlgefährdung sprechen
2076 kann. Ein Hauptziel der Kinder- und Jugendpolitik muss daher die präventive Bekämpfung der
2077 Kinderarmut vor Ort werden. Dabei zählen Taten und nicht Lippenbekenntnisse.

2078 Statt einer Familienpolitik vor allem für Gutverdienende stehen für uns die Familien im Mittelpunkt,
2079 die kein oder nur ein geringes Einkommen haben. Wir wollen diese Familien schützen vor Armut
2080 jeglicher Art. Dies bedeutet für uns auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Jede Familie muss
2081 die Möglichkeit haben, mit ihren Kindern Ausflüge zu machen. Nur so können Kinder, unabhängig
2082 vom Geldbeutel der Eltern, gleichberechtigt mit anderen aufwachsen.

2083 Wir LINKE setzen uns daher ein für eine verbesserte Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung
2084 durch den Ausbau der Krippen, Kitas und Ganztageschulen. DIE LINKE vor Ort kämpft für einen
2085 Sozialpass, damit künftig mehr Familien und Alleinerziehende mit ihren Kindern günstigere
2086 Eintrittspreise in vielerlei Einrichtungen in Anspruch nehmen können.

2087 **Um für Familien mit Kindern eine gute Lebensgrundlage an ihrem Wohnort zu schaffen, setzt sich**
2088 **DIE LINKE ein für:**

- 2089 • einen Sozialpass, der Familien eine stärkere Teilnahme am kulturellen und sozialen Leben in
2090 ihrer Kommune ermöglicht
- 2091 • kostenlose und ganztägige Freizeitangebote der Städte und Gemeinden für Kinder in den
2092 Schulferien und darüber hinaus, damit Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
2093 erleichtert wird
- 2094 • mehr beitragsfreie Mitmachangebote in Kultur, Bildung, Sport und Freizeit für Kinder, die unter
2095 den schwierigen Lebensbedingungen einer Familie oder eines alleinerziehenden Elternteils in
2096 der Grundsicherung aufwachsen
- 2097 • ein ausreichendes Angebot an gutem und bezahlbarem Wohnraum für Familien
- 2098 • eine Wohnumfeld-Gestaltung mit geringer Feinstaubbelastung, verkehrsberuhigten Straßen
2099 und bedarfsgerechten Spielplätzen. Mittel für Stadtentwicklung, Spielplatzausbau und Grün-
2100 und Freiflächen müssen v.a. in benachteiligte Sozialräume und ihre Aufwertung fließen
- 2101 • den Erhalt und Ausbau von Beratungsangeboten für Familien;
- 2102 • den Erhalt und den Ausbau von Familienberatungsstellen und der Erziehungshilfe
- 2103 • Hilfen zur Erziehung unabhängig von Haushaltssperren und -deckeln, insbesondere präventive
2104 Angebote wie Beratung für Kinder und Jugendliche ausbauen statt kürzen
- 2105 • zielgruppengerechte Informationen für Kinder, Jugendliche und Familien zu allen Hilfs- und
2106 Beratungsangeboten
- 2107 • die Anpassung der Beratungs- und Hilfeleistungen des Allgemeinen Sozialdienstes an den
2108 steigenden Bedarf und die höhere Komplexität der Fälle

- 2109 • den Erhalt oder Ausbau der Beratungsstellen der „frühen Hilfen“ um Prävention leisten zu
2110 können und horrenden Folgekosten im Sozialbereich nachhaltig zu sparen

2111 **Teilhabe und Gesundheit für alle Kinder und Jugendlichen**

2112 Kinder- und Jugendgesundheit für alle zu fördern, ist eine öffentliche Aufgabe. Kinder mit
2113 chronischen Erkrankungen wie Diabetes, Asthma oder Krebs benötigen besondere Unterstützung,
2114 um ihr Recht auf Persönlichkeitsentfaltung, Bildung, Freizeit und Kultur wahrnehmen zu können.
2115 Zudem ist Armut mit vielen schwerwiegenden gesundheitlichen Risiken verbunden, wovon in
2116 besonderer Weise Kinder betroffen sind. In Nordrhein-Westfalen lebt fast jedes vierte Kind unterhalb
2117 der Armutsgrenze. DIE LINKE tritt dafür ein, dass diese Kinder auch gesundheitlich nicht
2118 zurückbleiben müssen, denn sie tragen erhöhte Gesundheitsrisiken.

2119 Die Hartz IV-Regelsätze reichen bei weitem nicht aus, um Kindern und Jugendlichen die
2120 gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft (Kino, Sportveranstaltungen und vieles mehr) zu
2121 ermöglichen. Krankheitskosten sind nicht vorgesehen, gesunde Ernährung ist faktisch nicht
2122 finanzierbar. Folgen der Armut sind häufig gesundheitliche Probleme, hürdenreiche Bildungszugänge
2123 und gesellschaftliche Isolation. Die Entwicklungschancen armer Kinder werden damit massiv
2124 eingeschränkt. Gesundheitsdienste sollten in Schulen und Kitas generell zur Verfügung stehen. Das
2125 Ziel sollte sein, auf diese Weise präventiv über mögliche Erkrankungen zu informieren und
2126 sensibilisieren.

2127 **Was tun?**

- 2128 • breitenwirksame Programme für Bewegung und gesunde Ernährung
- 2129 • öffentlich finanziertes gesundes Essen in Kindertagesstätten und Schulen
- 2130 • Angebot von Lebensmitteln aus ökologischem und vorrangig regionalem und saisonalem
2131 Anbau in Kitas und Schulen sowie in anderen öffentlichen Einrichtungen, die Verpflegung
2132 anbieten (Unis, Krankenhäuser, Altenheime, Reha-Kliniken, JVA's)
- 2133 • Angebot von täglich mindestens einem vegetarischen oder veganen Menü in allen öffentlichen
2134 Einrichtungen
- 2135 • mehr niedrigschwellige Programme zur Suchtprävention und therapeutische Maßnahmen für
2136 suchtmittelkonsumierende Kinder und Jugendliche
- 2137 • strukturelle Verzahnung der Kinder- und Jugendpsychiatrie mit der Jugendhilfe
- 2138 • Aufbau eines Schul- und Kita-Gesundheitsdiensts, in dem Fachkräfte Kinder mit
2139 gesundheitlichen Problemen unterstützen, bei Entwicklungshindernissen präventive
2140 Maßnahmen nach Beratung und Hilfestellung für die Eltern Präventionsangebote einleiten

2141 **Für die Rechte der Jugend!**

2142 Kinder und Jugendliche besitzen wie junge Erwachsene ein Grundrecht auf Gleichstellung und auf
2143 Teilhabe. Dennoch wird Kinder- und Jugendpolitik mit dem Verweis auf leere Kassen vernachlässigt,
2144 Angebote werden abgebaut und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe gekürzt. Besonders
2145 präventive Angebote wie dringend benötigte Jugendzentren sind von kommunaler Kürzungspolitik
2146 bedroht. DIE LINKE tritt diesem „Sparen am falschen Ort“ in den Kommunalgremien entgegen, um
2147 gleichberechtigte Zugänge zu Bildungs- und Freizeitangeboten für alle Kinder und Jugendliche zu
2148 erhalten.

2149 Kinder und Jugendliche brauchen partizipativ gestaltbare Freiräume und nicht-kommerzielle Spiel-,
2150 Sport- und Freizeitgelegenheiten. Dennoch fallen solche lebensweltlich orientierten und präventiv
2151 wirkenden Lernorte und Teilhabemöglichkeiten häufig dem Sparzwang zum Opfer. Gerade Kinder
2152 und Jugendliche aus armen Familien werden so in ihrer Freizeitgestaltung massiv benachteiligt. Die
2153 Politik vor Ort berücksichtigt immer weniger ihre Bedürfnisse und entscheidet an ihnen vorbei. Dabei
2154 sind aufgrund der zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung in Arm und Reich wohnortnahe
2155 kostenfreie Angebote für Kinder und Jugendliche unverzichtbar.

2156 **Die LINKE tritt ein für:**

2157 • die besondere Förderung von Kinder- und Jugendeinrichtungen in sozial belasteten Stadtteilen.
2158 Selbstverwaltete Räume (Alternative- und Jugendzentren) wollen wir stärken. Entsprechende
2159 Angebote sollen ausreichende Sach- und Personalausstattung mit mehr Struktur- und weniger
2160 Projektförderung erhalten. Jede Stadt und größere Gemeinde sollte ein entsprechendes
2161 Angebot vorhalten

2162 • die besondere Förderung von (barrierefreien) Spielplätzen in sozial belasteten Gebieten, die
2163 von Kindern und Jugendlichen partizipativ mitgestaltet werden. Dies schließt auch Freiflächen
2164 als zwanglose Treffpunkte für Jugendliche, außerschulische Lernorte und die Öffnung aller
2165 Schulhöfe als Spiel- und Aufenthaltsräume ein

2166 • Erhalt und Ausbau von Streetwork und Angeboten der mobilen Jugendarbeit

2167 • die Nutzung von Sportplätzen und -hallen sowie Schwimmbädern unabhängig von einer
2168 Vereinszugehörigkeit. Kommunale Schwimmbäder mit niedrigen Preisen und kostenfrei
2169 nutzbare Sportstätten müssen erhalten bleiben

2170 • einen Kinder- und Jugendrat auf kommunaler Ebene mit Vertretungsrecht in den örtlichen
2171 Parlamenten und dessen Beteiligung an allen kinder- und jugendrelevanten kommunalen
2172 Entscheidungen mit Stimm- und Rederecht

2173 • das Herabsenken des Wahlalters bei Bürgerbegehren und -entscheiden sowie
2174 Kommunalwahlen auf 14 Jahre

2175 • ausreichende personelle und finanzielle Unterstützung kultureller Jugendinitiativen wie
2176 kostenlose Probe- und Versammlungsräume sowie gebührenfreier Zugang zu technischem
2177 Equipment und Musikinstrumenten

2178 • bedarfsgerechte Angebote der Kinder- und Jugendkultur als verpflichtender Bestandteil im
2179 Kinder- und Jugendförderplan

2180 • kostenlosen Eintritt für Kinder und Jugendliche bei allen kommunalen Angeboten

2181 • kostenlose Monatstickets für alle Kinder und Jugendliche unabhängig von der Entfernung
2182 zwischen Schule und Wohnort

2183 • eine zehnpromtente Ausbildungsquote für städtische Betriebe und Verwaltungen einschließlich
2184 Übernahmegarantie, Praktikums-Vergütungen in städtischen Betrieben und Verwaltungen

2185 • die Schaffung von kommunalen Aus- und Weiterbildungsverbänden unter Beteiligung der
2186 örtlichen Stellen wie Berufsschulen, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Kammern und
2187 Stadtverwaltung. Jobcenter sollen sich verpflichten, den Auszug von Jugendlichen unter 25
2188 Jahren aus einer Bedarfsgemeinschaft generell zu genehmigen.

2189 **Thema: Senior*innenpolitik**

2190 Hohe Lebenserwartung ist ein großer und erstrebenswerter zivilisatorischer Wert. Um den Chancen
2191 der gewonnenen Jahre gerecht zu werden, kommt es auch darauf an, die räumlichen
2192 Rahmenbedingungen für eine älter werdende Bevölkerung bedarfsgerecht auszugestalten und die
2193 Alten zu motivieren, sich aktiv an der Gestaltung ihres räumlichen Umfeldes zu beteiligen. Dies
2194 betrifft alle Ebenen: Die Region, die Gemeinde, das Viertel, das Wohnumfeld und die Wohnung.
2195 Dabei geht es nicht nur darum, ältere Menschen in die Gestaltung ihres Lebensraumes
2196 einzubeziehen, sondern auch darum, ihre Kenntnisse zum Nutzen des Gemeinwesens zu aktivieren.
2197 Die kommunale Ebene bietet dazu eine Fülle von Ansätzen und Erfahrungen.

2198 **Die Senior*innenpolitik, die wir wollen, ist:**

- 2199 • bedarfsgerecht
- 2200 • ent-diskriminierend
- 2201 • solidarisch

2202 **Worauf wir dabei setzen?**

- 2203 • die Gemeinde für alle Generationen
- 2204 • die Stadt der kurzen Wege
- 2205 • Wahlfreiheit

2206 **Was wir dafür brauchen sind demografische Konzepte, die**

- 2207 • der Trennung der Generationen entgegenwirken
- 2208 • den Senior*innen die Teilhabe am sozialen und wirtschaftlichen Leben weiter ermöglichen
- 2209 • eine eigenständige Lebensgestaltung bis ins hohe Alter gewährleisten

2210 **Was das bringt?**

- 2211 • mehr inter-generationeller Austausch
- 2212 • mehr Lebensqualität im Alter
- 2213 • Alternssensibilität in allen Bevölkerungsgruppen

2214 **Was muss dafür getan werden?**

- 2215 • Nahversorgungsangebote müssen flächendeckende niedrigschwellig und bedarfsgerecht sein
- 2216 • Mobilität muss fahrscheinlos und barrierefrei nutzbar gemacht werden
- 2217 • Servicebrücken zwischen Jugend und Alter müssen auf kommunaler Ebene institutionalisiert
2218 werden
- 2219 • das Lebensumfeld muss bedarfsgerecht gestaltet werden

2220 • Wohnprojekte für Senior*innen-Wohngemeinschaften müssen gefördert werden

2221 • Mehrgenerationen-Häuser müssen gefördert werden

2222 Die Kommunen benötigen insgesamt mehr Sensibilität für die Anforderungen, die das Altern mit sich
2223 bringt. Eine solche Alternssensibilität wird zunehmend zu einem Faktor, der Attraktivität und
2224 Zukunftschancen von Kommunen mitbestimmt.

2225 **Gutes Leben und Gesundheit im Alter für alle Senior*innen**

2226 Die Altersarmut nimmt auch in NRW in einem erschreckenden Ausmaß zu. Jede zweite Rente in
2227 Deutschland liegt unter 900 € vor Steuern nach Abzug von Kranken- und Pflegeversicherung, wie eine
2228 kleine Anfrage von DIE LINKE ergab. Nach wie vor fehlt bei der Mütterrente noch ein halber
2229 Rentenpunkt pro Kind für Kinder, die vor 1992 geboren wurden. Der durchschnittliche Zahlbetrag
2230 der Altersrenten nach mindestens 35 Versicherungsjahren beträgt in NRW 1.467 € für Männer und
2231 1.009 € für Frauen abzüglich der Kranken- und Pflegeversicherung. Damit hat NRW die größte
2232 Differenz aller Bundesländer bei den Bruttorenten zwischen Männern und Frauen. Die Unterschiede
2233 sind durch zahlreiche Gründe erklärbar wie z.B. Kindererziehungszeiten, fehlende Kitaplätze, Pflege
2234 von Angehörigen, Teilzeit, geringere Löhne u.v.m. Offenbar ist das Bild vom Mann als Haupternährer
2235 der Familie noch immer wirksam.

2236 Deutschland ist weltweit Schlusslicht in der Alterssicherung von Geringverdienenden. Umso
2237 wichtiger ist es, für einen politischen Kurswechsel zu streiten und vor Ort Alternativen aufzuzeigen
2238 und umzusetzen. Die Lebenserwartung vieler Menschen steigt zwar, wird aber nach wie vor von
2239 sozialen Unterschieden geprägt. Menschen mit geringem Einkommen oder in prekären
2240 Beschäftigungsverhältnissen haben in Deutschland eine geringere Lebenserwartung als sozial besser
2241 gestellte Bevölkerungsgruppen. Hinzu kommt, dass die Armutsgefährdung von Menschen über 65
2242 Jahren zunimmt und aktuell bei 17,7 % liegt. Die wachsende Zahl der von Armut betroffenen
2243 Menschen, insbesondere in den Ballungszentren, kann von den überwiegend unterfinanzierten
2244 Kommunen nicht bewältigt werden. Statt Service-Leistungen auszubauen, bleiben Stellen unbesetzt.
2245 Ehrenamtliches Engagement kann diese Lücke nur sehr unzureichend schließen, um so ein "gutes
2246 Leben" im Alter sicherzustellen. Wer eine gute städtische Infrastruktur für alle Menschen haben will,
2247 der muss sie auch finanzieren können und wollen. Die Städte und Gemeinden für diese Zwecke mit
2248 ausreichenden finanziellen Mitteln auszurüsten, sollte zu den vordringlichsten sozialen Aufgaben des
2249 Bundes gehören.

2250 **In der alternden Bevölkerung die gesellschaftlich-demografische Dynamik nutzen**

2251 „Steigende Lebenserwartung bedeutet mehr Krankheit und Pflege?“ Falsch! Die Gesundheit der
2252 Bevölkerung kann nicht nur anhand der Lebenserwartung beurteilt werden. Gesundheitliche
2253 Einschränkungen und chronische Behinderungen im Alter haben im Vergleich zu früheren Jahren
2254 abgenommen. Ein Schlaganfall oder Herzinfarkt werden dank des medizinischen Fortschritts heute
2255 häufiger überlebt. Beeinträchtigungen durch diese Erkrankungen werden seltener, und sie können
2256 mit modernen technischen und medizinischen Hilfsmitteln besser ertragen werden. Insgesamt hat
2257 das Risiko, pflegebedürftig zu werden, in Deutschland abgenommen und wird in den kommenden
2258 Jahren und Jahrzehnten weiter abnehmen, entgegen anderslautender Behauptungen.

2259 Das Ziel muss sein, das Verhältnis der Generationen produktiv, gerecht und solidarisch zu gestalten,
2260 der Trennung der Generationen entgegenzuwirken und eine Situation herbeizuführen, in der die
2261 Angehörigen unterschiedlicher Altersgruppen den unterschiedlichen Stärken der Lebensphasen
2262 entsprechende Beiträge zum gesellschaftlichen Leben einbringen und ihr Leben dementsprechend
2263 gestalten können. Dazu bedarf es einer entsprechend ausgerichteten Arbeits-, Beschäftigungs- und

- 2264 Gesundheitspolitik. So kann die demografische Alterung zur gesellschaftlichen Dynamik, der
 2265 notwendigen Erneuerung beitragen. Das gelingt, wenn die Betroffenen für sich selbst sprechen
 2266 können.
- 2267 Grundsätze der nachhaltigen Regional- und Stadtentwicklung sollen nicht die spezifisch
 2268 „altersgerechte“, sondern die „alternssensible“ Stadt und Region als Leitziel der Stadtentwicklung
 2269 sein: Die Gemeinde für alle Generationen. Dazu zählen die „Stadt der kurzen Wege“
 2270 (Multifunktionalität), ein dichtes Netz des öffentlichen Personennahverkehrs, Bürgerbus (Mobilität)
 2271 und Barrierefreiheit (Zugänglichkeit).
- 2272 Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung älterer Menschen in Arbeit, Politik und
 2273 Gesellschaft sind dringend erforderlich. Sie müssen dafür sorgen, dass die Einladung an die
 2274 wachsende Zahl älterer Bürger*innen sich weiterhin am wirtschaftlichen und sozialen Leben zu
 2275 beteiligen, glaubwürdig wird.
- 2276 Die Chancen der einzelnen Person bis ins hohe Alter zur Selbstverwirklichung und zur eigenständigen
 2277 Lebensgestaltung müssen verbessert werden.
- 2278 **Was tun?**
- 2279 • Kommunen finanziell so ausstatten, dass sie ihren Aufgaben in vollem Umfang gerecht werden
 2280 können
 - 2281 • Leitbild für Stadt- und Gemeindeentwicklung „Ort der kurzen Wege“: Förderung der Mobilität
 2282 durch gut ausgebauten fahrscheinlosen ÖPNV, Bürgerbusse
 - 2283 • Lebensumfeld bedarfsgerecht gestalten, Barrierefreiheit auf allen Fußwegen
 - 2284 • Ausleuchtung von Wegen zur Vermeidung von Angst, angepasste Mobilitätshilfen (technische
 2285 Assistenzsysteme)
 - 2286 • flächendeckend niedrighschwellige und bedarfsgerechte Nahversorgungsangebote, die eine
 2287 selbständige Lebensführung im Alter unterstützen.
 - 2288 • Wahlfreiheit beispielsweise zum Verbleib im gewohnten Wohnumfeld
 - 2289 • bedarfsgerechter (barrierefreier) Bau und Ausbau von Wohnformen, die selbständiges Wohnen
 2290 bei körperlichen Einschränkungen ermöglichen
 - 2291 • Förderung von bezahlbaren Wohnprojekten für Senioren-Wohngemeinschaften und von
 2292 Mehrgenerationenhäusern
 - 2293 • passgenaue Bewegungs- und Rehabilitationsangebote
 - 2294 • Unterstützung der zentralen Funktion des Hausarztes zur Verbesserung der Gesundheit
 2295 (regelmäßige Kontrolle von Blutdruck, -fettwerten, -zucker, Risikofaktoren und pathologische
 2296 Veränderung frühzeitig erkennen und behandeln
 - 2297 • strukturell verankerte Förderung nachbarschaftlichen Engagements, Selbsthilfe-
 2298 Organisationen, des ehrenamtlichen Bereichs (Politik, Sport, Kultur u.v.a.)

- 2299 • institutionalisierte Ansprech- und Koordinationspersonen vor Ort wie z.B. durch
2300 Ombudspersonen in Wohnquartieren, was ein Schutz vor kriminellen Übergriffen und
2301 betrügerischen Machenschaften sein kann
- 2302 • Schaffung, Erhalt und Ausbau von inter-generationalen Projekten wie der „Taschengeld-Börse“
- 2303 Erforderlich ist, die immer noch in unseren Köpfen und in der Öffentlichkeit lebendigen Bilder von
2304 herkömmlichen Lebenswegen und von einem einseitig negativ geprägten Altern zu verändern. Denn
2305 solche Bilder sind enorm einflussreich, wenn es um unsere Lebensplanung und um unsere
2306 Lebensentscheidungen geht. Sie prägen das, was sich Menschen zutrauen, und haben sehr starken
2307 Einfluss auf tatsächliche Leistungsfähigkeit und Lebenszufriedenheit, ja sogar auf die Lebensdauer
2308 selbst.

2309 **Gleichberechtigung und Gerechtigkeit für alle Geschlechter**

2310 Eine gerechte Gesellschaft beginnt mit einer konsequenten Gleichstellungspolitik, die Frauen
2311 gleichberechtigte Teilhabe im Beruf, in der politischen Aktivität, in der Bildung und in der
2312 öffentlichen Wahrnehmung sichert und sie vor Diskriminierung und Gewalt schützt.
2313 Benachteiligungen wie der nach wie vor bestehende Lohnunterschied von mehr als 20 Prozent, der
2314 geringe Anteil von Frauen in Positionen mit Entscheidungsmacht, sexistische Behandlung und
2315 Menschenrechtsverletzungen sind kein Zufall, sondern Folgen gesellschaftlicher
2316 Herrschaftsstrukturen, die überwunden werden müssen. Deshalb reicht Gleichstellung allein uns
2317 nicht aus.

2318 **Die Geschlechtergerechtigkeit, die wir wollen:**

- 2319
- geht die ganze Gesellschaft etwas an
- 2320
- betrifft die Gleichstellung von Frauen, Männern, Transmenschen und Intersexuellen
- 2321 gleichermaßen

2322 **Worauf wir dabei setzen?**

- 2323
- ein gleichberechtigtes Gesellschaftsmodell
- 2324
- Aufklärungsarbeit in Bildungseinrichtungen

2325 **Was wir dafür brauchen ist ein Gesellschaftsmodell, das**

- 2326
- kein Geschlecht und keine sexuelle Orientierung als Norm betrachtet
- 2327
- die bisherigen patriarchalischen Herrschaftsstrukturen überwindet
- 2328
- die Sozialsysteme solidarisch anpasst
- 2329
- professionelle Sorgearbeit und personenbezogene Dienstleistungen aufwertet

2330 **Was das bringt?**

- 2331
- eine offene und tolerante Gesellschaft
- 2332
- eine gerechte Aufteilung bezahlter und unbezahlter Tätigkeiten
- 2333
- eine gesicherte Existenz außerhalb einer Partnerschaft sowie im Alter
- 2334
- eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung und Pflege

2335 **Was muss dafür getan werden?**

- 2336
- die Kommune muss mit gutem Beispiel vorangehen
- 2337
- Frauen- und Mädchenprojekte sowie Frauenhäuser müssen erhalten werden
- 2338
- sichere Treffpunkte für Mädchen und junge Frauen sowie für Lesben, Schwule, Trans- und
- 2339 Interpersonen müssen gefördert werden

2340 • Gleichstellungsbeauftragte müssen gegenüber Politik und Verwaltung gestärkt werden

2341 • Diskriminierung von Frauen und der LGBTIQ-Gemeinde muss durch Weiterbildung und
2342 Aufklärung entgegengewirkt werden

2343 Unsere Vorstellungen von geschlechtergerechter Politik gipfeln nicht in der Forderung, dass Frauen
2344 allein bequeme Chefsessel erobern, während Rassismus, soziale Kämpfe und Umweltkatastrophen
2345 unbearbeitet bleiben. Genau so wenig wollen wir, dass alle Menschen aller Geschlechter
2346 Niedriglohnjobs mit gleicher, mieser Bezahlung übernehmen „dürfen“.

2347 **Zeit, Geld und soziale Garantien für ein gutes Leben**

2348 Ein selbstbestimmtes Leben erfordert eigenständiges Bestimmen über vorhandene Zeit: für
2349 Erwerbsarbeit, Familie, Bildung und kulturellen Austausch – aber auch für politisches Engagement,
2350 ausreichende Erholung und Zeit für sich selbst. Das setzt einen der Tätigkeit angemessenen,
2351 existenzsichernden Lohn oder ein Einkommen voraus, das ein würdevolles Leben sichert und darüber
2352 hinaus ein anderes Gesellschaftsmodell.

2353 Der sofortige und nachhaltige Einstieg in eine Neubewertung aller gesellschaftlich erforderlichen
2354 Tätigkeiten ist durch konkrete politische Maßnahmen zu gewährleisten. Wir dürfen nicht länger
2355 hinnehmen, dass die geringe Anrechnung von Kindererziehung und Pflegezeiten bei der
2356 Rentenberechnung weiterhin zu Armutsrenten für Frauen beiträgt. In unseren Sozialsystemen ist
2357 eine veraltete und auf den Klischee-Mann bezogene Erwerbsbiografie von 45 Jahren Vollzeitarbeit
2358 der Maßstab. Damit werden die realen Lebenswege von Frauen und Männern in der heutigen Welt
2359 ignoriert und weggelogen – und damit Solidarität und Emanzipation verhindert. Eine Neubewertung
2360 kann nachhaltig angeschoben werden, indem alle bezahlten und unbezahlten Tätigkeiten gerecht
2361 zwischen den Geschlechtern und zwischen Erwerbslosen und Vollzeiterwerbstätigen aufgeteilt
2362 werden.

2363 Der erste mögliche Schritt in diese Richtung ist eine radikale Erwerbsarbeitszeitverkürzung auf
2364 zunächst 30 Wochenstunden, hin zu einer kürzeren Vollzeit und einer langen Teilzeit. Dabei ist nicht
2365 nur der volle Lohnausgleich, sondern auch die Gleichwertigkeit der Bezahlung zu sichern, und es
2366 müssen vielfältige familien- und bildungsfreundliche Arbeitszeitmodelle etabliert werden.

2367 • Wir fordern gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Die Ungerechtigkeit, dass in
2368 NRW Frauen um 23 Prozent schlechter bezahlt werden als Männer, ist zu beseitigen.

2369 • Der Gesetzgeber muss Tarifpartner gesetzlich verpflichten, Tarifverträge nach
2370 geschlechtergerechten Kriterien zu überarbeiten.

2371 • Die Einführung der 50-Prozent-Quote für den öffentlichen Dienst muss vom Gesetzgeber
2372 umgehend auf allen Ebenen und in allen Gehaltsgruppen (auch in Aufsichtsräten,
2373 Führungspositionen) eingeführt und in den Kommunen real umgesetzt werden.

2374 • DIE LINKE fordert ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft. Unternehmen, in denen
2375 Frauen, Männer oder andere Geschlechter in Bezahlung, Aufstieg und Verantwortung
2376 benachteiligt sind, müssen verbindliche Gleichstellungsmaßnahmen einführen.

2377 • Professionelle Sorgearbeit und personenbezogene Dienstleistungen (Kinderbetreuung, Pflege)
2378 müssen durch eine würdige Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen aufgewertet werden.

2379 • Für alle von Mehrfachdiskriminierung Betroffenen sind verbindliche Maßnahmen erforderlich,
2380 um diese Diskriminierungen aufzuheben.

2381 • Selbstbestimmung über den eigenen Körper und die eigene Lebenssituation ist zu garantieren.

2382 **Sicherheit vor Gewalt und Gewaltprävention**

2383 Der Schutz von Frauen, Kindern und anderen gefährdeten Menschen vor Gewalt muss auf
2384 kommunaler Ebene garantiert sein. Schutz und qualifizierte Hilfe in Bedrohungs- und
2385 Gefährdungssituationen durch Stellen wie Frauenhäuser und andere Schutzräume sowie
2386 Beratungsstellen muss sichergestellt sowie unbürokratisch und bedarfsgerecht zur Verfügung stehen.
2387 Dabei muss gewährleistet sein, dass diese Stellen unabhängig vom körperlichen Zustand,
2388 Aufenthaltsstatus oder der Lebenssituation von Betroffenen zugänglich sind. Eine bundeseinheitliche
2389 Finanzierung ist dafür unerlässlich, und diese Finanzierung muss auf kommunaler Ebene zuverlässig
2390 verteilt werden. Kommunen müssen entsprechende Zuschüsse gewährleisten. Opfer von
2391 Zwangsheiraten bedürfen besonderer Hilfe.

2392 • Schutz- und Hilfseinrichtungen sind einzelfallunabhängig, pauschal und verlässlich zu
2393 finanzieren. Das weit verbreitete und unzulängliche Finanzierungsmodell von Hilfsangeboten
2394 über Tagessätze muss endlich beendet werden. Die Finanzierung der Frauenhäuser ist
2395 Bestandteil einer Schutzpflicht und darf nicht länger eine freiwillige Leistung bleiben. Diese
2396 Forderungen sind längst Bestandteil internationaler Abkommen, welche die Bundesrepublik
2397 Deutschland ratifiziert hat, und für die sie in der Pflicht steht.

2398 • Die Politik trägt die Verantwortung dafür, dass staatliche Behörden wie Polizei, Gerichte und
2399 Ämter für das Thema Gewalt gegen Frauen sensibilisiert werden und das Gewaltschutzgesetz
2400 einheitlich umgesetzt wird. Besondere Aufmerksamkeit muss dem Umgangs- und Sorgerecht
2401 gelten, wenn Kinder als Zeugen oder selbst von Gewalt betroffen sind.

2402 • Alle Formen von Gewalt sind öffentlich zu verurteilen, und hinsichtlich der gesellschaftlichen
2403 Ursachen muss Aufklärung geleistet werden. Verherrlichung von Gewalt gegen Frauen in
2404 unterschiedlichsten Medien muss konsequent angeprangert und gesellschaftlich bekämpft
2405 werden

2406 **DIE LINKE fordert:**

2407 • die ausdrückliche Förderung und den Erhalt von Frauen- und Mädchenprojekten

2408 • die Förderung von sicheren Treffpunkten für Mädchen und junge Frauen

2409 • die Förderung von sicheren Treffpunkten für Lesben, Schwule, Trans- und Interpersonen

2410 • ein ausschließliches Teilnahme- und Entscheidungsrecht für Frauen in frauenspezifischen
2411 Fragen

2412 • besondere Maßnahmen zur gerechten Unterstützung Alleinerziehender aller Geschlechter vor
2413 Ort, unter anderem bei Wohnungsbeschaffung

2414 • Kinderbetreuung und Versorgung im Krankheitsfall

2415 • die Weiterentwicklung des von rechts diffamierten Prinzips Gender-Mainstreaming mit
2416 entsprechenden Zielvorgaben

- 2417 • die Einführung des Gender-Budgets nach den Kriterien sozialer Gerechtigkeit, der
2418 Geschlechtergerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit
- 2419 • die Stärkung von Gleichstellungsbeauftragten gegenüber Politik und Verwaltung
- 2420 • die Einrichtung eines Frauenausschusses mit Beteiligungs- und Kompetenzrechten gegenüber
2421 Rat, Bezirksvertretung und Verwaltung
- 2422 • den Ersatz von Mini-Jobs durch versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in den kommunalen
2423 Verwaltungen
- 2424 • die konsequente Umsetzung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ in den
2425 Verwaltungen
- 2426 • die systematische Förderung von Frauen und eine Selbstverpflichtung der Räte, Frauen in
2427 kommunalen Verwaltungen tatsächlich zu befördern
- 2428 • die Förderung des beruflichen Wiedereinstiegs von Frauen nach Ausfällen
- 2429 • flächendeckende Programme zur frauenspezifischen Gesundheitsvorsorge für alle Frauen,
2430 unabhängig von ihrer finanziellen Situation
- 2431 • Verhütungsmittel auf Rezept ohne Zuzahlung, ggf. Kostenübernahme durch die Kommune
- 2432 • eine sichere Stadt (Beleuchtung, Wege, sichere Parkplätze, Notrufeinrichtungen...)
- 2433 Als LINKE setzen wir uns auf kommunaler Ebene für folgende Maßnahmen ein:
- 2434 1. Wir lehnen jede Kriminalisierung von Prostituierten ab. Spielräume im Prostituiertenschutzgesetz
2435 von 2017 müssen so genutzt werden, dass es nicht zu Bußgeldern gegen Prostituierte kommt. Es
2436 sollen auch keine Gebühren von Prostituierten erhoben werden.
- 2437 2. Zu verhindern gilt es, z.B. unter Nutzung von Baurecht, dass ganze Bordellviertel entstehen.
- 2438 3. Für die Betroffenen bedarf es einer lokalen Infrastruktur mit niedrigschwelligen und kostenlosen
2439 Ausstiegs- und Unterstützungsangeboten. Dabei darf der Zugang zu Unterstützungsangeboten nicht
2440 von einer Entscheidung für den Ausstieg abhängig gemacht werden.
- 2441 Nötig sind insbesondere:
- 2442 • Kostenlose, freiwillige Gesundheits- und Rechtsberatungen durch die Gesundheitsämter und auf
2443 Wunsch kostenlose ärztliche Untersuchungen, auch für Menschen ohne Pass oder ohne
2444 Krankenversicherung
- 2445 • Verhandlungen mit den Krankenkassen bzgl. bezahlbarer Krankenversicherungstarife (ohne
2446 Aufschlag für die Tätigkeit in der Prostitution)
- 2447 • Schaffung von öffentlich geförderten Beschäftigungsprogrammen und Weiterbildungen (Nachholen
2448 eines Schulabschlusses/Ausbildungsabschlusses oder andere individuell zugeschnittene Angebote),
2449 nach Möglichkeit Anbindung an existierende Angebote
- 2450 • Vorhalten von Schutzwohnungen und wenn nötig Öffnung der lokalen Frauenhäuser für von
2451 Gewalt Betroffene aus der Prostitution.
- 2452 • Sicherstellung des Zugangs zu traumapsychologischen Angeboten und zu Sprachkursen

- 2453 • Langfristige Bleibeperspektive für alle Betroffenen unabhängig von Aussagebereitschaft in
2454 Gerichtsverfahren
- 2455 4. Auf kommunaler Ebene braucht es Fortbildungen über die Lebensbedingungen der Menschen in
2456 der Prostitution, über Menschenhandel und Trauma für alle Personen, die in irgendeiner Form mit
2457 Prostitution zu tun haben (beispielsweise Polizei, Mitarbeiter*innen der Gesundheitsämter,
2458 Finanzamt). Kommunen brauchen Sprachmittler*innen in den typischen Landessprachen, die
2459 ebenfalls thematisch geschult sein sollten. Bei Stellenbesetzungen sollte darauf geachtet werden,
2460 dass alle Mitarbeiter*innen, die mit Betroffenen in Kontakt kommen, über gute soziale Kompetenzen
2461 und Empathiefähigkeit verfügen. Schikanen gegen Prostituierte durch Verwaltungsmitarbeiter*innen
2462 müssen ausgeschlossen werden.
- 2463 5. Kommunen sollten runde Tische einrichten, in denen nicht nur Akteure der Verwaltung wie
2464 Ordnungsamt, Gesundheitsamt und Polizei zusammenkommen, sondern auch Akteure aus
2465 Finanzamt, Politik und Sozialarbeit.
- 2466 6. Kommunale Sexsteuern sollen abgeschafft werden, da diese eine Bereicherung öffentlicher
2467 Haushalte durch Prostitution darstellen. Das ist nicht akzeptabel.
- 2468 7. Werbung für Prostitution soll wie andere sexistische Werbung durch städtische Werbeverträge
2469 unterbunden werden.
- 2470 8. Kommunen sollten durch lokale Informationskampagnen dazu beitragen, die gesamte Gesellschaft
2471 über die Ursachen und Folgen der Prostitution aufzuklären und die Nachfrage nach Prostitution
2472 einzudämmen.
- 2473 9. Abschiebungen von Prostituierten und denjenigen, die aussteigen wollen bzw ausgestiegen sind,
2474 werden, wie auch alle anderen Abschiebungen abgelehnt, statt dessen werden Perspektiven für das
2475 Leben in Deutschland geschaffen.
- 2476 **Homophobie und Ausgrenzung von LGBTIQ* (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transpersonen,
2477 Intersex-Personen, andere queere Identitäten) bekämpfen**
- 2478 Geschlechtergerechtigkeit betrifft und hilft nicht nur Frauen, sondern allen Menschen, die aufgrund
2479 ihrer Sexualität oder geschlechtlichen Identität ausgegrenzt, gemobbt, bedroht oder gar gewaltsam
2480 angegriffen werden. Wissenschaftliche und statistisch belastbare Studien belegen, dass Offenheit
2481 und Aufklärungsstand an Schulen, was homosexuelle Partnerschaften und geschlechtliche
2482 Identitäten betrifft, rückläufig sind.
- 2483 Noch immer haben Menschen des LGBTIQ*-Spektrums gesetzlich nicht die gleichen Rechte und
2484 Möglichkeiten wie heterosexuelle Menschen, die sich mit dem Geschlecht identifizieren, das ihnen
2485 bei der Geburt von Eltern und Medizin zugewiesen wurde.
- 2486 Wir, DIE LINKE, kämpfen für eine echte Gleichstellung aller Menschen. Niemand darf aufgrund der
2487 eigenen Sexualität oder des eigenen Geschlechts diskriminiert werden. Damit das aber klappt, bedarf
2488 es dringender Aufklärung, Beratung und Hilfe in der Bevölkerung. Wir wollen, dass Aufklärungsarbeit
2489 schon in der Schule stattfindet – dort, wo die Vorurteile ihren Nährboden finden und sich für das
2490 ganze Leben verfestigen. Wir wollen, dass queere Jugendliche Hilfe in der Schule oder Kommune
2491 finden. Und dass diese Hilfe auch den Eltern oder Sorgeberechtigten zur Verfügung stehen muss.
- 2492

2493 **DIE LINKE will:**

- 2494 • eine qualifizierte Weiterbildung von Kontaktstellen und Vertrauenslehrkräften in Schulen und
2495 Berufsschule
- 2496 • Coming-Out-Hilfe zur Bewusstseinsstärkung in Sachen sexueller und geschlechtlicher Vielfalt
2497 und Selbstbestimmung
- 2498 • Jugendlichen durch qualifizierten Unterricht die Möglichkeit geben, sich ein authentisches und
2499 eigenes Bild zu machen, Stereotype auszuräumen und somit den Abbau von Diskriminierung
2500 sowie Mobbing fördern. Dies gilt für Schulen, Berufsschulen, Jugendzentren und andere
2501 Bildungseinrichtungen im kommunalen Bereich
- 2502 • finanzielle und personelle Absicherung kommunaler Beratungsstellen
- 2503 • besonders im ländlichen Bereich den Ausbau von regelmäßigen sowie sicheren Treffpunkten
2504 und Beratungsstellen (auch telefonisch und anonym) herbeiführen. Lösungen für Probleme im
2505 Bereich Coming-out, Gewaltübergriffe, Mobbing und Diskriminierung müssen verfügbar und
2506 zugänglich sein
- 2507 • obdachlosen jungen Menschen, die käuflichen Sex praktizieren, Unterkünfte mit einer
2508 qualifizierten Betreuung bieten

2509 **Selbstbestimmung und Teilhabe – für eine inklusive Gesellschaft**

2510 Seit zehn Jahren gilt die UN-Behindertenrechtskonvention. In dieser werden die Rechte von
2511 Menschen mit Behinderungen festgehalten. Die Kernaussage der Konvention ist: Im Mittelpunkt
2512 steht der Mensch. Sie fordert, den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Rechte und
2513 Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu
2514 gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern. Zwei Millionen
2515 schwerbehinderte Menschen leben in NRW, das sind zehn Prozent. Das Institut für Menschenrechte
2516 geht davon aus, dass rund 25 Prozent insgesamt längerfristige Beeinträchtigungen haben, die sie
2517 behindern. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und das gesellschaftliche Bewusstsein sind
2518 für diese Menschen so zu verändern, dass ein barrierefreies und inklusives Leben für Menschen mit
2519 Behinderungen gewährleistet ist.

2520 **Die Teilhabe an der Gesellschaft, die wir wollen, ist:**

- 2521 • barrierefrei
- 2522 • inklusiv
- 2523 • gleichberechtigt
- 2524 • selbstbestimmt

2525 **Worauf wir dabei setzen?**

- 2526 • die Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention

2527 Denn Teilhabe und gleichberechtigte Gestaltung an der Gesellschaft sind ein Menschenrecht.

2528 **Was wir dafür brauchen ist ein Teilhabekonzept, das**

- 2529 • bauliche, kommunikative, rechtliche, administrative und soziale Barrieren überwindet
- 2530 • gleiche Bedingungen für Menschen mit und ohne Behinderungen schafft

2531 **Was das bringt?**

- 2532 • ein selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung
- 2533 • eine vielfältige Gesellschaft

2534 **Was muss dafür getan werden?**

- 2535 • ein Inklusionsplan muss erarbeitet werden
- 2536 • Gründung von Behinderten-Beiräte
- 2537 • jede Kommune hat eine*n Gleichstellungsbeauftragte*n
- 2538 • Menschen mit Behinderung werden befähigt, über ein „Persönliches Budget“ zu verfügen
- 2539 • Barrierefreiheit in Sprache, Verwaltung, Verkehr, Institutionen, Wahlen analog und digital
2540 muss etabliert werden

2541 • Sondereinrichtungen werden abgeschafft oder umgewandelt

2542 • die kommunalen Jobcenter müssen einen inklusiven Arbeitsmarkt fördern

2543 **Inklusion ermöglichen, Sondereinrichtungen abschaffen oder umwandeln**

2544 Es gibt viele soziale Barrieren, die für Menschen mit und ohne Behinderungen politische
2545 Gestaltungsmöglichkeiten und soziale Teilhabe einschränken und verhindern. Nur wenn auch diese
2546 Barrieren fallen, ist eine inklusive Gesellschaft möglich. Die LINKE kämpft für das Recht aller
2547 Menschen auf volle Teilhabe und ein gutes Leben. Das schließt inklusive Bildung, reguläre Arbeit und
2548 selbstbestimmtes Wohnen in der Gemeinde ebenso ein wie Erholung, Kultur, Freizeitaktivitäten,
2549 Reisen und Sport.

2550 Alle Sondereinrichtungen, in denen Menschen mit Behinderungen separiert werden, müssen nach
2551 und nach abgeschafft oder umgewandelt werden. Dies gilt für Förderschulen, Werkstätten sowie
2552 Wohnheime für Menschen mit Behinderungen. Stattdessen muss es in der Regelschule, dem 1.
2553 Arbeitsmarkt oder im Wohnbereich genug Assistenz, Barrierefreiheit und ein barrierefreies Umfeld
2554 geben, damit selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen möglich ist. Dazu gehört
2555 auch ein neuer Blick auf Lernziele und Arbeit: Es geht um Teilhabe und nicht um höchstmögliche
2556 Leistung.

2557 Barrierefreiheit ist eine Voraussetzung für Inklusion. Eine inklusive Gesellschaft schließt alle
2558 Menschen ein, ob mit oder ohne Behinderungen. So profitieren von den Aufzügen in den Bahnhöfen
2559 zu den Bahnsteigen Menschen mit kleinen Kindern, Menschen mit viel Gepäck, Senioren*innen,
2560 Fahrradfahrer*innen und Menschen mit Behinderungen. Mit barrierefreier Sprache z.B. können alle
2561 Menschen eher und selbstständiger ihre Rechte kennenlernen und durchsetzen wie z.B. ihre Rente
2562 beantragen.

2563 **Wir fordern deshalb für unsere Kreise, Städte und Gemeinden in NRW:**

2564 • Erarbeitung und Erstellung eines Inklusionsplanes unter breiter Beteiligung der
2565 Selbsthilfegruppen und -organisationen der Menschen mit Behinderungen ohne
2566 Behinderungen gleichermaßen

2567 • Schulung von Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung und offensive Information der
2568 Verwaltung zum Persönlichen Budget, damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt
2569 wohnen, leben, lernen und arbeiten können

2570 • die Unterstützung von Initiativen und Förderung von öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen,
2571 um auf allen Ebenen der Gesellschaft einschließlich der Familie, das Verständnis für Menschen
2572 mit Behinderung zu erhöhen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu fördern

2573 • umfassende Barrierefreiheit bei Wahlen (Wahllokal, Wahlverfahren, Wahlmaterialien,
2574 Wahleinrichtungen)

2575 • Bildung von Behinderten-Beiräten in allen Kommunen, deren Mitglieder von den Betroffenen
2576 demokratisch gewählt werden.

2577 • Ernennung einer/s Inklusionsbeauftragte(n) in jeder Kommune, diese(r) soll u.a.
2578 Ansprechpartner*in für alle Bezugsgruppen sein

2579

2580 **Bauen, Wohnen und Verkehr**

- 2581 • flächendeckende Förderung der aufsuchenden Wohnraumberatung für Senior*innen und
2582 Menschen mit Behinderungen, damit sie die Möglichkeit haben, länger und selbstständig zu
2583 Hause wohnen können
- 2584 • systematische Überprüfung der öffentlichen Gebäude auf Barrierefreiheit unter Einbeziehung
2585 der Selbsthilfeorganisationen von Menschen mit Behinderungen
- 2586 • der Neubau sowie die Sanierung von kommunalen Gebäuden müssen ohne Ausnahme
2587 barrierefrei geschehen
- 2588 • Ausstattung der öffentlichen Gebäude und der kulturellen Einrichtungen mit Höranlagen
- 2589 • flächendeckender Ausbau von Leitsystemen für blinde und sehbehinderte Menschen im
2590 ganzen öffentlichen Raum
- 2591 • Ausstattung des ÖPNV sowie der Haltestellen mit Sprachausgabe
- 2592 • verbindlicher Ausbau der Haltestellen des Öffentlichen Nahverkehrs in Richtung
2593 Barrierefreiheit bis 2022
- 2594 • Umrüstung der Fahrzeuge des ÖPNV in Richtung Barrierefreiheit
- 2595 • Erstellung eines kommunalen Stadtplanes zu barrierefreien Einrichtungen

2596 **Bildung, Kultur und Arbeit**

- 2597 • Förderung der Inklusion in Kitas und Schulen durch bessere Sach- und Personalausstattung
- 2598 • Stadtbibliotheken barrierefrei ausbauen und erhalten sowie bedarfsgerecht mit barrierefreien
2599 Medien ausstatten, z.B. Bücher in Groß-Schrift, Hörbücher, Bücher in Leichter und Einfacher
2600 Sprache, Brailleschrift
- 2601 • Barrierefreiheit bei Kulturveranstaltungen und in kulturellen Einrichtungen
- 2602 • Schaffung von mehr Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Menschen mit Behinderungen in der
2603 Stadtverwaltung
- 2604 • Vergabe von städtischen Aufträgen an anerkannte Inklusionsbetriebe
- 2605 • Schaffung von Inklusionsabteilungen in kommunalen Unternehmen
- 2606 • Vergabe des Caterings von Schulen und öffentlichen Einrichtungen an anerkannte
2607 Inklusionsbetriebe
- 2608 • Förderung eines inklusiven Arbeitsmarktes durch die kommunalen Jobcenter

2609 **Gesundheit und Pflege**

- 2610 • „Daheim statt im Heim“ – diese Forderung ist umzusetzen durch eine Förderung des
2611 barrierefreien und sozialen Wohnungsneu- und -umbaus bei der kommunalen
2612 Wohnungsbaugesellschaft

- 2613 • Aufstockung des Personals der Heimaufsicht
- 2614 • Auflistung von barrierefreien Arztpraxen und medizinischen Einrichtungen; Erstellen einer
2615 kommunalen Karte von barrierefreien Gesundheitseinrichtungen (z.B. Arzt- und Physiopraxen,
2616 Apotheken, Hebammen, Krankenhäuser)
- 2617 **Beratung, Kommunikation und Information**
- 2618 • Schaffung einer barrierefreien und transparenten Verwaltung – vom Formular über die
2619 Webseite bis zum Gebäude
- 2620 • sämtliche von der Kommune zur Verfügung gestellten Dienste müssen barrierefrei sein
- 2621 • Herausgabe aller Schriftstücke der Verwaltung auch in leichter und einfacher Sprache, damit
2622 alle Bürger*innen ohne Hilfe ihre Leistungen erhalten können
- 2623 • Herausgabe von allen Dokumenten auch als Audiodatei
- 2624 • alle Sitzungen der kommunalen Gremien und die Sitzungsunterlagen müssen barrierefrei sein,
2625 einschließlich Gebärdensprach-Dolmetschen

2626 **Migration und Flucht: Integration sozial und menschlich angehen**

2627 Seit mehr 100 Jahren beherbergen das Rheinland und Westfalen Europas größte Industrieregion.
2628 Noch länger ist das Gebiet bereits ein Einwanderungsland. Ende des 19. / Anfang des 20.
2629 Jahrhunderts kamen Hunderttausende Pol*innen und Masur*innen ins Ruhrgebiet. Sowohl nach
2630 dem Zweiten Weltkrieg ab 1945 als auch nach der Wiedervereinigung seit 1990 sind
2631 hunderttausende Menschen zu uns gekommen. In den 1960er Jahren schloss die BRD im Namen der
2632 Industrie Anwerbeabkommen mit Ländern Südeuropas. Allein aus der Türkei kamen mehrere
2633 hunderttausend Arbeitsmigrant*innen, die mit ihren Familien hier heimisch wurden. Anfang der
2634 1990er Jahre erreichten uns viele Menschen, die vor den Kriegen in Jugoslawien geflohen waren.
2635 2015 und 2016 gab es einen Zustrom an Menschen vor allem über die Westbalkanroute in die EU. Im
2636 Zuge der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit zogen seit der Jahrtausendwende erneut Zehntausende
2637 Menschen aus Polen und seit 2014 vor allem auch Zehntausende Menschen aus Bulgarien und
2638 Rumänien nach NRW. Seit der Schließung dieses Fluchtwegs durch ein Abkommen mit dem
2639 türkischen Staat wagen Menschen immer wieder die gefährliche Flucht über das Mittelmeer. Sie alle
2640 sind uns willkommen, und es ist unsere Pflicht, ein sicherer Hafen für diese Menschen zu sein und
2641 ihnen die Chance auf vollständige Integration zu bieten.

2642 **Die Integration, die wir wollen, ist:**

- 2643 • menschenrechtskonform
- 2644 • solidarisch
- 2645 • anti-diskriminierend

2646 **Worauf wir dabei setzen?**

- 2647 • Integration durch Bildung
- 2648 • Integration durch Arbeit
- 2649 • Sozialräumliche Integrationsarbeit im Quartier
- 2650 • NRW-Kommunen als sichere Häfen
- 2651 • das Grundrecht auf Asyl

2652 Denn kein Mensch ist illegal!

2653 **Was wir dafür brauchen, ist ein Integrations-System, das**

- 2654 • eine menschenwürdige Unterbringung garantiert
- 2655 • Mehrsprachigkeit als Chance versteht
- 2656 • Rechte von Geflüchteten nicht gegen die anderer Menschen stellt
- 2657 • Hilfestellung und Unterstützung gewährt
- 2658 • Migranten*innen-Selbsthilfeorganisationen und Integrationsräte in politische
2659 Entscheidungen auf kommunaler Ebene miteinbezieht

2660 **Was das bringt?**

- 2661 • die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Migrant*innen
- 2662 • Integration, die keine Einbahnstraße ist

2663 **Was dafür getan werden muss?**

- 2664 • Kommunen müssen dem Bündnis „Städte sicherer Häfen“ beitreten
- 2665 • Kommunen müssen Geflüchtete dezentral und menschenwürdig unterbringen
- 2666 • kommunal angebundene Anti-Diskriminierungsstellen müssen geschaffen werden
- 2667 • Geflüchteten und Einwander*innen aus anderen EU-Staaten muss sofort nach ihrer Ankunft ermöglicht werden, Sprach- und Integrationskurse zu absolvieren
- 2668
- 2669 • Willkommens- und Intensivklassen müssen ausgebaut werden
- 2670 • ausländische Bildungs- und Berufs-Abschlüsse müssen schneller anerkannt werden

2671 **Kein Mensch ist illegal!**

2672 Flucht hat mehrere Gründe, einer davon ist Krieg. Menschen verlassen ihre Heimat zudem aus
2673 wirtschaftlicher Not. Darüber hinaus tragen auch die zunehmenden Auswirkungen des
2674 menschengemachten Klimawandels zu Wanderungsbewegungen bei. Menschen, die vor
2675 bewaffneten Konflikten und Kriegen fliehen, haben eine Chance auf Asyl. Das gilt aber nicht für
2676 Menschen, die aus wirtschaftlicher Not und vor Klimakatastrophen fliehen. Sie haben keine Chance
2677 auf Asyl und werden deshalb wieder abgeschoben.

2678 Doch nicht nur Kriege werden von den westlichen Staaten, der EU und Deutschland
2679 heraufbeschworen, auch wirtschaftliche Einflussnahme – unter anderem durch subventionierte
2680 Lebensmittel-Lieferungen und unfaire Freihandelsabkommen – ist an der Tagesordnung. Dadurch
2681 können in den betroffenen Ländern und Gebieten z.B. Lebensmittel für einen Bruchteil der
2682 einheimischen Preise angeboten werden. In der Folge verlieren Landwirt*innen ihre
2683 Existenzgrundlage. Im schlimmsten Fall kann dies auch zum wirtschaftlichen Zusammenbruch eines
2684 Landes führen. Auch der Klimawandel wurde und wird im Wesentlichen durch die Industrienationen
2685 verursacht. Jede Kommune, jedes Land, jeder Staat muss daher die Verantwortung tragen und den in
2686 anderen Ländern betroffenen Menschen ein sicheres und zukunftsfähiges Leben ermöglichen – egal
2687 ob in ihren Herkunftsländern oder bei uns in Deutschland und NRW.

2688 **Gleiche soziale und politische Rechte für Alle**

2689 Die Politik der vergangenen Jahre hat bei der Beseitigung des Investitionsstaus in den Kommunen
2690 ebenso versagt wie bei der Bekämpfung der zunehmenden Ungleichheit bei Einkommen, Vermögen
2691 und Bildungschancen. Überproportional betroffen sind dabei Migrant*innen. Die jahrzehntelange
2692 Verweigerung einer Einwanderungs- und Integrationspolitik gegenüber der ersten und zweiten
2693 Generation der Einwander*innen hat zu fortdauernden und kumulierten Benachteiligungen auch von
2694 jungen Menschen mit Migrationshintergrund geführt, die häufig aus Haushalten mit geringem oder
2695 keinem Erwerbseinkommen stammen. Diese Fehler dürfen nicht wiederholt werden.

2696 Mehr als zwei Millionen Menschen in NRW verfügen nicht über einen deutschen Pass. Um für
2697 langjährig hier lebende Migrant*innen gleiche Rechte und Aufenthaltssicherheit zu schaffen, bedarf

2698 es deshalb deutlicher Einbürgerungserleichterungen. Es ist undemokratisch, eine große Zahl von
2699 Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in unseren Kommunen haben, rechtlich zu Menschen
2700 zweiter Klasse zu machen. Statt Sonderregelungen und Erlasse gegen Migrant*innen fordern wir die
2701 volle rechtliche Gleichstellung durch erleichterte Einbürgerung und das Wahlrecht für alle Menschen,
2702 die hier dauerhaft leben. Ergänzt werden muss eine solche Politik durch einen konsequenten Ausbau
2703 des Diskriminierungsschutzes auf allen Ebenen. Wir wollen daher auf allen Ebenen diskriminierende
2704 und ausgrenzende Gesetze abschaffen. Auf Ebene des Bundes wollen wir die Kettenduldung
2705 abschaffen, damit alle Menschen in unserer Kommune einen sicheren Aufenthaltsstatus haben.
2706 Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen, die dauerhaft in unserer Kommune leben
2707 dort auch das Wahlrecht haben. Wir warten jedoch nicht nur auf Gesetzesänderungen im Bund. Auch
2708 vor Ort ist einiges möglich.

2709 **Was tun?**

- 2710 • kommunale Unterstützung bei der Beantragung von Doppel- und Mehrfach-
2711 Staatsangehörigkeiten erleichtern
- 2712 • Sozialräumliche Integrationsarbeit als ein zentraler Bestandteil der Stadtentwicklung
- 2713 • Beratungsstellen zur Heranführung von Neuzugewanderten an die sozialen Regelsysteme und
2714 zur Arbeitsmarktsintegration: mit herkunftssprachlichen Berater*innen
- 2715 • Bleiberechtsregelung für geduldete und illegalisierte Menschen
- 2716 • Schaffung von kommunal angebotenen Anti-Diskriminierungsstellen
- 2717 • Förderung der Selbstorganisationen von Migrant*innen
- 2718 • Gleichstellung der Integrationsräte mit anderen Ausschüssen
- 2719 • kommunale Finanzierung von Dolmetscher*innen für alle Behördengänge
- 2720 • Einbeziehung von Migranten*innen-Selbsthilfeorganisationen in die Entscheidung und die
2721 Politik der Kommunen

2722 **Für menschenwürdige Unterbringung**

2723 Die Unterbringung von zugewiesenen Asylsuchenden und Geduldeten auf kommunaler Ebene liegt in
2724 der Zuständigkeit der Kommunen. Obwohl die Unterbringung in Wohnungen nicht nur
2725 menschenwürdiger, sondern fast immer auch günstiger ist als in Sammelunterkünften, sieht das
2726 Asylgesetz aktuell vor, dass Asylsuchende in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht
2727 werden sollen. Häufig bedeutet das: Leben in Mehrbettzimmern ohne Rückzugsmöglichkeiten, mit
2728 Gemeinschaftsbädern und Gemeinschaftsküchen. Von Geflüchteten mit eigenem Einkommen
2729 verlangen die Kommunen trotz dieser schlechten Verhältnisse teilweise Nutzungsgebühren, die
2730 höher sind als die Kosten für eine reguläre Wohnung mit ortsüblicher Miete. Das erzwungene
2731 Zusammenleben mit vielen fremden Menschen auf engstem Raum ohne Privatsphäre stellt für die
2732 Betroffenen eine hohe Belastung dar. Solche Wohnverhältnisse erschweren die gesellschaftliche
2733 Teilhabe und Integration und widersprechen auch den Empfehlungen des Sachverständigenrates der
2734 Bundesregierung. Daher tritt DIE LINKE für die dezentrale Unterbringung in Wohnungen ein. Wo
2735 kommunale Sammelunterkünfte existieren, müssen sie möglichst menschenwürdig gestaltet sein.
2736 Insbesondere ist wichtig, dass sie aus abschließbaren Wohneinheiten mit eigener Küche und
2737 sanitären Einrichtungen bestehen.

2738 **Was tun?**

- 2739 • verbindliche Mindeststandards für die Unterbringung, um den teilweise eklatanten
2740 Missständen entgegenzuwirken und Beschwerdestellen, bei denen Verstöße gegen die
2741 Standards gemeldet werden können

- 2742 • Ersatz großer Gemeinschaftsunterkünfte durch kleinere Einrichtungen mit abgetrennten
2743 Wohneinheiten, die sich in die Wohnumgebung einfügen und nicht als Fremdkörper wirken

- 2744 • menschenrechtskonforme Gestaltung der Hausordnungen, um das Recht auf Unverletzlichkeit
2745 der Wohnung (Art. 13 GG) auch in Gemeinschaftsunterkünften abzusichern

- 2746 • Nutzung aller kommunalen Spielräume für die Unterbringung in Wohnungen, nicht nur bei
2747 traumatisierten und besonders schutzbedürftigen Geflüchteten

- 2748 • Abschaffung überhöhter Nutzungsgebühren, die von Bewohner*innen der
2749 Gemeinschaftsunterkünfte verlangt werden, sobald sie ein eigenes Einkommen haben

- 2750 • Erstellung von Gewaltschutzkonzepten für kommunale Gemeinschaftsunterkünfte

- 2751 • Bekämpfung von Immobilienhain, die vor allem mit Schrottimmobilien auf die Ausbeutung
2752 von Neuzugewanderten abzielen

2753 **Integration durch Bildung**

2754 Das Erlernen der deutschen Sprache ist eine wichtige Voraussetzung für eine gleichberechtigte
2755 Teilhabe am Berufsleben, an Bildung und Kultur sowie an gesellschaftlichen und politischen
2756 Entscheidungsprozessen. Kinder mit Migrationshintergrund müssen – wie alle Kinder –
2757 höchstmöglich qualifiziert werden. Insbesondere Sprachförderangebote müssen für alle Kinder mit
2758 entsprechendem Bedarf stattfinden.

2759 Die Mehrsprachigkeit von Kindern mit Migrationshintergrund soll als Chance verstanden und
2760 gefördert werden. Kinder mit einer natürlichen Mehrsprachigkeit haben einen Anspruch auf eine
2761 Förderung, die ihrer persönlichen Situation gerecht wird. Wir wollen an den Schulen ausreichende
2762 personelle und sachliche Ressourcen schaffen, um dies flächendeckend sicherzustellen. Wir setzen
2763 uns dafür ein, die Herkunftssprache als zweite Fremdsprache anzuerkennen und in Schulen als offene
2764 Angebote für alle Schüler*innen anzubieten.

2765 Das bestehende Integrationskurs-System ist in vielerlei Hinsicht verbesserungsbedürftig. Es müssen
2766 mehr finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um eine faire Bezahlung der Lehrkräfte und eine hohe
2767 Qualität der Kurse zu ermöglichen. Zudem müssen Geflüchtete mit Duldung, Asylsuchende und
2768 Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus einbezogen werden.

2769 **Wir wollen**

- 2770 • ein Sofortprogramm zur Aus- und Weiterbildung von zusätzlichen Lehrkräften, die Deutsch als
2771 Zweitsprache unterrichten, um dem gestiegenen aktuellen Bedarf gerecht werden zu können;
2772 in allen Lehramtsstudiengängen mit dem Unterrichtsfach Deutsch und allen Germanistik-
2773 Studiengängen muss Deutsch als Zweitsprache als verpflichtendes Modul aufgenommen
2774 werden, Module der interkulturellen Pädagogik muss es in allen Lehramtsstudiengängen geben

- 2775 • eine bedarfsgerechte Erstausrüstung an Schulbedarf für alle Kinder; Willkommens- bzw.
- 2776 Intensivklassen sind in allen Schularten auszubauen; dies muss mit der Einstellung zusätzlicher
- 2777 Lehrkräfte, die Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache unterrichten, sowie von
- 2778 Schulsozialarbeiter*innen und psychologischen Beratungskräften einhergehen; geflüchtete
- 2779 Schüler*innen müssen schnellstmöglich in das Regelschulsystem integriert werden

- 2780 • die Schulpflicht für alle Kinder und Jugendliche frühzeitig und unabhängig vom
- 2781 Aufenthaltsstatus, gleiches gilt für den Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung; die
- 2782 bestehenden Kapazitäten sind entsprechend noch stärker auszubauen, damit die Versorgung
- 2783 quantitativ wie qualitativ für alle Kinder verbessert werden kann

- 2784 • vermehrte Angebote zum Nachholen eines Schulabschlusses an einer berufsbildenden Schule
- 2785 auch für Geflüchtete, die nicht mehr der allgemeinen Schulpflicht unterliegen

- 2786 • Quereinstiege in die Schul- und Bildungslaufbahn müssen erleichtert werden

- 2787 • allen eingewanderten und geflüchteten Menschen unmittelbar kostenlose Sprachkurse zur
- 2788 Verfügung stellen

- 2789 • Integrationslehrer*innen fest anstellen und fair bezahlen

- 2790 • Integrationskurse für Geflüchtete unabhängig vom Aufenthaltsstatus anbieten

- 2791 • die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen erleichtern

2792 **Bleiberecht**

2793 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Kommune alle rechtlichen Spielräume nutzt, um

2794 Abschiebungen zu verhindern. Die Kommunen sollen ein von den Ausländerbehörden unabhängiges

2795 Beratungsangebot für von Abschiebung bedrohten Einwohner*innen vorhalten. Insbesondere

2796 Abschiebungen in Kriegsgebiete wie Afghanistan stellen schwere Menschenrechtsverletzungen dar

2797 und müssen unbedingt unterlassen werden.

2798 **Integration durch Arbeitsplätze**

2799 Zu vielen Menschen bleibt der Arbeitsmarkt verschlossen, obwohl es in den vergangenen Jahren eine

2800 Beschäftigungszunahme gegeben hat. Besonders Ältere, Menschen mit Behinderungen,

2801 Alleinerziehende sowie Migrant*innen werden dabei ausgegrenzt. Viele Unternehmen geben ihnen

2802 keine Chance. Gleichzeitig wird ein vermeintlicher Fachkräftemangel beklagt. Die Langzeit-

2803 Erwerbslosigkeit hat sich bei über einer Million verfestigt.

2804 Die schnelle Eingliederung in Arbeit ist ein zentraler Faktor der gesellschaftlichen Integration. Dies

2805 gilt für alle Menschen. Geflüchtete haben durch Arbeitsverbote, Beschränkungen und

2806 Nachrangigkeitsregelungen mit besonderen Restriktionen beim Zugang zum Arbeitsmarkt zu

2807 kämpfen. Und EU-Zuwander*innen werden durch speziell auf sie abzielende Verschärfungen im SGB

2808 II massiv benachteiligt. Diese sind abzubauen. Er kämpfte Mindeststandards wie der gesetzliche

2809 Mindestlohn dürfen nicht infrage gestellt werden. Gute Arbeit ist Voraussetzung für eine gelingende

2810 Integration. Prekäre Arbeit dagegen führt strukturell zu Diskriminierung und Ausgrenzung.

2811 **Wir wollen**

- 2812 • anonyme Bewerbungsverfahren für alle Stellen bei kommunalen Arbeitgebern

- 2813 • Auftragsvergaben nur an Unternehmen, die ebenfalls anonyme Bewerbungsverfahren
2814 durchführen
- 2815 • Asylsuchenden und EU-Zuwander*innen sofort nach ihrer Ankunft ermöglichen, Deutsch zu
2816 lernen und an einem Integrationskurs teilzunehmen. Diesen Teilnahmeanspruch müssen auch
2817 Geduldete, unabhängig vom Duldungsgrund, erhalten
- 2818 • das Arbeitsverbot für Asylbewerber*innen in den ersten drei Monaten abschaffen. Die
2819 Vorrangprüfung bei der Beschäftigung von Asylsuchenden und Geduldeten muss abgeschafft
2820 werden
- 2821 • Asylsuchenden und Geduldeten in Ausbildung eine Aufenthaltserlaubnis für die gesamte Dauer
2822 der Berufsausbildung gewähren
- 2823 • interkulturell kompetente Fachkräfte in Bildung, Gesundheitswesen und Behörden
- 2824 • die interkulturelle Öffnung und Kompetenzstärkung der Verwaltung

2825 **Für einen radikalen Wechsel in der Flüchtlingspolitik**

2826 In den 1980er- und 1990er-Jahren ist eine Reihe von Maßnahmen zur Abschreckung von
2827 schutzsuchenden Menschen geschaffen worden. Dazu zählen

- 2828 • die Zwangsunterbringung in entpersönlichenden Lagern
- 2829 • massive Einschränkungen der Bewegungsfreiheit (Residenzpflicht, Wohnsitzauflagen)
- 2830 • sozialrechtliche Diskriminierungen (Arbeitsverbote, Versorgung unterhalb des
2831 menschenwürdigen Existenzminimums, eingeschränkte Gesundheitsversorgung, die
2832 diskriminierende und zudem kostenintensive Praxis, Sachleistungen statt Bargeld und vieles
2833 mehr)

2834 Eine Politik der Ausgrenzung und Entrechtung ganzer Geflüchteten-Gruppen verstärkt bestehende
2835 Vorurteile, indem suggeriert wird, dass gegen einen angeblich verbreiteten Asylmissbrauch harte
2836 Maßnahmen erforderlich seien. Das ist nicht zuletzt angesichts der dramatisch gestiegenen,
2837 rassistisch motivierten Angriffe auf Geflüchtete und Flüchtlingsheime unverantwortlich. Die
2838 Integration von Geflüchteten muss am ersten Tag ihrer Ankunft beginnen.

2839 Wir stellen die Rechte von Geflüchteten nicht gegen die anderer Menschen. Viele Menschen in
2840 Deutschland müssen in Armut leben, sind auf Hartz IV angewiesen, arbeiten in schlecht bezahlten
2841 Jobs, oder müssen Aufstocker-Leistungen beantragen, weil der Lohn zum Leben nicht reicht. Sie
2842 hätten nicht einen Euro mehr in der Tasche, wenn niemand mehr flüchten würde. Die Ursache für
2843 Sozialkürzungen, Unsicherheit und prekäre Beschäftigung ist eine verfehlte Politik, die nur den
2844 Reichen nützt. Statt uns gegeneinander ausspielen zu lassen, müssen wir gemeinsam dafür streiten,
2845 dass es ALLEN besser geht.

2846 Flucht und Verfolgung sind immer auch individuell. Deshalb wehren wir uns gegen das politische
2847 Kalkül, Geflüchtete pauschal und abhängig vom Herkunftsland in jene, mit einer angeblich „guten
2848 Bleibeperspektive“ und solche, mit einer angeblich „schlechten Bleibeperspektive“ einzuteilen.

2849 Seitdem der Begriff der „Bleibeperspektive“ mit dem Asylpaket I im Oktober 2015 eingeführt worden
2850 ist, dient er als praktisches Instrument, um Menschen aus bestimmten Ländern Leistungen, Angebote

2851 und Teilhabemöglichkeiten zu verwehren. Mit der Begründung der „schlechten Bleibeperspektive“
2852 wird vielen Geflüchteten zum Beispiel der Zugang zu Sprach- und Integrationskursen verweigert.
2853 Auch wird ihnen nicht erlaubt, sich selbst eine Wohnung zu suchen.

2854 Die Menschenrechtssituation, zum Beispiel in den nordafrikanischen Ländern Marokko, Algerien,
2855 Tunesien oder gar Libyen, hat sich nicht maßgeblich geändert. Der politische Vorstoß, sie dennoch zu
2856 angeblich „sicheren Herkunftsstaaten“ zu machen, ist daher lediglich ein weiterer Baustein der
2857 unmenschlichen Abwehr von Menschen auf der Flucht. Wir lehnen das Konstrukt der angeblich
2858 „sicheren Herkunftsstaaten“ ab. Es widerspricht dem als Individualrecht konzipierten Grundrecht auf
2859 Asyl. Es dient dazu, die Rechte und Widerspruchsfristen von Geflüchteten zu beschneiden, eine
2860 fundierte Einzelfallprüfung zu vermeiden und Asylanträge schneller abzulehnen, um Menschen
2861 schneller abschieben zu können.

2862 Fluchtgründe von Menschen, die in ihren Herkunftsländern als vermeintliche oder tatsächliche Roma
2863 diskriminiert und verfolgt worden sind, werden strukturell nicht anerkannt. Menschen, die aus den
2864 Balkan-Ländern geflohen sind, sammelt die NRW-Landesregierung immer in speziellen,
2865 „Ausreisezentren“ genannten, Sonderlagern, anstatt sie auf die Kommunen zu verteilen. Ihre Asyl-
2866 Anhörungen dauern häufig nur wenige Minuten, Geflüchteten-Räte und Initiativen der Geflüchteten-
2867 Arbeit zweifeln an der Rechtsstaatlichkeit dieser Verfahren.

2868 **Wir wollen**

- 2869 • eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive für alle hier lebenden Menschen ohne deutschen Pass
2870 schaffen
- 2871 • geflüchteten Roma gleiche Rechte zugestehen wie allen Geflüchteten
- 2872 • jegliche Abschiebepaxis beenden
- 2873 • verbindliche und einklagbare gute Standards für die Unterbringung und Versorgung
2874 schutzsuchender Menschen in den Landesunterkünften und Kommunen einführen
- 2875 • perspektivisch Unterbringung aller Geflüchteten in Wohnungen statt in Massenunterkünften
- 2876 • Vorrangigkeitsprüfung in der Kommune aussetzen
- 2877 • Versorgung der Betreuungsarbeit für Geflüchtete aus öffentlicher Hand betreiben und
2878 finanzieren
- 2879 • Entscheidungen der Härtefallkommission und des Petitionsausschusses müssen für die
2880 Ausländerbehörden verbindlich sein
- 2881 • die Strukturen der Geflüchteten-Arbeit ausbauen und verstetigen. Dafür mehr Personal sowohl
2882 in der Verwaltung als auch im Care-Bereich einstellen
- 2883 • eine*n vom Landtag bestellte*n Geflüchteten-Beauftragte*n ernennen
- 2884 • den Zugang zu Sozialberatung und weiteren Beratungseinrichtungen gesetzlich verankern
- 2885 • Pauschalbetrag für die kommunale Betreuung und Beratung von Asylsuchenden
- 2886 • vollen Zugang zur Gesundheitsversorgung für Geflüchtete ermöglichen

- 2887
- Unterbringung in Wohnungen statt in Massenunterkünften
- 2888
- keine Einschränkung der Freizügigkeit von Geflüchteten innerhalb von Nordrhein-Westfalen –
- 2889
- Verordnung zur Wohnsitzauflage zurücknehmen

- 2890
- Gewährung kostenloser Rechtsberatung für Asylsuchende

2891 **Kommunal Verantwortung übernehmen: Sichere Häfen jetzt!**

2892 DIE LINKE steht ein für solidarische Städte, die angesichts der humanitären Krise an den EU-
2893 Außengrenzen und des Sterbens im Mittelmeer ihren Teil der Verantwortung übernehmen. Seit der
2894 Gründung der internationalen Seebrücke-Bewegung im Juli 2018 haben sich bereits zahlreiche Städte
2895 und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen zu „sicheren Häfen“ erklärt. Sie stellen sich damit gegen die
2896 menschenrechtswidrige Abschottungspolitik der EU, die tausende Tote fordert. DIE LINKE unterstützt
2897 diese kommunalen Initiativen, die angesichts der humanitären Krise von der Bundes- und
2898 Landesregierung die Möglichkeit einfordern, Nothilfe leisten zu dürfen – also aus Seenot Gerettete
2899 zusätzlich zu den Verteilquoten aufnehmen zu können. Weiter setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass
2900 den Worten auch Taten folgen, und dass die Kommunen ein sicheres Ankommen organisieren.

2901 **Was tun?**

- 2902
- Kommunale Beschlüsse für sichere Häfen, mit denen die Städte und Gemeinden ihre
- 2903
- Unterstützung für die zivile Seenotrettung erklären und Unterbringung von aus Seenot
- 2904
- geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote anbieten.
- 2905
- Beitritt der Kommune zum Bündnis „Städte sicherer Häfen“, in dem sich die Städte und
- 2906
- Gemeinden für die Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen
- 2907
- Migrationspolitik einsetzen.

2908 **Für eine kommunale Wirtschafts- und Finanzpolitik, die den Menschen dient**

2909 DIE LINKE steht für einen grundlegenden Wechsel in der kommunalen Wirtschafts- und Finanzpolitik,
2910 weil wir davon überzeugt sind, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann.

2911 Die wesentlichen Ursachen dafür liegen in einer kapitaldominierten Wirtschafts- und Standortpolitik,
2912 die in vielen Kommunen und Regionen mit wachsender Massenarbeitslosigkeit verbunden war und
2913 ist. Nicht nur die Schließung des Bergbaus oder der Arbeitsplatzabbau in der Stahlindustrie, sondern
2914 auch die Schließung von Unternehmen wie BenQ in Kamp-Lintfort, Nokia und Opel in Bochum oder
2915 groß dimensionierte Massenentlassungen in jüngster Zeit bei ThyssenKrupp und Siemens haben ihre
2916 tiefen Spuren hinterlassen. Sie sind insbesondere damit verbunden, dass die sozialen Kosten bei den
2917 Kommunen verbleiben. Die Ausrichtung auf Markt und Wettbewerb hat zur Verödung ganzer
2918 Regionen und zum Klimawandel beigetragen. Industrielle Altlasten prägen deshalb ganze Regionen.

2919 **Die Wirtschafts- und Finanzpolitik, die wir wollen, ist**

- 2920 • sozial
- 2921 • demokratisch
- 2922 • antikapitalistisch

2923 **Worauf wir dabei setzen?**

- 2924 • eine alternative und ökologische Ökonomie
- 2925 • am Gemeinwohl orientierte öffentliche Betriebe
- 2926 • eine deutliche Ausweitung und Förderung von genossenschaftlichen Betrieben
- 2927 • eine Entschuldung der Kommunen und eine Finanzausstattung, die die Kommunen nachhaltig
2928 handlungsfähig macht
- 2929 • eine Gemeindefinanzsteuer
- 2930 • statt Verkauf öffentlichen Eigentums nur noch Nutzungsvergabe als Erbbaurecht (dauerhafte
2931 Einnahmen über Pachtgebühren)

2932 **Was das bringt?**

- 2933 • soziale Verhältnisse, die niemanden ausgrenzen
- 2934 • eine Infrastruktur, die allen gleichermaßen zur Verfügung steht

2935 **Was muss dafür getan werden?**

- 2936 • der Druck auf die Landes- und Bundespolitik muss deutlich erhöht werden
- 2937 • privatisierte Stadtwerke und ausgegliederte Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge
2938 müssen rekommunalisiert werden
- 2939 • die Einführung hoher arbeitsrechtlicher Standards in allen kommunalen Unternehmen
- 2940 • Ausweitung der wirtschaftlichen Betätigung kommunaler Betriebe

2941 Viele Städte und Gemeinden sind nach jahrzehntelanger neoliberaler Politik in einer Abwärtsspirale
2942 aus Überschuldung, Abwanderung und sinkender Attraktivität gefangen. In den meisten Kommunen
2943 verfällt seit Jahren auf dramatische Weise die Infrastruktur. Dutzende ehemals wohnortnahe
2944 öffentliche Schwimmbäder, Büchereien oder Jugend-, Alten- und Stadtteilzentren wurden
2945 geschlossen, der dringend notwendige Neubau von Schulen bleibt aus oder der seit langer Zeit
2946 geforderte Ausbau eines attraktiven Radwegenetzes wird regelmäßig auf den St. Nimmerleinstag
2947 verschoben. In den meisten Innenstädten dominieren Einzelhandelskonzerne und Banken das
2948 Stadtbild, während man öffentliche Einrichtungen zunehmend mit der Lupe suchen muss.

2949 Dass eine derart unverantwortliche Entwicklung überhaupt eintreten konnte, hat seine wesentliche
2950 Ursache in einer neoliberalen Politik, die seit vielen Jahren die wirtschaftlichen und politischen
2951 Verhältnisse in den Kommunen dem Diktat des Marktes geopfert hat. Privatisierung, Deregulierung
2952 und insbesondere die den öffentlichen Haushalten verordnete "Schuldenbremse" haben zur
2953 Austrocknung der öffentlichen Finanzen geführt und den Kommunen jeglichen Spielraum für neue
2954 und notwendige Investitionen in allen öffentlichen Bereichen genommen.

2955 **Investitionen**

2956 Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen brauchen dringend Geld für Investitionen. Denn von den
2957 Regierungsparteien sowie Bund und Land wird ignoriert, dass die kommunalen Finanzmittel
2958 insgesamt unzureichend sind. Darüber hinaus stehen mit der Energiewende, dem Ausbau des
2959 öffentlichen Nahverkehrs, mit der Verbesserung des Bildungswesens und der Schaffung von mehr
2960 Wohnraum enorme Investitionen und Anforderungen für die Kommunen und deren städtische
2961 Unternehmen an. Die Herausforderungen des sozialökologischen Umbaus sind gleichzeitig eine
2962 Chance, Strukturen vor Ort zu verbessern.

2963 Doch bislang werden die Landkreise und Städte mit ihren Problemen allein gelassen. Es gibt nur
2964 wenige kommunale Kooperationen, die das Land NRW unterstützten. Oft wird einseitig gefördert,
2965 wie etwa bei den Krankenhäusern. Die landeseigenen Unikliniken werden gefördert, nicht aber die
2966 kommunalen Krankenhäuser, obwohl das Land dazu gesetzlich verpflichtet ist.

2967 Große private Konzerne wie Siemens, Google, Uber, Huawei und andere nutzen die fehlende
2968 Investitionskraft der Kommunen und Stadtwerke aus. Sie versuchen mit privaten Projekten im
2969 Rahmen von „Smart City“ sich den Zugriff auf Teile der kommunalen Infrastruktur anzueignen und
2970 langfristig für ihre Profitinteressen zu nutzen.

2971 Die Finanzmittel der Kommunen müssen erheblich größer werden, damit sie in den Städten, aber
2972 auch im ländlichen Raum, den vielen Anforderungen gerecht werden können. Zusätzlich müssen im
2973 rheinischen Braunkohlerevier die gewachsenen Strukturen komplett umgebaut werden. Nur wenn
2974 die Kommunen dort eng zusammenarbeiten und Bund und Land in die Verantwortung nehmen, kann
2975 dieser gigantische Umbau einer ganzen Region in NRW gelingen.

2976 **Wer soll das alles bezahlen?**

2977 Die Kommunen sind für viele politische Entscheidungen zuständig, die unser Leben ganz direkt
2978 betreffen und die oftmals Geld kosten. Ob der Bau einer neuen Kita, die Sanierung der Schule, der
2979 Zustand des lokalen Krankenhauses, der Betrieb von Parks und Sportplätzen oder ein pünktlicher
2980 Bus: Eine lebenswerte Stadt und ein gutes Leben für Alle müssen auch finanziert werden. Gleichzeitig
2981 sind besonders in Nordrhein-Westfalen Städte und Gemeinden systematisch unterfinanziert. Vor Ort
2982 wird viel zu oft der Mangel verwaltet, so dass die Städte nicht sinnvoll und nach dem Bedarf der
2983 Menschen gestaltet werden können. Die kommunale Infrastruktur wird auf Verschleiß gefahren,
2984 Schwimmbäder, Bibliotheken oder Jugendzentren werden geschlossen. Der zentrale Grund für die

2985 schlechte Finanzsituation unserer Städte ist die ungerechte Steuerpolitik auf Bundesebene. Den
2986 Superreichen, ihren Banken und Konzernen wurden Steuergeschenke von rund 70 Milliarden Euro
2987 gemacht – pro Jahr.

2988 Zusätzlich hilft ein Netzwerk von spezialisierten Banken und Anwaltskanzleien Vermögenden beim
2989 Diebstahl von Milliarden Euro an Steuergeldern, wie beispielsweise die so genannten Panama- oder
2990 Paradise-Papers aufgezeigt haben. Das Problem der geleerten öffentlichen Kassen wurde dann von
2991 der Bundes- und Landesebene auf die Ebene verschoben, die sich am schlechtesten dagegen wehren
2992 kann, nämlich in die Kommunen – und damit in unser aller Alltag.

2993 Gegen die systematische Unterfinanzierung unserer Städte und Gemeinden hilft Steuergerechtigkeit.
2994 DIE LINKE hat ein detailliertes Steuerkonzept vorgelegt, das arme Haushalte sowie die Mittelschicht
2995 entlastet und das Geld von den extrem Reichen holt. Durch die Einführung einer Millionärssteuer, die
2996 Reform der Erbschaftsteuer, eine gerechte Unternehmensbesteuerung und einen entschlossenen
2997 Kampf gegen Steuerdiebstahl können bundesweit bis zu 180 Milliarden Euro mehr eingenommen
2998 werden. Teil unseres Steuerkonzeptes ist die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer
2999 Gemeindegewerbesteuer. Alle privatwirtschaftlichen Einkünfte in einer Kommune würden erfasst
3000 und direkt besteuert werden – mit einem angemessenen Freibetrag für kleine Unternehmen. Diese
3001 Steuer brächte den Kommunen 25 Milliarden Euro im Jahr ein.

3002 Wenn es gerechter zugeht, ist in einem der reichsten Länder der Welt selbstverständlich genug Geld
3003 für unsere Kommunen da. Deswegen beteiligt sich DIE LINKE auch nicht an Sparhaushalten, die durch
3004 angebliche Sachzwänge diktiert werden – auch dann nicht, wenn dadurch ein Abrutschen in den
3005 Nothaushalt verhindert werden könnte. Durch derartige Anstrengungen der Kommunen wird nur der
3006 Druck auf Land und Bund verringert, endlich zu einer durchgreifenden Reform der
3007 Kommunalfinanzen zu kommen.

3008 **Wer bestellt, muss auch zahlen: Konnexität für NRW**

3009 DIE LINKE setzt sich für die konsequente Umsetzung und Einhaltung des Konnexitätsprinzips gemäß §
3010 78 Abs. 3 der Landesverfassung NRW in Verbindung mit Artikel 104a Abs. 2 des Grundgesetzes ein.
3011 Die bestehende Praxis von Bund und Land, den Gemeinden und Gemeindeverbänden Aufgaben,
3012 insbesondere Aufgaben in sozialen Angelegenheiten, zu übertragen, ohne gleichzeitig
3013 sicherzustellen, dass den Gemeinden und Gemeindeverbänden die erforderlichen Finanzmittel zur
3014 ordnungsgemäßen Erfüllung der übertragenen Aufgaben zur Verfügung gestellt werden, ist
3015 verfassungswidrig und muss beendet werden. Die Möglichkeiten der Gemeinden und
3016 Gemeindeverbände, die Einhaltung des Konnexitätsprinzips klageweise gegen das Land
3017 durchzusetzen, müssen verbessert werden. Soweit in der Vergangenheit dieses Prinzip verletzt
3018 wurde, z.B. hinsichtlich der Kosten der Unterkunft (KdU) bei Hartz IV, hat eine nachträgliche
3019 Entschuldung der Kommunen durch das Land zu erfolgen.

3020 **Konkret fordern wir:**

- 3021 • die Wiederanhebung des Steueranteils der Kommunen von 23 Prozent auf 28 Prozent
- 3022 • keine Anhebung der Grundsteuer B, solange diese über die Betriebskosten auf die
3023 Mieter*innen abgewälzt werden kann
- 3024 • Einhaltung des Konnexitätsprinzips. Wenn Bundes- oder Landesebene Aufgaben an die
3025 Kommunen übertragen, müssen sie auch für die Finanzierung sorgen

- 3026 • Streichung der rigorosen Möglichkeiten der Gemeindeordnung NRW, Kommunen im Rahmen
3027 der Kommunalaufsicht zur Kürzung ihrer Ausgaben zu zwingen, bis hin zur Einführung von
3028 „Sparkommissaren“, mit denen auch beim sogenannten „Stärkungspakt“ gedroht wurde

3029 **Weg mit den kommunalen Altschulden!**

3030 Mit 26 Milliarden Euro befinden sich mehr als die Hälfte der bundesweiten Kassenkredite von rund
3031 46 Milliarden Euro in Nordrhein-Westfalen. Davon betroffen sind vor allem Regionen, die von
3032 wirtschaftlichen Umbrüchen betroffen sind und in denen trotz Strukturwandel die Arbeitslosigkeit
3033 hoch ist. Mit fast 15 Milliarden Euro liegt ein Drittel der bundesweiten Kassenkredite in den Städten
3034 und Kreisen des Ruhrgebiets.

3035 Schuld an der kommunalen Verschuldung ist die strukturelle Unterfinanzierung durch Bund und
3036 Land. Damit ist eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt worden. Denn die finanziellen Altlasten
3037 verhindern wichtige Investitionen für die Zukunft und erschweren die Instandhaltung der
3038 Infrastruktur. Das verschlechtert unmittelbar die Lebensverhältnisse für die Bürger*innen.
3039 Finanzstarke und finanzschwache Kommunen driften immer weiter auseinander.

3040 Die überschuldeten Kommunen brauchen dringend Unterstützung. DIE LINKE fordert deshalb einen
3041 Altschuldenfonds. Gemeint ist ein gemeinsamer Finanztopf von Bund, Land und Kommunen. Dieser
3042 Fonds soll die Schulden aus den Liquiditätskrediten der Kommunen übernehmen. Als Ausgleich für
3043 die bisherige Unterfinanzierung der Kommunen soll die Bundesebene mit 50 Prozent, das Land und
3044 die Kommunen mit jeweils 25 Prozent beteiligt werden. Die Beteiligung von Bund und Land wäre kein
3045 Geschenk, sondern ein Ausgleich für die mangelnde Finanzierung der Vergangenheit und damit
3046 nachholende Konnexität. Die betroffenen Kommunen wären dann wieder in der Lage,
3047 Haushaltsüberschüsse für notwendige Investitionen und wichtige Aufgaben bei Bildung, Verkehr,
3048 Sport und Kultur zu nutzen, statt sie im Haushaltsloch zur Schuldentilgung zu versenken.

3049 **Daseinsvorsorge für Alle**

3050 Ein guter öffentlicher Dienst und eine bedarfsgerechte öffentliche Infrastruktur sind unverzichtbarer
3051 Bestandteil sozialer Gerechtigkeit, sozialer Demokratie und eines guten Lebens.

3052 Statt weiter zu kürzen, wollen wir die öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen. Privatisierungen der
3053 Vergangenheit sind rückgängig zu machen. Gut funktionierende öffentliche Betriebe wie kommunale
3054 Stadtwerke und Wohnungsbaugesellschaften leisten einerseits einen finanziellen Beitrag für die
3055 städtischen Haushalte. Andererseits sind sie geeignet, politische Forderungen vor Ort umzusetzen,
3056 beispielsweise das Recht auf bezahlbaren Wohnraum.

3057 Grundlegende Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie der Bau von Straßen sind durch
3058 allgemeine Steuern zu finanzieren. Straßenbaubeiträge, die von den Anliegern bezahlt werden
3059 müssen, lehnen wir ab. Es ist Niemandem zu vermitteln, warum jemand, dem ein kleines Häuschen
3060 an einer vielbefahrenen Straße gehört, alle paar Jahre für die Instandsetzung einer Straße zur Kasse
3061 gebeten wird.

3062 Die öffentlichen Unternehmen sollen Vorreiter sein bei demokratischer Mitwirkung der relevanten
3063 gesellschaftlichen Gruppen. Ihre Gremien sollen transparent sein. Die Rechtsform öffentlicher
3064 Unternehmen bleibt zweitrangig gegenüber den Möglichkeiten effektiver demokratischer
3065 Mitbestimmung. Öffentliches Eigentum schließt private Kapitalbeteiligung, auch durch
3066 Minderheitsbeteiligungen, aus und gemeinsames Eigentum verschiedener öffentlicher Träger ein.
3067 DIE LINKE setzt sich heute bereits für jeden Schritt in diese Richtung ein. Dazu gehören

3068 Rekommunalisierungen, Gestaltung fakultativer Aufsichtsräte, Weisungsbefugnisse der Räte und
3069 vieles mehr.

3070 Grund und Boden ist ein nicht vermehrbares Gut und gehört in öffentliche Hand. Ohne eine
3071 konsequente kommunale Bodenpolitik ist auch keine nachhaltige Planungspolitik zu gewährleisten.
3072 Bei wichtigen Infrastruktur-Projekten, wie dem Ausbau von Radwegen, sind oft die
3073 Eigentumsverhältnisse ein Hindernis bei der Umsetzung einer nachhaltigen Politik.

3074 **Alternativen zum kapitalistischen Wirtschaftssystem stärken**

3075 Da kommunale Wirtschaftspolitik überwiegend auf kapitalorientierte Unternehmen und
3076 Standortentscheidungen nach deren Interessen ausgerichtet ist, halten wir es für erforderlich,
3077 Alternativen zu dieser Wirtschaftsform zu entwickeln. Denn die entscheidende Frage
3078 gesellschaftlicher Veränderung ist und bleibt die Frage des Privateigentums an Produktionsmitteln.
3079 Wirtschaftliche Macht bedeutet auch politische Macht. Eine an sozialen und menschenwürdigen
3080 Kriterien orientierte Wirtschaftspolitik erfordert auch in den Kommunen, dass die ökonomische
3081 Macht derer, die an Armut, Ausbeutung, Naturzerstörung, Rüstung und Kriegen verdienen,
3082 zurückgedrängt und überwunden wird. Der globale Kapitalismus, der auf Ausbeutung, Ungleichheit,
3083 ständiger Expansion und Monopolbildung beruht, ist mit diesen Zielen unvereinbar.

3084 **DIE LINKE fordert deshalb:**

- 3085 • ein möglichst breites und qualitativ gutes Angebot an Leistungen der öffentlichen
3086 Daseinsvorsorge. Kommunale Unternehmen haben einen sozialen Auftrag und sind dazu
3087 verpflichtet, die sozialen Grundrechte der Einwohner*innen durch soziale Dienstleistungen und
3088 soziale Tarifstrukturen einzulösen
- 3089 • Rekommunalisierung: Privatisierte Stadtwerke müssen zurück in öffentliche Hand. Die
3090 Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten müssen gestärkt werden und die Verbraucher*innen
3091 sowie die Betroffenen-Organisationen in Entscheidungen der Unternehmensführung und
3092 Tarifstruktur unmittelbar einbezogen werden
- 3093 • Stärkung kommunaler Unternehmen, damit sie auf ihrem regionalen Markt wirksam Einfluss
3094 nehmen können. Die Energieversorgung hat im öffentlichen Eigentum zu erfolgen
- 3095 • die kommunale Wirtschaftsförderung orientiert vorrangig auf die Schaffung kommunaler
3096 Eigenbetriebe, die einer konsequenten Tarifbindung unterliegen und sich einer ökologisch
3097 nachhaltigen Produktion verpflichtet fühlen
- 3098 • die Kommunen die Gründung von genossenschaftlichen Betrieben durch die Gewährung
3099 preisgünstiger Kredite und die Bereitstellung von preiswerten Gebäuden bzw. Gewerberäumen
3100 fördern
- 3101 • kommunale Wohnungsunternehmen sollen nicht nur einen Mindestbestand an gut erhaltenen
3102 Wohnungen besitzen, sondern auch den Neubau von preiswertem Wohnraum mit öffentlicher
3103 Förderung sicherstellen und damit Einfluss auf die kommunale Mietpreisbildung nehmen
- 3104 • kommunale Krankenhäuser als notwendigen Bestandteil öffentlicher Gesundheitsversorgung
- 3105 • eine Vorbildfunktion von Kommune und städtischen Unternehmen als Arbeitgeber: gute
3106 Bezahlung, Qualifizierung und Ausbildung, interkulturelle Kompetenz der Verwaltung,
3107 Mitbestimmung, Geschlechtergerechtigkeit und Einhaltung von Ausbildungsquoten

- 3108 • Tarifbindung und Rückführung von Leistungen in öffentliche Verantwortung bei Sicherheit,
3109 Wachdiensten, Fahrdiensten, Friedhöfen, Reinigung, Wäschereien, Schul- und
3110 Hausverwaltungen

- 3111 • den Erhalt und die Stärkung der Sparkassen. Privatisierung oder Teilprivatisierung von
3112 Sparkassen lehnen wir ab. Gewinne der Sparkassen sind für die Finanzierung des
3113 Gemeinwesens zu nutzen

- 3114 • LINKE in den Aufsichtsgremien fordern ein, dass die Sparkassen preisgünstige Angebote für
3115 einkommensschwache Bevölkerungsgruppen bereithalten.

- 3116 • kommunale und regionale Zusammenschlüsse als Alternative zu drohenden Privatisierungen,
3117 insbesondere im ländlichen Raum

- 3118 • die Gewährleistung der Kontrolle und Überprüfung der Zwecke der städtischen Unternehmen
3119 durch Rechnungsprüfungsausschuss und Rechnungsprüfungsamt

- 3120 • Grund und Boden gehören Allen und dürfen nicht veräußert werden. Städte und Gemeinden
3121 müssen eine aktive Bodenpolitik betreiben und verfügbare Flächen in kommunalen Besitz
3122 bringen. Nutzungsrechte beispielsweise für Gewerbeflächen sind in Erbpacht zu vergeben

3123 **Für eine kommunale Planungspolitik, die die Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund stellt**

3124 Nordrhein-Westfalen ist von Städten geprägt. Das Land hat 396 politisch selbständige Gemeinden,
3125 davon sind 272 Städte. Allein in den 30 Großstädten leben 8,312 Millionen Menschen. Das sind mehr
3126 als 46 % der Einwohner*innen des Bundeslandes. Darüber hinaus beziehen sich viele der Gemeinden
3127 rund um Städte wie Köln, Aachen, Bielefeld, Bonn, Düsseldorf, Münster und Siegen oder in den
3128 ländlicheren Kreisen des Ruhrgebietes stark auf den Kern der Ballungsräume. Gleichzeitig gibt es in
3129 Ostwestfalen, dem Münsterland, dem Sauerland, am Niederrhein und in der Eifel nach wie vor aber
3130 auch ländlich geprägte Gebiete. Städte wie Herne mit 3.041 Menschen pro Quadratkilometer oder
3131 Essen mit 2.772 gehören zu den am dichtest besiedelten Städten im ganzen Bundesgebiet. Auf der
3132 anderen Seite leben im gesamten Hochsauerlandkreis nur 134 Menschen pro Quadratkilometer. Bei
3133 der kommunalen Planung sind diese Unterschiede zu berücksichtigen.

3134 **Die kommunale Planung, die wir wollen, ist:**

- 3135 • ausgerichtet auf die Bedürfnisse der Einwohner*innen und nicht auf die von Investoren,
3136 Konzernen und Banken
- 3137 • sozial-ökologisch
- 3138 • an null Flächenverbrauch orientiert

3139 **Worauf wir dabei setzen?**

- 3140 • solidarische Entwicklung der Kommunen
- 3141 • nachhaltige Raumentwicklung
- 3142 • international aufgestellte regionale Wirtschaftsstrukturen

3143 **Was wir dafür brauchen?**

- 3144 • kommunale Kooperation
- 3145 • mehr Bürgerbeteiligung
- 3146 • Quartiersmanagement

3147 **Was das bringt?**

- 3148 • gleichwertige Lebensbedingungen
- 3149 • soziale Vielfalt und Sicherheit
- 3150 • quartiersnahe Versorgung

3151 **Was muss dafür getan werden?**

- 3152 • Bürger*innen müssen an der Erarbeitung von Flächen- und Bebauungsplänen beteiligt
3153 werden
- 3154 • die städtische Bauleitplanung muss umgesteuert werden

3155 • Stärkere Regionale Kooperation zwischen den Kommunen in den Ballungsräumen, zwischen
3156 Ballungsräumen und Umland.

3157 • kommunale Zweckverbände müssen gegründet werden

3158 **Für lebenswerte, soziale Städte und Regionen und gleichwertige Lebensbedingungen**

3159 Die Entwicklung von Stadt und Land selbst ist sehr unterschiedlich. Die Großstädte im Rheinland,
3160 Münster und Bielefeld wachsen stark, während der ländliche Raum massiv Einwohner*innen verliert.
3161 Im Raum Köln und Düsseldorf steigen die Mieten rasant, preiswerter Wohnraum fehlt immer mehr,
3162 der Bestand an Sozialwohnungen ist durch die völlig verfehlte Förderpolitik und unzureichenden
3163 Richtlinien des Landes massiv gesunken. Im Raum Höxter und am Niederrhein stehen dagegen immer
3164 mehr Häuser leer. Die „Flucht aufs Land“ der 1970er und -80er Jahre hat sich längst umgedreht.

3165 Doch auch zwischen den Ballungszentren gibt es große Unterschiede. Die vom Niedergang der Kohle
3166 und der Rationalisierung der Stahlindustrie gezeichneten Großstädte im Ruhrgebiet und im ebenfalls
3167 altindustriell geprägten Bergischen Land sind fast 50 Jahre lang geschrumpft. Erst in den
3168 vergangenen Jahren gibt es wieder leichtes Wachstum, nicht zuletzt durch die Zuwanderung von
3169 Geflüchteten und den Ausbau der Universitäten.

3170 LINKE Kommunal-Entwicklungspolitik muss diese Unterschiede berücksichtigen und entsprechend
3171 unterschiedliche Antworten und Lösungsansätze finden. Die Anforderungen an den Wohnungsbau
3172 und damit an die Stadtentwicklung sind in Köln oder Düsseldorf mit großer Wohnungsknappheit
3173 andere als im ländlichen Raum.

3174 So unterschiedlich die Bedingungen sind: DIE LINKE tritt für eine solidarische Stadtentwicklung, für
3175 lebenswerte und lebendige Städte und Regionen für Alle ein. Die Ansiedlung von Unternehmen,
3176 Wohnungsbau, Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten, öffentliche Einrichtungen und
3177 Einkaufsmöglichkeiten müssen auf die Bedürfnisse aller Einwohner*innen ausgerichtet werden und
3178 dürfen sich nicht an den Profitinteressen von Konzernen, Banken und Investoren orientieren.

3179 DIE LINKE hält fest an dem auch im Grundgesetz verankerten Grundsatz der Schaffung gleichwertiger
3180 Lebensbedingungen. Daran müssen sich Bundes- und Landespolitik messen lassen, darauf muss der
3181 Landesentwicklungsplan abgestellt werden.

3182 **Neue Herausforderungen der Stadtplanung angehen**

3183 Die gesellschaftliche Entwicklung und Fragen wie die Klimakatastrophe stellen die Stadtentwicklung
3184 vor neue Aufgaben.

3185 Die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich hat in den letzten Jahren zugenommen. Die Armut
3186 hat sich verfestigt und trotz guter Konjunktur weiter zugenommen, oft eng verbunden mit
3187 Langzeiterwerbslosigkeit und unsteter Beschäftigung. Sie betrifft längst mehrere Generationen
3188 hintereinander. Das sieht man vor allem an der gestiegenen Kinderarmut deutlich. Gleichzeitig
3189 nimmt der Reichtum zu. Diese Gegensätze spiegeln sich auch in der Entwicklung der Stadtteile wider.
3190 In Großstädten wie Essen gibt es inzwischen Stadtteile, in denen mehr als 50 Prozent der Kinder als
3191 arm gelten, während der Bezug von Hartz IV in anderen kaum eine Rolle spielt.

3192 DIE LINKE lehnt diese zunehmende Ghettoisierung ab und spricht sich deutlich für eine soziale
3193 Vielfalt in den Stadtteilen und Wohnbezirken aus. Stadtteile mit sozialen Problemen müssen mit Hilfe
3194 eines Quartiersmanagements in die Lage versetzt werden, soziale Netzwerke aufzubauen. Diese
3195 Quartiersarbeit muss dauerhaft gesichert sein, und nicht nach Auslaufen eines Förderprogramms
3196 wieder aus dem Stadtbild verschwinden.

3197 Auch die Zusammensetzung und Entwicklung der Bevölkerung hat sich vor allem in den Städten in
3198 den letzten Jahrzehnten stark verändert. Gut 28 Prozent der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen hat
3199 einen Migrationshintergrund, in Köln sind es 38 Prozent. Gleichzeitig wird die Bevölkerung immer
3200 älter. Gerade im Ruhrgebiet ist das Durchschnittsalter deutlich höher als im Landesschnitt, eine Folge
3201 des Fortzuges ganzer Generationen. Auch daraus ergeben sich Aufgaben für die kommunale Planung.
3202 Die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund müssen stärker berücksichtigt
3203 werden - sowohl in kulturellen und sozialen Einrichtungen als auch auf den Friedhöfen. Ebenso sind
3204 barrierefreies Wohnen sowie eine gute Erreichbarkeit von Gesundheits- und Freizeiteinrichtungen
3205 notwendige Antworten auf eine älter werdende Gesellschaft.

3206 Auch unter den Bedingungen der Klimakatastrophe und der zunehmenden Erderhitzung müssen die
3207 Großstädte lebenswert bleiben. Es müssen mehr Freiflächen erhalten und geschaffen werden, die für
3208 die Verbesserung der Luftverhältnisse unerlässlich sind. Wir brauchen mehr Grün. Der
3209 Flächenverbrauch, die Versiegelung neuer Flächen, muss gestoppt werden. Null Flächenverbrauch ist
3210 das Ziel. Das erfordert ein Umsteuern der städtischen Bauleitplanung. Der Umbau im Bestand hat für
3211 DIE LINKE Vorrang, ebenso die Verdichtung schon bebauter Flächen, unter Beachtung des lokalen
3212 Freiraumbedarfs und stadtklimatischer Anforderungen.

3213 Alle Städte sind auf einer wirtschaftlichen Basis gewachsen. Sie haben bestimmte Industriebranchen
3214 beheimatet, waren Markt-, Handels- oder heute Bankplätze. In den vergangenen Jahrzehnten ist der
3215 Anteil des produzierenden Gewerbes an der wirtschaftlichen Tätigkeit deutlich zurückgegangen. Die
3216 zeitweise modernen Vorstellungen von der Entwicklung zu einer „Dienstleistungsgesellschaft“ sind
3217 ebenfalls längst an der Realität gescheitert. DIE LINKE ist der Auffassung, dass vorrangig alte,
3218 ungenutzte Industrieflächen aufzuarbeiten und einer neuen Nutzung zuzuführen sind. Das
3219 Profitinteresse vieler Eigentümer*innen, solche Flächen brach liegen zu lassen, um keine Altlasten
3220 entsorgen zu müssen, ist nicht akzeptabel.

3221 Beim Einzelhandel muss es gerade angesichts der wachsenden Probleme mit dem Individualverkehr
3222 um eine quartiersnahe Versorgung gehen. Auch deshalb lehnt DIE LINKE Einkaufszentren auf der
3223 „Grünen Wiese“ ab. Gleichzeitig kann das leidige Thema der abends „toten“ Innenstädte nur durch
3224 eine Belebung des Wohnens in der Innenstadt gelöst werden – auch wenn Kaufhäuser und
3225 Bürogebäude mehr Rendite bringen.

3226 Immer mehr Großprojekte führen zu Auseinandersetzungen, viele Bebauungspläne in den
3227 Großstädten werden beklagt. DIE LINKE spricht sich vor diesem Hintergrund nicht für weniger,
3228 sondern für mehr Bürgerbeteiligung an der Erarbeitung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen
3229 – insbesondere für größere Vorhaben – aus.

3230 Einsprüche gegen Bebauungspläne müssen ein größeres Gewicht erhalten. Die Verfahren müssen
3231 stärker als bisher auf einen Ausgleich der Interessen setzen und weniger auf die Durchsetzung der
3232 Interessen von Investoren.

3233 **Was tun?**

- 3234 • Erweiterung der Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung bei Flächennutzungsplan- und
3235 Bebauungsplanverfahren. Einschränkung beschleunigter Verfahren, die die Bürgerbeteiligung
3236 verschlechtern. Baupläne müssen auf ihre Umwelt-Verträglichkeit geprüft werden
- 3237 • - Einschränkung des Flächenverbrauchs mit dem Ziel des „Nullverbrauchs“ durch Vorrang für
3238 Innenverdichtung. Begrenzung von Baumaßnahmen im Außenbereich (§ 35 Baugesetzbuch)
- 3239 • das Ausloten von Nachverdichtungsmöglichkeiten – vor allem in den Wachstumsregionen und
3240 unter Beachtung des lokalen Freiraumbedarfs und stadtklimatischer Anforderungen. Wo
3241 möglich und vertretbar sind Gebäude aufzustocken, Dachgeschosse auszubauen und

- 3242 leerstehende Gebäude zu Wohngebäude um zu nutzen. Zudem sind Baulücken zu schließen
 3243 und Industrie- und Gewerbebrachen sowie Konversionsflächen zu bebauen. Den Luxus, knappe
 3244 Wohnbauflächen für neue Ein- und Zweifamilienhäuser zu verschwenden, werden wir uns vor
 3245 allem in den Wachstumsregionen nicht länger leisten können. Baugebiete in großstädtischen
 3246 Innenbereichen sollten dabei vorrangig als „Urbanes Gebiet“ nach § 6a BauNVO ausgewiesen
 3247 werden, um eine bessere Flächenausnutzung und eine „Stadt der kurzen Wege“ zu schaffen.
- 3248 • wenn dennoch neue Wohnbauflächen erforderlich sind, müssen sie sich konsequent an den
 3249 Achsen des öffentlichen Personennahverkehrs ausrichten und im Bebauungsplan festgelegte
 3250 Quoten für Sozialwohnungen vorsehen
- 3251 • Unterstützung bei energetischer Sanierung durch kommunale Beratungsstellen und Schaffung
 3252 von Grünflächen
- 3253 • die Verhinderung von Ghettoisierungen von Teilen der Bevölkerung in den Stadtquartieren und
 3254 bewusstes planerisches Gegensteuern gegen die Herausbildung von armen und reichen
 3255 Stadtteilen. Das Ziel gleichwertiger Lebensbedingungen muss auch innerhalb der Kommunen
 3256 gelten
- 3257 • Erhalt und Ausweitung von Programmen wie „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“, die
 3258 unerlässlich sind, für die Verbesserung der Lebensqualität in benachteiligten Stadtteilen „auf
 3259 der Kippe“ und den Umbau bis hin zum Abriss ganzer Wohnblöcke in dichtbesiedelten,
 3260 heruntergekommenen Wohnungsbeständen.
- 3261 • Ausweitung des Quartiersmanagements in Innenstädten und Stadtteilen mit sozialen
 3262 Nachteilen
- 3263 • Einrichtung von Gestaltungsbeiräten aus unabhängigen Expert*innen, die bei größeren
 3264 Bauungs- oder Stadtumbauprojekten beraten, um die Bauqualität zu verbessern
- 3265 • die Berücksichtigung der vielfältigen Interessen, kulturellen und religiösen Hintergründe der
 3266 Bevölkerung bei Aufgaben der Stadtentwicklung. Das gilt bei Kindertagesstätten, Schulen,
 3267 Sport- und Freizeiteinrichtungen ebenso wie bei kommunalen Friedhöfen, die Menschen
 3268 jedweder Weltanschauung Ruhestätten bieten
- 3269 • die Förderung von Mehrgenerationen-Wohnprojekten sowie Wohnprojekten und -
 3270 gemeinschaften für ältere Menschen, die ein möglichst langes selbstbestimmtes,
 3271 eigenständiges Leben ermöglichen
- 3272 • die Zusammenführung von Arbeit, Wohnen, Einkaufen und Freizeit statt weiterer Zersiedelung,
 3273 die zu weiten Wegen zur Arbeit oder zum Einkaufen führt. Dabei müssen die bestehenden
 3274 Abstands- und Immissionsschutzregelungen strikt eingehalten werden
- 3275 • keine Einkaufszentren auf der „Grünen Wiese“. Größere „Shopping Malls“ müssen in
 3276 Stadtentwicklungskonzepte eingebunden werden
- 3277 • vorrangige Nutzung von gewerblichen Brachflächen für Neuansiedlungen von Gewerbe und
 3278 Industrie. Konsequente Verpflichtung der früheren Besitzer*innen beziehungsweise
 3279 Nutzer*innen zur Altlastenbeseitigung

- 3280 • die Wiederbelegung der Innenstädte durch Wohnprojekte. Der systematische Leerzug der
3281 1960er und -70er Jahre, bei dem massenhaft Wohnungen in Büros und Geschäfte
3282 umgewandelt wurden, muss „umgedreht“ werden. Dabei muss Wohnraum bezahlbar bleiben

- 3283 • die Möglichkeiten zur Nutzung kommunaler Flächen durch Erbpacht statt Verkauf sollen
3284 ausgeweitet werden, um den kommunalen Einfluss zu erhalten

- 3285 • die Förderung des Denkmalschutzes durch die Kommunen, da Kommunen erst durch ihre
3286 Geschichte ein Gesicht erhalten. Aufstockung der Mittel für den Denkmalschutz durch das Land
3287 NRW auf mindestens 30 Mio. Euro jährlich

- 3288 • die Entwicklung von Mindeststandards und Ansprüchen an die Infrastruktur im kleinstädtischen
3289 und ländlichen Raum. Hierzu gehören Angebote an Kindertagesstätten, Schulen, Ärzten,
3290 Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten sowie gute öffentliche Verkehrsverbindungen

- 3291 • die konsequente Umsetzung der Barrierefreiheit. Hierzu sollen bei allen Bauvorhaben der
3292 Seniorenbeirat und der Beirat für Menschen mit Behinderung beteiligt werden

3293 **Für eine demokratische und soziale Regionalentwicklung**

3294 Vor dem Hintergrund der in verschiedener Hinsicht ungleichen Entwicklungen zwischen Stadt und
3295 Land sowie arm und reich erhält die regionale Entwicklung immer größere Bedeutung. Die Aufgaben
3296 der Kommunen lassen sich immer weniger in den Grenzen einer Stadt oder eines Landkreises
3297 bewältigen. Bei der Versorgung mit Strom, Gas und Wasser oder der Abfallbeseitigung ist oft
3298 regionale Kooperation zwingend erforderlich. Auch laut Gemeindeordnung sind die Landkreise und
3299 kreisfreien Städte für solche Aufgaben der Daseinsvorsorge zuständig. Darüber hinaus ergibt eine
3300 kreis- und städteübergreifende Zusammenarbeit in vielen Fragen immer mehr Sinn, auch weil viele
3301 Themen immer komplexer werden. Bei der Müllentsorgung haben sich deshalb kommunale
3302 Zweckverbände wie ECO City gebildet. Für den Nahverkehr wurden durch Landesregelungen die
3303 großen Verkehrsverbände gebildet.

3304 Auch bei Freizeit und Kultur nutzen die Menschen in Städten und Gemeinden nicht nur die Angebote
3305 ihres Wohnortes.

3306 DIE LINKE sieht in der weiteren Regionalisierung kommunaler Aufgaben einen Weg zur Überwindung
3307 der wachsenden Gegensätze zwischen Stadt und Land und der unterschiedlichen Entwicklung in den
3308 Städten zugunsten gleichwertiger Lebensbedingungen. Die Voraussetzungen für die Entwicklung
3309 regionaler, demokratisch organisierter Zusammenarbeit „von unten“ muss vom Land gestärkt
3310 werden.

3311 Hinzu kommt, dass sich in den vergangenen Jahrzehnten auch regionale Wirtschaftsräume
3312 herausgebildet haben, die sich gerne mit dem Etikett der „Metropole“ schmücken. Das Ruhrgebiet
3313 entstand als Region bereits im 19. Jahrhundert auf der Grundlage der Kohleförderung und der
3314 Stahlindustrie. Seit einigen Jahren nennt sich der Ballungsraum „Metropole Ruhr.“ Die
3315 wirtschaftlichen Verflechtungen im Rheinland haben sich ebenfalls weiterentwickelt. International
3316 wird es längst als ein Raum betrachtet. Die Industrie- und Handelskammern und andere
3317 Wirtschaftsverbände fordern bereits länger eine Zusammenarbeit als „Metropole Rheinland“, die
3318 zunächst im Rahmen eines Vereins auch angestrebt wird.

3319 Die Verwaltungsstrukturen in Nordrhein-Westfalen spiegeln diese Entwicklungen bisher nur
3320 unzureichend wider. Wichtige Änderungen waren seit langem lediglich die Stärkung des
3321 Regionalverbandes Ruhr (RVR) und die Bildung der Städteregion Aachen.

3322 Der RVR ist seit 2009 wieder für die Regionalplanung im Ruhrgebiet zuständig. 2020 werden die
3323 Mitglieder der Verbandsversammlung erstmals direkt gewählt. DIE LINKE hatte die Stärkung des RVR
3324 und die Direktwahl mit als erste Partei gefordert – nun wird sie umgesetzt.

3325 Während die Stärkung des RVR jedoch auf halbem Wege stecken blieb und sich der RVR die
3326 Aufgaben einer Mittelinstanz in der Region weiter mit den drei Bezirksregierungen teilen muss, hat
3327 die kreisfreie Stadt Aachen mit dem Umland die Städteregion Aachen gebildet und die Verwaltung
3328 regional organisiert. Die Städteregion ist Rechtsnachfolgerin des Kreises Aachen und nimmt wichtige
3329 kommunale Aufgaben u.a. im Bereich der Schulträgerschaft, der Sozialverwaltung sowie der
3330 Straßenverkehrs- und Ausländerbehörden wahr. Die Städteregion Aachen pflegt – wie andere
3331 Grenzstädte in Nordrhein-Westfalen – enge, grenzüberschreitende Verbindungen mit den
3332 Niederlanden und Belgien, die sich als Grenzregion und gemeinsame Entwicklungsregion begreifen.

3333 Das Denken und Handeln vieler politischer „Handlungsträger*innen“ in den Kommunen und im Land
3334 sowie die politische Struktur entsprechen weder der zunehmenden Notwendigkeit kommunaler
3335 Kooperation und kommunaler Zweckverbände noch der Herausbildung eng verflochtener,
3336 international aufgestellter regionaler Wirtschaftsstrukturen. Die kommunale Politik ist häufig von
3337 Konkurrenz und „Kirchtürmen“ geprägt, die Gewinner produzieren, aber auch Verlierer. Die
3338 politischen Strukturen wie die staatlichen Mittelinstanzen, die Regierungsbezirke, beruhen auf der
3339 alten preußischen Einteilung in die Provinzen Rheinland und Westfalen mit der „Enklave“ Lippe.

3340 DIE LINKE stellt sich gegen eine Politik der Standortkonkurrenz und des „Kirchturmdenkens“.
3341 Wirtschaftliche Fortschritte und soziale Sicherheit in einer Kommune dürfen nicht durch Nachteile,
3342 wie Erwerbslosigkeit und Sozialabbau in anderen erkaufte werden. Wie dringend eine engere
3343 Zusammenarbeit der Kommunen nötig ist, macht im Ruhrgebiet z.B. die vergleichsweise
3344 katastrophale Situation des Öffentlichen Nahverkehrs deutlich. Fehlende Verbindungen zwischen
3345 den Städten, vor allem in Nord-Süd-Richtung, sowie unterschiedliche Spurbreiten sind ebenso wenig
3346 zeitgemäß wie die selbständige, teure Beschaffungspolitik der 26 Verkehrsgesellschaften im
3347 Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR).

3348 DIE LINKE will Konkurrenz abbauen und tritt für die Stärkung der Kooperation von Kommunen z.B.
3349 durch kommunale Zweckverbände oder andere politische Zusammenschlüsse ein. Die Rolle der
3350 politischen Mittelinstanzen und ihr regionaler Zuschnitt müssen überprüft und der Entwicklung des
3351 Zusammenwachsens von Regionen angepasst werden. Dabei ist DIE LINKE der Auffassung, dass die
3352 Herausbildung politischer Kooperationen auch in den Metropol-Regionen von unten getragen
3353 werden muss. Landesgesetzliche Regelungen sind an bestimmten Punkten allerdings unumgänglich.
3354 Das war z.B. bei der Bildung der Verkehrsverbände der Fall und wird auch bei der Bildung einer
3355 kommunalen Verkehrsgesellschaft für das Ruhrgebiet notwendig sein.

3356 Das im Raumordnungsgesetz festgeschriebene Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen
3357 darf nicht nur im Verhältnis der Bundesländer zueinander, sondern muss auch innerhalb des Landes
3358 Nordrhein-Westfalen gelten. Es muss ein landespolitisches Ziel bleiben und durch entsprechende
3359 Ausgleichs- und Fördermaßnahmen umgesetzt werden.

3360 DIE LINKE setzt auf eine Strategie nachhaltiger Regionalpolitik, die auf ökonomischen, ökologischen
3361 und sozialen Zielsetzungen zur Wirtschaftsentwicklung, zur Schaffung neuer, sozial abgesicherter
3362 Arbeitsplätze sowie zur Erhöhung der Ressourcenproduktivität basiert. Dazu gehört für uns auch die
3363 Wiederbelebung und der Umbau der regionalisierten Struktur- und Arbeitsmarktpolitik in NRW.

3364 **DIE LINKE tritt ein für:**

- 3365 • eine nachhaltige Raumentwicklung, die die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den
3366 Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt sowie für die Herstellung
3367 gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Teilräumen des Landes

- 3368 • eine Verbesserung der Kooperationsmöglichkeiten zwischen den Kernstädten und ihrem
3369 Umland wie in der Städtereion Aachen
- 3370 • die Stärkung der Landschaftsverbände, die für die Städte wichtige Funktionen bei der Erfüllung
3371 überörtlicher kommunaler Aufgaben wahrnehmen und für ihre Aufgaben eine gerechte
3372 Lastenverteilung unter Städten und Gemeinden ermöglichen
- 3373 • eine weitere Stärkung des RVR als regionalem, kommunalem Verband, der auf entsprechend
3374 vereinbarter Grundlage auch Aufgaben der Kommunen übernehmen darf
- 3375 • die Verbesserung des rechtlichen Rahmens zur Erarbeitung von Flächennutzungs- und
3376 Bebauungsplänen, die kommunale Grenzen überschreiten, um z.B. gemeinsame
3377 Gewerbegebiete entwickeln zu können

3378 **Für einen lebenswerten ländlichen Raum**

3379 Außerhalb der großen Städte gestaltet sich das Leben in Nordrhein-Westfalen zunehmend
3380 schwierig. Viele Kleinstädte und Dorfgemeinden verkommen zu öden Orten. Es fehlt eine gute
3381 Verbindung an das öffentliche Verkehrsnetz, Einkaufsmöglichkeiten, Schulen und Kitas, Kultur- und
3382 Sportstätten.

3383 Mit der Vernachlässigung der Infrastruktur fehlen auch lokale Arbeitsplätze. Kleinstädte und Dörfer
3384 werden so zu reinen Schlafstätten, die man verlässt, um zur Arbeit, zur Schule, zur Ärzt*in, zum
3385 Einkaufen, Kino, Theater oder zum Sport zu fahren. Selbst ein flächendeckendes Mobilfunknetz
3386 oder ein schneller Internetanschluss sind vielerorts nicht vorhanden.

3387 **Die Entwicklung für den ländlichen Raum, die wir wollen, ist:**

- 3388 • gleichberechtigt
- 3389 • an den Bedürfnissen der Menschen orientiert
- 3390 • nachhaltig

3391 **Worauf wir dabei setzen?**

- 3392 • eine wohnortnahe öffentliche Infrastruktur
- 3393 • Kultur- und Sportangebote, Einkaufsmöglichkeiten, Freizeit- und gastronomische Angebote
- 3394 • Schutz der Natur

3395 **Was wir dafür brauchen ist ein Konzept für den ländlichen Raum, das?**

- 3396 • individuell ist und dennoch
- 3397 • gleichwertige Lebensverhältnisse in Städten und auf dem Land schafft

3398 **Was das bringt?**

- 3399 • ein lebenswerter ländlicher Raum
- 3400 • ausreichende Versorgung der Menschen

3401 • eine gesunde Natur

3402 **Was muss dafür getan werden?**

3403 • der Internet-Breitbandausbau muss schneller vorangetrieben werden

3404 • die Gesundheitsversorgung muss durch die öffentliche Hand sichergestellt sein

3405 • Freizeit-, Kultur-, Sport- und gastronomische Angebote müssen erhalten, ausgebaut und
3406 gefördert werden

3407 • der Einzelhandel muss wieder angesiedelt werden

3408 • die Forstwirtschaft muss mehr Personal erhalten

3409 • die Ansiedelung ökologisch nachhaltigen Handwerks sowie die ökologisch nachhaltige
3410 Landwirtschaft müssen unterstützt werden

3411 Wir setzen uns dafür ein, dass die öffentliche Hand in die Infrastruktur der Kommunen massiv
3412 und nachhaltig investiert.

3413 **Der ländliche Raum als lebenswerter Raum**

3414 Wir wollen einen flächendeckend gut ausgebauten öffentlichen Verkehr, der den ländlichen Raum
3415 nicht mehr abschneidet, sondern aktiv einbezieht. Dazu gehört auch der Ausbau sicherer Radwege
3416 und Abstellplätze. Wir wollen den ÖPNV schrittweise flächendeckend kostenlos machen. Ab sofort
3417 sollen alle Personen bis 18 Jahre, Schüler*innen und Schüler, Azubis und Hartz IV-Empfänger
3418 fahrscheinfrei fahren dürfen.

3419 Wir wollen, dass Menschen in jeder Gemeinde gut und bezahlbar wohnen können. Dazu gehören
3420 lebendige Ortsteile, in denen Menschen sich begegnen können: im Jugendzentrum, im
3421 Senior*innentreff oder der Familienbegegnungsstätte.

3422 Heute flüchten mehr und mehr Menschen in die Städte, die immer teurer und lauter werden, in
3423 denen die Straßen überfüllt sind und Abgase und Feinstaub die Gesundheit belasten.

3424 Auf dem Land lebt es sich zwar gesünder. Die gesundheitliche Versorgung lässt in der Fläche jedoch
3425 zu wünschen übrig. Im Notfall dauert es dreimal so lange wie in der Stadt, bis der Rettungsdienst
3426 an Ort und Stelle ist. Die Versorgung mit Hausärzt*innen wird immer dünner und die Wege zu
3427 Fachärzt*innen und ins Krankenhaus immer weiter.

3428 Auch die Natur, wegen der es viele aufs Land zieht, braucht dringend mehr Schutz. Zur Pflege und
3429 Aufforstung der strapazierten Wälder etwa benötigen wir doppelt so viel Personal in den
3430 Forstämtern. Ebenso setzen wir uns in den landwirtschaftlichen Regionen für kreiseigene
3431 Mitarbeiter*innen zur Kontrolle der anfallenden Gülle ein, damit eine Grundwasserverseuchung
3432 mit Nitrat verhindert wird.

3433 DIE LINKE setzt sich für gleichwertige Lebensverhältnisse in Städten und auf dem Land ein. Dazu
3434 gehört eine gute wohnortnahe öffentliche Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Wohnen,
3435 Gesundheit und Bildung. Auch wichtig sind Kultur- und Sportangebote, Einkaufsmöglichkeiten,
3436 Freizeit- und gastronomische Angebote.

3437

- 3438 **Wir wollen:**
- 3439 • öffentliche Grundschulen, Kitas und Jugendzentren in jedem Ort schaffen
 - 3440 • von den Landkreisen betriebene Gesundheitszentren mit fest angestellten Ärzt*innen
 - 3441 • Notärzt*innen, Feuerwehr und Polizei müssen im Notfall schnell vor Ort sein
 - 3442 • Schaffung von Begegnungsstätten mit Räumen für Veranstaltungen
 - 3443 • Anbindung aller Dörfer und Ortsteile an gut getaktete Buslinien
 - 3444 • Reaktivierung stillgelegter Zug- und S-Bahn-Verbindungen, Ausbau des Schienenverkehrs
 - 3445 • flächendeckender Internet-Breitbandausbau für alle Orte und Haushalte
 - 3446 • Förderung von Kultur- und Breitensportangeboten, öffentliche Unterstützung kleiner Kinos und
3447 Theater
 - 3448 • Erhalt und Ausbau vielfältiger gastronomischer Angebote
 - 3449 • Förderung der Ansiedelung von ökologisch nachhaltigem Handwerk und Gewerbe
 - 3450 • Erhalt und Ausbau des Einzelhandels für den täglichen Bedarf
 - 3451 • Unterstützung der regionalen ökologisch nachhaltigen Erzeuger*innen
 - 3452 • Verdopplung der Mitarbeiter*innen in den Forstämtern zur Aufforstung der Wälder
 - 3453 • kreiseigene Mitarbeiter*innen zur Kontrolle der anfallenden Gülle, um das Grundwasser zu
3454 schützen

3455 **Thema: Digitalisierung**

3456 Die Digitalisierung ist in aller Munde, doch ist sie für die meisten Bürger*innen immer noch Neuland.
3457 Wir befinden uns inmitten einer digitalen Transformation, die Digitalisierung durchdringt alle
3458 Lebensbereiche.

3459 Technische Innovationen wie das Smartphone und das Tablet bestimmen Alltag und Arbeitswelt. So
3460 werden in einer digitalisierten Gesellschaft massenhaft Daten gesammelt, verarbeitet und verwertet.
3461 Dies stellt uns vor große Herausforderungen, denn die Digitalisierung bringt massive strukturelle,
3462 organisatorische und kulturelle Veränderungen.

3463 Datensicherheit, Datenhoheit und Datensouveränität sind ein wichtiger Bestandteil unserer
3464 Demokratie.

3465 Um diese Herausforderungen zu meistern, wollen wir als Linke eine Digitalstrategie für die
3466 Bürger*innen, die unsere Souveränität und Unabhängigkeit vor den großen Tech-Konzernen schützt.

3467 **Die Digitalisierung, die wir wollen, ist:**

- 3468 • sicher
- 3469 • transparent
- 3470 • nicht-kommerziell

3471 **Worauf wir dabei setzen?**

- 3472 • schnelle Internet-Verbindungen
- 3473 • Open Source-Software in der Verwaltung
- 3474 • Open Data-Portale

3475 **Was wir dafür brauchen ist ein Digitalisierungsprozess, der**

- 3476 • den Interessen aller Bürger*innen und nicht denen von privaten Unternehmen oder
3477 Konzernen verpflichtet ist

3478 Denn auch die digitale Stadt ist keine Geldanlage, sondern ein Ort für die Menschen.

3479 **Was das bringt?**

- 3480 • sichere digitale Infrastruktur
- 3481 • in der Verwaltung digital erhobene Daten von Bürger*innen werden geschützt
- 3482 • niedrigschwellige Behördengänge, die ohne Anreise oder Wartezeiten erledigt werden
3483 können
- 3484 • Mitbestimmung

3485 **Was muss dafür getan werden?**

- 3486 • Digitalisierungsbeauftragte müssen eingestellt werden
- 3487 • Einsetzen eines Digitalisierungsausschusses im Rat oder Kreistag, der die Politik begleitet
- 3488 • bei Straßenerneuerungen und Neubauten werden durch die Kommunen verpflichtend
3489 Glasfaserkabel verlegt

- 3490 • Verwaltungen sowie kommunale Betriebe werden mit Open Source-Programmen und -
- 3491 Betriebssystemen ausgestattet
- 3492 • Schulen werden an Breitbandnetze angeschlossen und müssen mit ausreichend digitalen
- 3493 Endgeräten ausgestattet werden, wenn gewünscht
- 3494 • allen Bürger*innen muss der digitale Einstieg erleichtert sowie die Weiterbildung garantiert
- 3495 werden

3496 **Eine digitale Stadt für alle**

3497 Eine digitale Stadt für alle bedeutet für die LINKE Partizipation und Stärkung der Demokratie für die
 3498 Bürger*innen. Deshalb ist es enorm wichtig, dass wir unsere Stadt, unsere Daten und Sicherheit,
 3499 unsere demokratische Kontrolle und öffentliche Ordnung sowie unseren Lebensraum zum Nutzen
 3500 aller Bürger*innen selbst gestalten und neu denken.

3501 Eine digitale Stadt für alle muss von allen Menschen genutzt werden können, dies ist Voraussetzung
 3502 für soziale, demokratische und ökonomische Teilhabe in der digitalen Gesellschaft. Ohne Zugang zum
 3503 Internet und digitalen Diensten droht vielen Menschen die soziale Ausgrenzung. Die Verbindung zum
 3504 Internet und zu den digitalen Angeboten ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, ähnlich wie
 3505 Elektrizität und fließendes Wasser.

3506 Städte und Kommunen müssen gestärkt werden, diese Aufgaben zu erfüllen. Hier können wir uns am
 3507 Konzept der digitalen Stadt Barcelona orientieren.

3508 **eGovernment und Open Data**

3509 Die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen kann für Bürger*innen und Unternehmen Entlastung
 3510 bedeuten, weil komplizierte Verfahren, Anfahrten oder lange Wartezeiten entfallen. Leicht
 3511 zugängliche und benutzerfreundliche Angebote müssen unter hohen Datenschutzstandards deutlich
 3512 ausgebaut werden. Menschen ohne Zugang zu digitalen Technologien dürfen jedoch nicht von den
 3513 öffentlichen Dienstleistungen der Kommunen ausgeschlossen werden.

3514 Bürger*innen haben das Recht auf Informationen von Behörden und öffentlichen Unternehmen.
 3515 Diese müssen von sich aus sämtlichen öffentlichen Daten und Informationen wie Verträgen, Treffen
 3516 mit Interessenvertreter*innen oder Gutachten in einem Transparenzportal online veröffentlichen.
 3517 Bürger*innen können so leichter an demokratischen Prozessen teilhaben.

3518 Wir sprechen uns für die Schaffung von Digitalisierungsbeauftragten aus, die für Bürger*innen und
 3519 Unternehmen ansprechbar sind und die Bemühungen der Kommune zur Digitalisierung koordinieren.
 3520 Dazu müssen sie mit ausreichend Befugnissen und Kontrollrechten ausgestattet sein. Ein
 3521 entsprechender Ausschuss für Digitalisierung im jeweiligen Rat oder Kreistag soll diesen Prozess
 3522 politisch begleiten.

3523 **Digitale Infrastruktur**

3524 Deutschland hat es als eine der führenden Industriestaaten bis heute nicht geschafft, ein
 3525 flächendeckendes Breitbandnetz bereitzustellen und Funklöcher zu schließen. Für den Ausbau
 3526 flächendeckender Breitbandnetze und die Schließung der Funklöcher darf keine Zeit mehr vergeudet
 3527 werden. Wir benötigen schnelle Netze und Investitionen in die digitale Infrastruktur. Besonders im
 3528 ländlichen Raum sind Bürger*innen durch die verfehlte Netzpolitik von digitaler Teilhabe
 3529 abgeschnitten, und kleine und mittelständische Unternehmen sowie deren Arbeitsplätze sind in der
 3530 Existenz bedroht.

3531 Die Netzinfrastruktur muss in öffentlicher, bürgerschaftlicher und/oder genossenschaftlicher Hand
 3532 sein. Hierfür müssen umfängliche staatliche Investitionen vom Bund und Land sowie EU-

- 3533 Förderprogramme abgerufen werden können. Vor allem kleinere Kommunen müssen dabei
3534 unterstützt werden, denen häufig Personal und fachliche Expertise dazu fehlen.
- 3535 Auch Hacker- und Makerspaces, Coworkingspaces, Stadt(teil)bibliotheken und Volkshochschulen sind
3536 Orte digitalen Lebens, Lernens und Arbeitens. Diese, sowie Bürgerdatennetze und Freifunk wollen
3537 wir unterstützen und fördern.
- 3538 **Cybersecurity**
- 3539 In einer digitalen Stadt, wo immer mehr Gegenstände miteinander vernetzt sind, sind Cyberangriffe
3540 allgegenwärtig und gehören zum Alltag. Ohne eine sichere Infrastruktur und Cybersicherheit kann es
3541 keine Datensicherheit und Freiheit geben. Eine digitale Stadt muss Bürger*innen und Unternehmen
3542 dabei unterstützen.
- 3543 Ein verpflichtendes Informations-Sicherheits-Management-System (ISMS) soll hohe
3544 Sicherheitsstandards gewährleisten. Dies soll in Kooperation mit Universitäten, Hochschulen,
3545 Wissenschaftlern, IT-Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Gruppen zusammen geführt werden.
- 3546 **Datenschutz**
- 3547 Wir als die LINKE streben Daten-Souveränität und Datenhoheit an, in der die Bürger*innen ihrer
3548 eigenen Daten kontrollieren. Die Bürger*innen sollen selbst frei entscheiden dürfen, welche Daten
3549 sie der Stadt unter welchen Bedingungen übermitteln wollen. Erhobene Daten müssen sicher und
3550 anonym verwaltet werden. Hier können wir vom Projekt „Decode“ aus Barcelona lernen.
- 3551 **Open Source**
- 3552 Um die Unabhängigkeit von großen Tech-Konzernen zu sichern, befürworten wir als LINKE die
3553 Selbstverwaltung kommunaler Dienste und Systeme, die vorzugsweise mit regionalen IT-
3554 Beraterhäusern umgesetzt werden sollen. Während die großen Tech-Konzerne Quellcodes und
3555 erzeugte Daten nicht teilen, wollen wir eine Infrastruktur der Informationen mit offenen Standards,
3556 Open Source-Software, OpenStack und Interoperabilität fördern und sichern.
- 3557 Abhängigkeit von großen Tech-Konzernen führt zu hohen Lizenz- und Folgekosten, Datenschutz und
3558 Cybersicherheit sind bedroht. Offene Software und offene Standards sind transparent und machen
3559 uns unabhängig davon. Sie ermöglichen die Zusammenarbeit mit Gemeinschaften, Städten und
3560 lokalen Unternehmen und erzeugen einen Mehrwert für das Gemeinwohl. Freie Software muss
3561 gefördert werden, öffentliche Daten der Allgemeinheit in freien Formaten zur Verfügung stehen.
3562 Software, welche mit öffentlichen Mitteln entsteht, muss frei verfügbar sein – Public Money, Public
3563 Code.
- 3564 **Digitalisierung und Bildung**
- 3565 Schulen und Bildungseinrichtungen müssen mit ausreichend digitalen Endgeräten ausgestattet
3566 werden. Zur Wartung muss entsprechendes Personal zur Verfügung stehen. Digitale Bildung ist aber
3567 mehr als nur technische Ausstattung.
- 3568 Digitale Technologien gewinnen laufend mehr Raum im Alltag. Gerade deshalb müssen sie
3569 Gegenstand von Bildungs- und Lernprozessen werden. Bildung in einer digitalen Gesellschaft zielt auf
3570 die Herausbildung einer digital mündigen Persönlichkeit ab. Digitale Technologien sind Werkzeuge,
3571 kein Selbstzweck.
- 3572 Die Pädagogik muss die Federführung behalten, nicht IT-Konzerne und Lobbyist*innen. Freier Zugang
3573 zu freiem Wissen bringt mehr Bildungsgerechtigkeit. Offene Bildung durch frei zugängliche
3574 Materialien, freie Lizenzen, Open Source, Datenschutz und -sicherheit müssen verstärkt in den Fokus

3575 rücken. Offene Bildung ist Teilhabe und Mitbestimmung, durch Transparenz und gemeinschaftliches
3576 Lernen.

3577 Dies gilt auch für die Rolle der Wissenschaft, indem wir „Open Science“ fördern wollen.

3578 Durch die Digitalisierung wird sich die Arbeitswelt grundlegend verändern. Betroffene
3579 Mitarbeiter*innen müssen ein lebenslanges Recht auf Fort-, Weiterbildung oder Umschulung
3580 erhalten. Unternehmen müssen dazu verpflichtet werden bei Rationalisierungsmaßnahmen ihre
3581 Mitarbeiter*innen fortzubilden. Kleine und mittelständische Unternehmen, die nicht in der Lage sind
3582 Mitarbeiter*innen adäquat fortzubilden, müssen dabei unterstützt werden.

3583 **Smart City**

3584 Eine „Smart City“ vernetzt Technologien der Mobilität, Energie, Stadtplanung und Verwaltung zum
3585 Nutzen aller Bürger*innen. Die LINKE befürwortet ein Smart City-Modell, in dem die Stadt eine
3586 Digitalisierung basierend auf den gesellschaftlichen Bedürfnissen vorantreibt und nicht auf Basis von
3587 Profitinteressen der Konzerne oder staatlicher Überwachung.

3588 „Smart City“-Projekte, angeschaffte Hard- und Software, erzeugte Systeme und Datenbanken
3589 müssen der Stadt und ihren Bürger*innen gehören und dürfen nur zu ihrem Nutzen eingesetzt
3590 werden. Auf keinen Fall gehören diese Systeme und die darin gespeicherten Daten in die Hand von
3591 Konzernen. Bei Beauftragung externer Unternehmen muss die Verarbeitung und Zugriff der Daten
3592 genau festgelegt werden. „Social Scoring“ und staatliche Überwachung muss ausgeschlossen sein.

3593 Wir wollen eine Ausweitung von sozial-ökologischen Smart City-Projekten, die für die Menschen eine
3594 Erleichterung des täglichen Lebens, der Mobilität und der Partizipation bedeuten und die Umwelt
3595 schützen. Senioren, Menschen mit Behinderung oder Einkommensschwache müssen von solchen
3596 Projekten profitieren. Alle Bürger*innen müssen konsequent in einen demokratisch organisierten
3597 Digitalisierungsprozess eingebunden werden.

3598 **DIE LINKE tritt ein für:**

3599 • Schnelles Internet für alle. Ausbau für ein flächendeckendes Breitbandnetz und Schließung der
3600 Funklöcher sowie öffentlich freie WLAN-Netze ohne Zugangskontrolle.

3601 • Die Zuführung der digitalen Infrastruktur in öffentlicher und/oder genossenschaftlicher Hand.
3602 Der Ausbau weiterer Breitbandanschlüsse soll mit Unterstützung von Bund, Land und EU-
3603 Förderprogrammen erfolgen.

3604 • Ein verpflichtendes Informations-Sicherheits-Management-System (ISMS) mit hohen
3605 Sicherheitsstandards als nachhaltige IT-Strategie.

3606 • Eine digitale Stadt, die die Lebensumstände der Menschen verbessert und niemanden
3607 zurücklässt.

3608 • Umfassenden Datenschutz und Datenhoheit für alle Bürger*innen über ihre Daten. Der
3609 kommunale Datenreichtum gehört nicht den Konzernen, sondern der Allgemeinheit.

3610 • Die Ausweitung digitaler Angebote der kommunalen Verwaltungen, um Behördengänge
3611 möglichst unkompliziert und ohne Anreise oder Wartezeiten erledigen zu können.

3612 • Eine umfassende öffentliche Mitbestimmung für Digitalisierungsprojekte; ihre Koordinierung
3613 durch Digitalisierungsbeauftragte und politische Kontrolle durch entsprechende Ausschüsse in
3614 den Kommunen.

3615 • Kostenfreie Weiterbildungsangebote für digitale Einsteiger, damit alle etwas von der digitalen
3616 Kommune haben.

3617 • Die Einführung von Open Source-Software in den Kommunen, um die Unabhängigkeit von
3618 digitalen Tech-Konzernen zu gewährleisten.

3619 • Eine nicht-kommerzielle Nutzung der Stadt als digitalen Raum. Die Stadt ist keine Geldanlage,
3620 sondern der Ort, an dem die Menschen leben.

3621 In den vergangenen zehn Jahren hat die digitale Entwicklung enorme Fortschritte gemacht. Die
3622 Technologien werden immer raffinierter und die Gesellschaft wird-zunehmend offener für den
3623 Gebrauch von digitalen Hilfsmitteln in ihrem Leben. Deutschland verharrt in dieser Hinsicht jedoch
3624 im europäischen Mittelfeld und die notwendige Digitalisierung kommt nur schleppend voran.
3625 Schlechter bis kaum vorhandener Breitbandausbau, halbherzig durchgeführte Projekte und
3626 Datenschutz-Verletzungen sind der aktuelle Stand der Dinge. Die Städte und Kommunen haben
3627 wenig Handhabe, um gegen diese von Ländern und Bund versäumten Missstände anzukommen.
3628 Aber sie können trotzdem etwas tun, um mit gutem Beispiel voran zu gehen, und das Leben der
3629 Bürger*innen in NRW zu verbessern.

3630 **Die Digitalisierung, die wir wollen, ist:**

3631 • sozial-ökologisch

3632 • sicher

3633 • transparent

3634 • nicht-kommerziell

3635 **Worauf wir dabei setzen?**

3636 • Smart City-Projekte

3637 • schnelle Internet-Verbindungen

3638 • Open Source-Software in der Verwaltung

3639 • Open Data-Portale

3640 **Was wir dafür brauchen ist ein Digitalisierungsprozess, der**

3641 • den Interessen aller Bürger*innen und nicht denen von privaten Unternehmen oder
3642 Konzernen verpflichtet ist

3643 Denn auch die digitale Stadt ist keine Geldanlage, sondern ein Ort für die Menschen.

3644 **Was das bringt?**

3645 • vernetzte und emissionsarme Verkehrsangebote und eine Reduzierung des Lieferverkehrs

3646 • in der Verwaltung digital erhobene Daten von Bürger*innen werden geschützt

3647 • Ressourcen werden geschont

3648 • niedrigschwellige Behördengänge, die ohne Anreise oder Wartezeiten erledigen werden
3649 können

3650 **Was muss dafür getan werden?**

- 3651 • Digitalisierungsbeauftragte müssen eingestellt werden
- 3652 • Einsetzen eines Digitalisierungsausschusses im Rat oder Kreistag, der die Politik begleitet
- 3653 • bei Straßenerneuerungen und Neubauten werden in den Kommunen Glasfaserkabel verlegt
- 3654 • Verwaltungen und kommunale Betriebe werden mit Open Source-Programmen und -
3655 Betriebssystemen ausgestattet
- 3656 • Schulen werden an Breitbandnetze angeschlossen
- 3657 • allen Bürger*innen müssen der digitale Einstieg sowie die Weiterbildung erleichtert werden

3658 **Digitalisierung der Verwaltung und Smart City**

3659 Die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen kann für Einwohner*innen und Unternehmen eine
3660 große Entlastung bedeuten, weil weite Anfahrten in Flächenkreisen oder lange Wartezeiten
3661 entfallen. Breite, niedrigschwellige Angebote unter hohen Datenschutzstandards müssen daher
3662 deutlich ausgebaut werden. Gleichzeitig ist darauf zu achten, dass Menschen ohne Zugang zu
3663 digitalen Technologien nicht von den öffentlichen Dienstleistungen der Kommune ausgeschlossen
3664 werden.

3665 Wir sprechen uns daher für die Schaffung von Digitalisierungsbeauftragten aus, die für die
3666 Einwohner*innen ansprechbar sind und die Bemühungen der Kommune zur Digitalisierung
3667 koordinieren. Ein entsprechender Ausschuss für Digitalisierung im jeweiligen Rat oder Kreistag soll
3668 diesen Prozess politisch Begleiten.

3669 Smart City ist eines der Schlagwörter, wenn es um die Digitalisierung der Kommunen geht. Mit Smart
3670 City ist ein Entwicklungskonzept gemeint, das darauf abzielt, Städte und Gemeinden effizienter,
3671 ökologischer und sozial inklusiver zu gestalten. Sie ermöglichen zum Beispiel vernetzte und
3672 emissionsarme Verkehrsangebote von Tür zu Tür, eine Reduzierung des Lieferverkehrs von
3673 Paketdiensten oder die effiziente Speicherung von erneuerbaren Energien. Aber nicht alles, was
3674 smart ist, ist deswegen automatisch gut. Es kann auch ein Einfallstor für Großkonzerne und
3675 Datenräuber sein. Deswegen müssen die Kommunen dafür sorgen, dass die Interessen der
3676 Bürger*innen immer im Fokus stehen. Planung und Umsetzung von Smart City-Projekten müssen
3677 kritisch auf Sinnhaftigkeit geprüft werden. Außerdem dürfen sie keine Menschen aus finanziellen
3678 Gründen oder wegen mangelnder Kenntnisse ausschließen. Werden externe Unternehmen
3679 beauftragt, muss außerdem genau festgelegt werden, wo und unter welchen Umständen erhobene
3680 Daten verarbeitet werden und wer auf sie Zugriff hat. Keinesfalls dürfen erhobene Daten zum
3681 Eigentum der Unternehmen werden.

3682 Wir wollen eine Ausweitung von sozialökologischen Smart City-Projekten, die für die Menschen eine
3683 Erleichterung des täglichen Lebens, der Mobilität und der Partizipation bedeuten. Senioren,
3684 Menschen mit Behinderung oder Einkommensschwache müssen alle von solchen Projekten
3685 profitieren können. Dafür müssen alle Bürger*innen konsequent in einen demokratisch organisierten
3686 Digitalisierungsprozess eingebunden werden.

3687 **Auf- und Ausbau von digitaler Infrastruktur**

3688 Der Ausbau von digitaler Infrastruktur in Deutschland geht zu langsam voran. Menschen, die im
3689 Homeoffice arbeiten, Unternehmen und Privatnutzer*innen brauchen schnelle Internet-
3690 Verbindungen. Vor allem kleine und mittelständische Unternehmen werden stark ausgebremst;

3691 Standorte und Arbeitsplätze gefährdet. Das gilt ebenso für die schlechte Netzabdeckung im
3692 Mobilfunk. Die Kommunen müssen dafür sorgen, dass bei Straßenerneuerungen und Neubauten
3693 Glasfaserkabel verlegt werden. Bund und Land sind aufgefordert, den Ausbau durch die Kommune
3694 selbst finanziell und fachlich zu unterstützen. Breitbandnetze müssen im öffentlichen Eigentum
3695 verbleiben oder dorthin übergehen. Auch der Ausbau des aktuellen Mobilfunkstandards 5G muss
3696 vorangetrieben werden. Da schnelle Leitungen auch die Voraussetzung für den 5G-Ausbau in der
3697 Fläche sind, kann die Anbindung abgelegener Regionen über kabelloses Internet nur eine kurzfristige
3698 Zwischenlösung sein. Die Anbindung aller Haushalte und Unternehmen, ob in der Stadt oder auf dem
3699 Land, ist notwendig, um die Gleichheit der Lebensverhältnisse gewährleisten zu können.

3700 **Datenschutz, Datenhoheit und Open Data**

3701 Immer mehr smarte Haushalts- und Mobilgeräte, Verkehrsmittel sowie die Interaktion mit Apps,
3702 Social Media-Netzwerken und anderen Plattformen führen unweigerlich zu einer Unmenge an Daten.
3703 Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Großunternehmen diese Daten schonungslos kommerziell
3704 vermarkten, unzureichend schützen und oft sogar missbrauchen. Daher müssen die Kommunen
3705 sicherstellen, dass Smart City-Projekte und andere digitale Angebote so wenig persönliche Daten wie
3706 möglich generieren. Wo doch personenbezogene Daten gesammelt werden, ist ein transparenter
3707 und nachhaltiger Umgang mit den Daten der Nutzer*innen aus unserer Sicht unabdingbar. Alle
3708 Daten, die durch die Kommune oder von ihr beauftragte Unternehmen erhoben werden, dürfen
3709 nicht an Dritte weitergegeben werden. Die Kommune muss entscheiden können, was mit ihren
3710 Daten passiert. Wo anonymisierte Daten von öffentlichem Interesse sind, sollten diese der
3711 Allgemeinheit über Open Data-Portale zugänglich gemacht werden.

3712 **Transparente Verwaltung**

3713 Um für größtmögliche Transparenz für die Bürger*innen zu sorgen, kann ein Transparenz-Gesetz für
3714 Städte behilflich sein. Die Einführung eines solchen Gesetzes stärkt das Recht der Bürger*innen auf
3715 Informationen von Behörden und öffentlichen Unternehmen und verpflichtet diese, zentrale
3716 Informationen wie Verträge der öffentlichen Hand, Treffen von Interessensvertreter*innen mit dem
3717 Stadtrat oder interne Gutachten aktiv online zu veröffentlichen.

3718 **Open Source**

3719 Die Kommunen nutzen zumeist Betriebssysteme und Programme großer Digitalkonzerne. Ein
3720 Problem dabei ist, dass nicht genau nachvollzogen werden kann, wie diese Systeme arbeiten. Zumal
3721 stets eine Abhängigkeit von diesen Konzernen besteht, was Lizenzkosten, Updateversorgung und den
3722 Schutz der Daten der Einwohner*innen angeht. Gerade Behörden sollten nicht den Regeln und
3723 Machenschaften dieser Unternehmen ausgesetzt sein. Eine Alternative wäre es, Programme und
3724 Betriebssysteme einzusetzen, die einen offenen Programmcode zur Verfügung stellen. Bei diesen
3725 sogenannten Open Source-Betriebssystemen und -Programmen sind Strukturen einsehbar und
3726 transparent. So wissen alle Beteiligten, woran sie sind. Die Stadtverwaltungen sollten daher darauf
3727 hinarbeiten, flächendeckend auf Open Source-Software umzusteigen.

3728 **Digitalisierung der Schulen**

3729 Auch Schulen müssen schnellstmöglich an Breitbandnetze angeschlossen und mit digitalen
3730 Lehrmitteln ausgestattet werden. Das Land muss eine gründliche Aus- und Weiterbildung im
3731 Themenbereich Digitalisierung bei seinen Lehrkräften sicherstellen. Alle Schüler*innen müssen,
3732 sofern entsprechende Pläne an der Schule existieren, unabhängig von ihren finanziellen
3733 Hintergründen mit den nötigen Endgeräten versorgt sein. Dabei ist auf eine nachhaltige Ressourcen-
3734 Nutzung zu achten. Datenschutz-Interessen wiegen an Schulen besonders schwer, daher ist auch hier
3735 besonders auf den Einsatz von Open Source-Software und einen allgemein hohen

3736 Datenschutzstandard zu achten. Die Wartung und Administration von Geräten und Software darf
3737 Lehrende und Schüler*innen nicht zusätzlich belasten. Aus diesem Grund muss an jeder Schule
3738 ausreichend qualifiziertes Personal für diese Aufgaben zur Verfügung stehen.

3739 **Weiterbildungsangebote für digitale Einsteiger*innen**

3740 Es muss ein besonderes Augenmerk darauf gerichtet werden, dass die technischen Aspekte der
3741 Digitalisierung der Stadt sich auch an Menschen orientiert, deren digitalen Fähigkeiten nicht weit
3742 entwickelt sind. Sie dürfen nicht abgehängt und zurückgelassen werden. Die Stadt sollte dafür
3743 sorgen, dass solche Menschen lokal günstige oder kostenlose Weiterbildungsangebote finden. Auch
3744 in den Schulen muss gewährleistet werden, dass Schüler*innen bereits früh den sicheren Umgang
3745 mit Computern und Software erlernen.

3746 **DIE LINKE tritt ein für:**

- 3747 • schnelles Internet für Alle. Dazu gehören Breitbandanschlüsse für alle Haushalte und
3748 Unternehmen, der Ausbau von öffentlich zugänglichen WLAN-Punkten und der
3749 flächendeckende Ausbau mit schnellem Mobilfunk
- 3750 • den Verbleib beziehungsweise die Zuführung der digitalen Infrastruktur in öffentlicher Hand.
3751 Der Ausbau weiterer Breitbandanschlüsse soll mit Unterstützung von Bund und Land
3752 unmittelbar durch die Kommune erfolgen
- 3753 • demokratische Smart City-Projekte in Städten und Gemeinden, welche die Lebensumstände
3754 der Menschen verbessern und niemanden zurücklassen
- 3755 • umfassender Datenschutz für alle Einwohner*innen und die Hoheit der Kommune über ihre
3756 Daten
- 3757 • die Ausweitung digitaler Angebote der kommunalen Verwaltungen, um Behördengänge
3758 möglichst niedrigschwellig und ohne Anreise oder Wartezeiten erledigen zu können
- 3759 • eine umfassende öffentliche Mitbestimmung für Digitalisierungsprojekte; ihre Koordinierung
3760 durch Digitalisierungsbeauftragte und politische Kontrolle durch entsprechende Ausschüsse in
3761 den Kommunen
- 3762 • kostenfreie Weiterbildungsangebote für digitale Einsteiger*innen, damit Alle etwas von der
3763 digitalen Kommune haben können
- 3764 • die Einführung von Open Source-Software in den Kommunen, um die Unabhängigkeit von
3765 digitalen Großkonzernen zu gewährleisten
- 3766 • eine nicht-kommerzielle Nutzung der Stadt als digitalen Raum

3767 **Kommunal für Frieden – gegen Aufrüstung und Militarisierung**

3768 Frieden beginnt vor Ort. Und: Nicht erst Krieg gefährdet unsere Städte und Kommunen, sondern
3769 bereits die ungeheure Aufrüstung. Die Militär- und Rüstungsausgaben sollen im Bundeshaushalt bis
3770 2024 auf 60 bis 70 Milliarden Euro steigen und wären damit höher als die Russlands. Dieses Geld
3771 fehlt vor Ort etwa bei Investitionen in Bildung, Arbeit und Infrastruktur. Statt für Rüstung und Krieg
3772 werden die Mittel für den Nahverkehr, für Sozialleistungen und für den sozialökologischen Umbau
3773 der Wirtschaft, wie z.B. den Strukturwandel beim Ausstieg aus der Braunkohle, dringend benötigt.
3774 Das kann nicht auf kommunaler Ebene entschieden werden, aber dennoch gibt es vor Ort
3775 Maßnahmen, um für Frieden zu werben.

3776 **Die Friedenspolitik, die wir wollen, ist:**

- 3777 • anti-militaristisch
- 3778 • konsequent kommunal

3779 **Worauf wir dabei setzen?**

- 3780 • Aufklärung
- 3781 • Friedens-Bildung
- 3782 • Völkerverständigung
- 3783 • Menschlichkeit

3784 **Was wir dafür brauchen?**

- 3785 • kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit Städten und Regionen, die von Kriegen und
3786 Klimafolgen betroffen sind
- 3787 • Städte- und Projektpartnerschaften
- 3788 • Unterstützung örtlicher Friedensinitiativen und -organisationen

3789 **Was das bringt?**

- 3790 • das Militärische verschwindet aus dem Alltag
- 3791 • der Wunsch nach Frieden in der Bevölkerung wird größer

3792 **Was muss dafür getan werden?**

- 3793 • Kommunen treten internationalen Städte-Bündnissen für Frieden bei
- 3794 • der ICAN-Städteappell muss unterstützt werden
- 3795 • kriegsverherrlichende Denkmäler müssen verschwinden
- 3796 • Straßen, die an Militaristen erinnern, müssen umbenannt werden
- 3797 • Jugendliche müssen über ihr Widerspruchsrecht gegen die Weitergabe ihrer Meldedaten an
3798 die Bundeswehr aufgeklärt werden

3799 **Militärausgaben und Kriegsfolgen als Probleme für die Kommunen**

3800 Das Militär trägt durch den immensen Energie- und Materialverbrauch erheblich zur Klimakrise bei.
3801 Die Bundeswehr und ihre Manöver verursachen auch lokale Umweltschäden, was bei dem
3802 Moorbrand im Emsland sowie dem Waldbrand in Mecklenburg-Vorpommern besonders deutlich
3803 geworden ist. Der in Augustdorf stationierte Schützenpanzer PUMA verbraucht 500 Liter Diesel auf
3804 100 Kilometern. Ein in Nörvenich/Kerpen stationierter Eurofighter benötigt pro Flugstunde 3.500
3805 Kilogramm Treibstoff, umgerechnet sind das etwa 11.000 Kilogramm ausgestoßenes Kohlendioxid.
3806 Das ist eine enorme Ressourcenverschwendung und schadet der Umwelt. Hinzu kommen die
3807 Belastungen durch Fluglärm, Manöverschäden, die Verseuchung von Truppenübungsplätzen mit Öl
3808 und Benzin.

3809 Aufrüstung und eine Politik, die Kriege und Kampfeinsätze im Ausland unterstützt, erfordert
3810 Militarisierung im Innern. Die Bundeswehr wirbt deshalb aktiv in der Öffentlichkeit. Sie führt auf
3811 Straßen und Plätzen Veranstaltungen und Tage der offenen Tür in ihren Kasernen für Familien durch.
3812 Bei der Nachwuchswerbung macht sie auch keinen Halt vor Bildungseinrichtungen und Schulen. Für
3813 Werbezwecke hat das Verteidigungsministerium Zugriff auf die kommunalen Meldedaten aller
3814 Jugendlichen.

3815 Die Rathäuser und Landratsämter sind Teil der zivil-militärischen Zusammenarbeit. Patenschaften mit
3816 Einrichtungen der Bundeswehr oder mit Kriegsschiffen sollen die Verbundenheit von Kommunen mit
3817 der Bundeswehr stärken. Das Militärische soll ganz normaler Alltag werden. Dabei wird an alte
3818 militärische Traditionen und teilweise sogar an das kolonialistische Erbe Deutschlands angeknüpft. So
3819 werden in Städten und Gemeinden Kriegerdenkmale gepflegt, Straßen und Plätze tragen immer noch
3820 Namen von Militaristen und Kriegsverbrechern aus dem 1. und 2. Weltkrieg.

3821 Eine Folge der Kriege in der Welt trifft ebenfalls unsere Kommunen direkt: die
3822 Migrationsbewegungen. Menschen aus Kriegsgebieten verlieren ihre Heimat und suchen Schutz und
3823 die Möglichkeit, bei uns zu wohnen und zu leben. Die geflüchteten Menschen und ihre Familien in
3824 unseren Städten aufzunehmen und sie kommunal zu unterstützen, ist ein Gebot der Menschlichkeit.

3825 DIE LINKE stellt sich vor Ort und in den kommunalen Vertretungen der Militarisierung der
3826 Gesellschaft entgegen. Sie tritt ein für eine konsequente kommunale Friedenspolitik:

3827 • Beitritt zu internationalen Städte-Bündnissen für Frieden wie den „Cities for Peace“ und den
3828 „Mayors for Peace“, soweit dies noch nicht geschehen ist. Aktivierung dieser Bündnisse

3829 • Unterstützung des ICAN-Städteappells mit der Forderung, dass die Bundesregierung dem
3830 Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen beitreten soll

3831 • Förderung von Friedensbildung in Kitas, Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der
3832 Erwachsenenbildung

3833 • Unterstützung örtlicher Friedensinitiativen und -organisationen

3834 • umfassende Aufklärung der Jugendlichen über ihr Widerspruchsrecht gegen die Weitergabe
3835 ihrer Meldedaten an die Bundeswehr

3836 • Umbenennung von Straßen und Plätzen, die immer noch nach Militaristen und
3837 Kriegsverbrechern benannt wurden oder kolonialistische Namen tragen

- 3838 • Bereitstellung von Gewerbeflächen nur für Betriebe, die keine Rüstungsgüter und Waffen
3839 herstellen oder Zulieferer für Rüstungsbetriebe sind und die keine Entwicklung zur Herstellung
3840 von Rüstungsgütern betreiben

- 3841 • Umgestaltung oder Entfernung von kriegsverherrlichenden Denkmälern

- 3842 • Verweigerung von Flächen und Standplätzen für die Werbung der Bundeswehr in Städten und
3843 Gemeinden

- 3844 • keinen Zugang der Bundeswehr zu Schulen und Ausbildungsmessen zu Werbe- und
3845 Marketingzwecken

- 3846 • Unterstützung von Städte- und Projektpartnerschaften zur Völkerverständigung sowie
3847 Förderung der internationalen Zusammenarbeit von Schulen, sozialen Bewegungen,
3848 Gewerkschaften, Vereinen und Kultureinrichtungen

- 3849 • kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit Städten und Regionen, die von Kriegen und
3850 Klimafolgen betroffen sind unter Beteiligung von Migrant*innen

3851 **Antifaschismus: Gemeinsam gegen Rechts**

3852 LINKE Kommunalpolitik setzt sich dafür ein, rechten Organisationen den Nährboden zu entziehen.
3853 Viele Menschen fühlen sich abgehängt oder haben Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg. Rechte
3854 Parteien und Organisationen geben sich als „Anwalt der kleinen Leute“ aus. Rechtsextreme
3855 versuchen sich als „Beschützer der Deutschen“ insbesondere der „deutschen Frauen“ im öffentlichen
3856 Raum zu etablieren. Sie greifen bestehende Ressentiments und anti-europäische Stimmungen auf,
3857 um einem rassistischen und aggressiven Nationalismus den Weg zu bahnen. DIE LINKE unterstützt
3858 den antifaschistischen Widerstand.

3859 **Der Antifaschismus, den wir wollen, ist**

- 3860 • konsequent
- 3861 • anti-rassistisch

3862 **Worauf wir dabei setzen?**

- 3863 • Widerstand
- 3864 • Selbstschutz
- 3865 • den „Berliner Konsens“ als strikte Linie im Umgang mit Rechten

3866 **Was wir dafür brauchen?**

- 3867 • gesellschaftliche Bündnisse gegen Rechte und Nazis
- 3868 • zivilen Ungehorsam

3869 **Was das bringt?**

- 3870 • rechten Organisationen wird der Nährboden entzogen

3871 **Was muss dafür getan werden?**

- 3872 • es gibt keine Zusammenarbeit mit Rassist*innen, Rechtspopulist*innen und Faschist*innen in
3873 den Kommunal-Parlamenten
- 3874 • rechten Aufmärschen wird mit Gegendemos, Sitzblockaden und anderen Aktionen begegnet
- 3875 • Opfer rechter Gewalt bekommen Hilfsangebote und Unterstützung

3876 **Antifaschismus als eine zentrale Aufgabe der LINKEN**

3877 Die rechte Szene ist eine alltägliche Bedrohung für zahlreiche Menschen in den Kommunen. Es
3878 brennen geplante oder bereits bewohnte Flüchtlingsunterkünfte. Geflüchtete, Migrant*innen,
3879 Angehörige der LGBTIQ-Community, Antifaschist*innen, Gewerkschafter*innen und viele andere, die
3880 nicht in ein autoritäres rechtes Weltbild passen, werden verbal und körperlich attackiert.

3881 Eine der zentralen politischen Aufgaben einer sozialistischen Partei ist die Bekämpfung
3882 rechtsextremer und rechtsterroristischer Gruppierungen, Parteien und Netzwerke. Sie verbreiten
3883 Furcht und Gewalt und behindern emanzipatorische gesellschaftliche Entwicklungen.

3884 **Wie entziehen wir den Rechten den Nährboden und stärken antifaschistischen Widerstand:**

- 3885 • Wir müssen Rechte weiter inhaltlich stellen. Wir lassen rassistische, menschenverachtende und
3886 herabwürdigende Äußerungen nicht unwidersprochen stehen, sondern widersetzen uns.
- 3887 • In den Kommunalparlamenten darf es keine Zusammenarbeit mit Rassist*innen,
3888 Rechtspopulist*innen und Faschist*innen geben. Zustimmung zu ihren Anträgen oder ihre
3889 Einbeziehung in interfraktionelle Initiativen führen zu einer Normalisierung, die es zu
3890 verhindern gilt.
- 3891 • Linke Kommunalpolitik folgt dem „Berliner Konsens“, der eine strikte Linie vertritt: Keine
3892 freundlichen Umgangstöne mit Nazis, konsequente Haltung bei Abstimmungen.
- 3893 • Wir brauchen breite gesellschaftliche Bündnisse, die sich Nazis in den Weg stellen. Gemeinsam
3894 mit vielen antifaschistischen Aktivist*innen, Gewerkschafter*innen, Initiativen und
3895 Organisationen arbeiten wir in Bündnissen gegen die Rechten. Rechten Aufmärschen
3896 widersetzen wir uns mit zivilem Ungehorsam wie Blockaden und anderen Aktionsformen.
- 3897 • Die Stärkung des antifaschistischen Widerstandes geht mit der Zusammenarbeit und
3898 Einbindung der gesellschaftlichen Linken mit demokratischen Migrant*innenverbänden und
3899 Flüchtlingsgruppen einher. Sie sind natürliche Verbündete.
- 3900 • Da weder die bürgerlichen Parteien noch die Polizei oder der Verfassungsschutz ernsthaft
3901 gegen die Bedrohung durch die Rechten vorgehen, ist es Aufgabe der gesellschaftlichen Linken
3902 entschiedenen Widerstand und Selbstschutz zu organisieren.

3903 Die rechte Szene hat sich in den vergangenen Jahren verändert. Zu den Kommunalwahlen 2014
3904 waren die NPD und die PRO-Bewegungen im rechten Spektrum vertreten. Gleichzeitig trat in
3905 einzelnen Städten auch bereits die neu gegründete Partei „Die Rechte“ an, zudem war die AfD bei
3906 den vergangenen Kommunalwahlen im Land erstmals vertreten. „Die Rechte“ konnte vereinzelt
3907 kommunale Mandate erringen, die AfD zog in viele kommunale Parlamente in Fraktionsstärke oder
3908 als Gruppe ein. Die NPD ist praktisch nicht mehr wahrnehmbar, die PRO-Bewegungen haben sich
3909 zum größten Teil aufgelöst. Das Klima von Hass und Gewalt hat sich mit der Szene verändert.

3910 **Was kann linke Kommunalpolitik konkret gegen das Erstarken rechter Bewegungen tun?**

- 3911 • konsequentes Vorgehen gegen Hass-Sprache („hate speech“)
- 3912 • keine Diffamierung oder Kriminalisierung antifaschistischer Initiativen
- 3913 • Unterstützung von geschlechtersensibel tätigen Projekten und Initiativen gegen Neofaschismus
- 3914 • flächendeckende Informations- und Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt
- 3915 • konsequente Verfolgung rechter Gewalt- und Wiederholungstaten
- 3916 • keine Verschleierung rechter Tatmotive durch Strafverfolgungsbehörden
- 3917 • Erhalt der Mahn- und Gedenkstätten antifaschistischen Widerstands

3918 **Erinnerungskultur als antifaschistische Bildung**

3919 Die Verbrechen des Faschismus in Erinnerung zu rufen, ist ein wichtiger Beitrag für den Kampf gegen
3920 rechts in der heutigen Zeit. Da die Zeitzeugen immer weniger werden, sind Orte des Erinnerns und
3921 kulturelle Beiträge der Erinnerungskultur in den Kommunen zu organisieren.

3922 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 3923 • die Verlegung von sogenannten „Stolpersteinen“ für die Opfer des Faschismus
- 3924 • die Aufarbeitung von Euthanasie-Verbrechen vor Ort
- 3925 • die lokale Aufarbeitung von Zwangsarbeiterschicksalen
- 3926 • die Förderung von Fahrten zu Gedenk- und Erinnerungsstätten durch Schulen,
3927 Jugendorganisationen, Volkshochschulen, Kinder- und Jugendräten und Anderen. Dazu sind
3928 mögliche Fördermittel von Stiftungen oder der öffentlichen Hand auszuloten und
3929 interessierten Gruppen zur Verfügung zu stellen
- 3930 • Ausstellungen zur Erinnerungskultur in Museen, Rathäusern und anderen öffentlichen
3931 Gebäuden
- 3932 • Aufführungen von entsprechenden Theaterstücken (z.B. bringt das Staatstheater Kassel den
3933 NSU-Prozess auf die Bühne)
- 3934 • Förderung von Multimedia-Projekten ((Kurz-)Filme, Internet-Seiten, Social Media-Accounts
3935 etc.) zur Erinnerungskultur